

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	29. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	27. September 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Einziger Punkt der Tagesordnung: Haushaltsreden des Gemeinderates zum Doppelhaushalt 2017/2018

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmung:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende: Einziger Tagesordnungspunkt der heutigen Gemeinderatssitzung sind die Haushaltsreden aus den Reihen des Gemeinderates zum Doppelhaushalt 2017/18. Ich darf als Erstem Herrn Stadtrat Hofmann das Mikrofon überlassen. - Bitte schön.

Stadtrat Hofmann (CDU) - vom Rednerpult sprechend -: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Oberbürgermeister, die CDU-Fraktion nimmt Sie beim Wort: In den kommenden Jahren geht es nicht um kosmetisches Schnippeln, sondern um strukturelle Entscheidungen. Dies betonten Sie bei der Einbringung des Doppeletats 2017/2018. Oberste Prämisse sei es, die Entwicklung der Stadt selbst in die Hand nehmen zu können. Wir unterstützen Sie in dieser Aussage ausdrücklich. Sparmaßnahmen und Kürzungen machen keinen Spaß und bringen mit Sicherheit auch keine Wählerstimmen, zumindest in den meisten Fällen nicht. Aber wir müssen jetzt gegensteuern, damit Karlsruhe in Zukunft handlungsfähig bleibt. Der Gemeinderat muss auch zukünftig das Heft des Handelns in der Hand haben und selbst entscheiden, wo die Schwerpunkte gesetzt werden. Dies darf nicht einem ansonsten drohenden Zwangshaushalt überlassen werden, und wir dürfen auch nicht verantwortlich dafür sein, dass zukünftige Generationen keine finanziellen Spielräume mehr haben. Die CDU-Fraktion hatte dieses anstehende Szenario bereits bei den letzten Doppelhaushaltsberatungen verinnerlicht und sich eine Ausgabendisziplin verordnet, ist aber leider in vielen Punkten mehrheitlich unterlegen.

„Machen Sie sich erst einmal unbeliebt, dann werden Sie auch ernst genommen“ hat

Konrad Adenauer einst gesagt. Ich denke, dies müssen wir auch machen. Wir müssen uns jetzt erst mal unbeliebt machen, um wirklich auch zu zeigen, wie wichtig es mit der Konsolidierung ist, um auch in Zukunft entsprechend noch das Heft in der Hand zu haben. Wichtig war uns ein systematischer Stabilisierungsprozess, der schon in den letzten anderthalb Jahren dieses Haus intensiv beschäftigt hat. Ein solch intensiver Prozess war und ist mit Sicherheit nicht vergnügungssteuerpflichtig, wie ich bereits beim Einbringen des Maßnahmenpakets 1 erwähnt hatte. Aber wir als gewählte Stadträte haben die Verantwortung und unsere Aufgabe ist es heute, uns dieser Herausforderung zu stellen und Lösungen für das strukturelle Defizit zu finden. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, unsere Stadt für die Zukunft weiter aktiv zu gestalten und damit auch den kommenden Generationen die Chancen geben zu können, die wir heute haben.

Auch wenn es für viele schwer zu verstehen ist, genau aus diesem Grund müssen wir trotz Stabilisierung aber auch investieren. Wichtige Investitionen in die Zukunft umfassen die Schaffung von Flächen für neuen und bezahlbaren Wohnraum ebenso wie die Zurverfügungstellung von Flächen für Gewerbegebiete. Investitionen benötigen wir aber auch in der Förderung der vielen sozialen, kulturellen und sportlichen Vorhaben in unserer Stadt. Dies sind die Aufgaben für unsere Zukunft, die jetzt auch in schwierigen Zeiten zu finanzieren sind, um als Stadt attraktiv für die nächsten Generationen zu bleiben.

Heute stehen die Haushaltsreden der Fraktionen an, und im November werden wir die Weichen für die nächsten zwei Jahre stellen. Im Haushaltsentwurf sind die Vorschläge aus dem Maßnahmenpaket 1 als Leitschnur eingeflossen. Ich bin gespannt, aber voller Hoffnung, ob sich alle Gemeinderatsfraktionen, wenn es nun zum Schwur kommt, ihrer Verantwortung auch weiterhin bewusst sind. Auf alle Fälle möchte ich es nicht versäumen, nochmals - trotz all der bestehenden politischen Unterschiede - den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die schwierige, aber meist sehr konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen des HSPKA zu danken.

Der CDU-Fraktion ist absolut klar, dass durch unsere Entscheidungen in die bisherigen Standards und Leistungen eingegriffen und dies von den Betroffenen als schmerzlich empfunden wird. Wir haben uns aber stets an den Benchmarks vergleichbarer Städte orientiert. Dort wo wir über dem landes- oder bundesweiten Durchschnitt liegen, haben wir aufgrund der Finanzsituation entsprechende Anpassungen vorgenommen. Mit Blick auf unsere Verantwortung haben wir deshalb mit wenigen Ausnahmen den Vorschlägen des Paketes 1 auch zugestimmt. Ein paar Punkte lehnen wir allerdings auch ab, da sie uns aus heutiger Sicht nicht zielführend erscheinen. Beispielhaft möchte ich hier die vorgeschlagene Schließung der Bürgerbüros Mitte und Ost nennen. Wir wollen stattdessen lieber eine Evaluierung der bisherigen Arbeit der Bürgerbüros und ein Gesamtkonzept zur zukünftigen Ausrichtung.

Seit Bekanntwerden der Stabilisierungsmaßnahmen vergeht kein Tag, an dem wir keine Briefe erhalten oder Leserbriefe zur Kenntnis nehmen, in denen uns von den verschiedensten Interessensvertretern klargemacht wird, dass mit der vorgeschlagenen Kürzung der Zuschüsse oder einer Entgelterhöhung an der falschen Stelle angesetzt wird. Ich kann jedes Schreiben aus der Sicht der Betroffenen durchaus nachvollziehen,

aber wir können und wollen die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche nicht gegeneinander ausspielen. Uns ist es auch aus diesem Grund ganz besonders wichtig, noch einmal klarzustellen, dass wirklich gewährleistet ist, dass auch jeder Bereich einen Beitrag, seinen Beitrag, zur Haushaltsstabilisierung bringt.

Es war bisher kein einfacher Weg, und er ist auch noch lange nicht zu Ende, aber er war und ist notwendig, denn nur dadurch können die erforderlichen Investitionsmittel, um Karlsruhe zukunftsfähig zu halten und zu entwickeln, nun im Entwurf auch eingestellt werden. Mit dem ersten Maßnahmenpaket wird es aber nicht getan sein, es bedarf weiterer Konsolidierungen, um auch mittel- und langfristig dem strukturellen Haushaltsdefizit begegnen zu können. An der strukturellen Schieflage der Städte und Gemeinden sind Bund und Land nicht unschuldig, haben diese doch kontinuierlich Aufgaben auf die Kommunen verlagert, die eine Aufstockung des Personalbestandes unabdingbar machten, ohne dass es dafür einen ausreichenden finanziellen Ausgleich gegeben hätte. Wir müssen aber auch selbstkritisch sein und zugeben, dass wir in den letzten Jahren zum Teil großzügige Standards geschaffen haben. Dieses wird in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr möglich sein.

Der Haushalt unserer Stadt ist geprägt von steigendem Aufwand für Jugend-, Sozial- und Familienhilfe und den damit verbundenen Personalkosten. Entlastungen, wie die Übernahme der Grundsicherung im Alter, bei der Erwerbsminderung durch den Bund oder die Krippenoffensive des Landes sind positiv, aber sie reichen bei weitem nicht aus, um die anfallende Kosten auch nur annähernd zu decken. Wir benötigen vom Bund und vom Land weitere konsequente Entlastungen, insbesondere bei der Eingliederungshilfe, beim Krippenausbau oder auch bei den Ganztagschulen.

Unsere Finanz- und Wirtschaftsbürgermeisterin hat bei der Haushaltseinbringung sehr deutlich aufgezeigt: Wir haben trotz ständig wachsender Einnahmen ein Ausgabenproblem. Daher müssen Augenmaß und Ausgabendisziplin aufgrund der Verantwortung für die nächsten Generationen eine Selbstverständlichkeit für jeden Mandatsträger und Grundlage für unsere Entscheidungen in dieser Haushaltsberatung sein. Vor allem müssen wir aber innerhalb des vorbereiteten und bereits vorbildlich umgesetzten Haushaltsstabilisierungsprozesses, die Ausdauer behalten und dürfen uns nicht durch bisher erzielte Ergebnisse oder nur durch einmalige Sondereffekte vom eingeschlagenen Weg abbringen lassen. Nachdem in der ersten Phase viele Stadträte und Dezernten die Notwendigkeit und die Ernsthaftigkeit des Prozesses erkannten, werden wir auch in den kommenden Haushalten allen Beteiligten die besondere Relevanz der Haushaltstabilisierung und die sich daraus ergebenden Chancen verdeutlichen müssen. Kontinuität, Standhaftigkeit und Überzeugungskraft werden auch beim zweiten Maßnahmenpaket von entscheidender Bedeutung sein.

Unbestritten müssen wir die Aufwendungen reduzieren, ich denke, da sind wir uns einig. Dies steht außer Frage, aber es müssen natürlich auch die harten Standortfaktoren stimmen, und zwar um Steuereinnahmen zu generieren. Dazu brauchen wir eine starke Wirtschaft. Umso bemerkenswerter ist es, dass Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, das Thema Wirtschaft in Ihrer Haushaltsrede unserer Ansicht nach leider wieder einmal etwas stiefmütterlich behandelt haben und dies, obwohl die Gewerbesteuerereinnahmen eine extrem wichtige Ertragsquelle darstellt. Zwar konnten wir in der

Teilüberschrift Ihrer Rede das Wort Wirtschaft kurz lesen, aber Sie selbst reduzierten es dann auf die Bereiche Wissenschaft und Forschung. Die Entwicklung in Wissenschaft und Forschung ist durchaus nicht zu vernachlässigen, aber gerade der Mittelstand und das Handwerk stellen das Rückgrat unserer Wirtschaft dar. Der Anteil der kleinen und mittleren Betriebe in Karlsruhe beträgt 99 %. Die Wirtschaftskraft unserer Stadt hängt daher insbesondere von den Rahmenbedingungen ab, unter denen Mittelstand und Handwerk arbeiten können. Karlsruhe ist eine boomende Wachstumsstadt. Immer mehr Menschen kommen nach Karlsruhe, und der Wirtschaftsstandort gilt als dynamisch und innovativ. Die Unternehmer schätzen den Standort Karlsruhe. Dies wurde uns bei unseren Unternehmengesprächen immer wieder versichert. Nur diese in den letzten Jahrzehnten erarbeiteten und etablierten Stärken des Wirtschaftsstandorts sorgten dafür, dass die im letzten Haushalt durch dieses Haus beschlossene Gewerbesteuererhöhung nicht zu größeren Unternehmensverlagerungen führte. Aber mit dem jetzigen Hebesatz ist für uns auch eine Grenze erreicht, deren Überschreiten nicht ohne spürbare Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort Karlsruhe bleiben würde.

Immer wieder hören wir von Unternehmen, dass Karlsruhe keine geeigneten Gewerbeflächen mehr anbieten kann. Zudem fehle es an qualifizierten Arbeitskräften. Gerade hier sehen unsere Unternehmen konkreten Handlungsbedarf, um wettbewerbsfähig in die Zukunft zu blicken. Wir wissen, dass die Wirtschaftsförderung immer wieder Unternehmen bei der Ansiedelung oder Erweiterung und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen engagiert unterstützt, aber angeboten kann auch nur das werden, was tatsächlich zur Verfügung steht. Gerade hier ist der städtische Spielraum sehr begrenzt, denn die gewerblich nutzbaren Flächen sind weitestgehend verbaut und die noch vorhandenen sind überwiegend kleinteilig strukturiert. Flächen, die für die Unternehmen attraktiv wären, sollen nach einer Mehrheit des Gemeinderates nicht als Gewerbegebiet zur Verfügung gestellt werden. Genau dies engt aber unseren Spielraum, um weitere Einnahmen zu generieren, entscheidend ein. Wir als Entscheidungsträger sollten uns vergegenwärtigen, dass es ohne Gewerbe- und Industrieansiedlungen auch keine zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen geben wird, die wir trotz Stabilisierung dringend benötigen, um die steigenden Haushaltsausgaben zu decken. Aus diesem Grund stellt eine aktive Gewerbeflächenpolitik für uns eine wesentliche Investition in die Zukunft dar. Dies bedeutet über sinnvollen Geländetausch nachzudenken und bestehenden Gewerbegebiete mit dem Ziel weiterzuentwickeln, untergenutzte Gewerbeflächen marktgängig zu machen. Gefragt sind hier für die Zukunft zielorientierte Lösungsvorschläge ohne ideologische Scheuklappen. Hierzu gehört unserer Ansicht nach auch das Bauen in die Höhe. Daneben setzen wir auf systematische Innenentwicklung. Die CDU-Fraktion unterstützt das Modellprojekt ressourcenoptimiertes Gewerbeflächenmanagement durch Kooperation REGEKO im Gewerbegebiet Grünwinkel, mit dem insbesondere brach- und untergenutzte Flächen aktiviert werden sollen.

Genauso wichtig ist uns zudem eine konsequente Entwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit. Mit dem Letter of Intent zwischen Karlsruhe und Ettlingen bezüglich der Entwicklung der Seehofwiesen oder mit den ersten Gesprächen über ein interkommunales Gewerbegebiet mit Stutensee bewegen wir uns in die richtige Richtung. Dieser Weg wird allerdings nicht einfach werden, und es muss allen klar sein, dass Letzteres nicht zum Nulltarif möglich sein wird. Investitionen in die Zukunft sind für uns auch unsere Gründerzentren. Deren Ergebnisse sind durchweg positiv. Seit Eröff-

nung der einzelnen Zentren wurden 1.400 neue Unternehmen mit rund 8.400 Arbeitsplätzen geschaffen. Die CDU unterstützt daher die Entwicklung des Wachstums- und Festigungszentrums im Kreativpark und ist aufgeschlossen für die angekündigten Konzeptionen für ein Energiegründerzentrum und einen Smart Production Park.

Die Technologieregion Karlsruhe gehört zu den erfolgreichsten Wirtschaftsstandorten in Europa und dies soll auch in Zukunft so bleiben. Die angestoßene Neuaufstellung der Technologieregion ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung, wenngleich wir, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bei Ihrem bisherigen Vorgehen noch Luft nach oben sehen. Sie werden uns sicher zustimmen, dass Karlsruhe als Oberzentrum der Impulsgeber und Motor der Region ist, aber den Städten und Gemeinden im Umland bei der zu wünschenden noch stärkeren Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe begegnen muss.

Ein starker Wirtschaftsstandort benötigt eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur. Diese ist eine unabdingbare Voraussetzung für Unternehmen, um sich in Karlsruhe auch anzusiedeln. Natürlich wird in Zukunft mit effizienteren und intelligenteren Fahrzeugen zu rechnen sein, aber grundsätzlich wird es sich um Fortbewegungsmittel handeln, die wir bereits nutzen: öffentliche Verkehrsmittel, Radfahrer, Fußgänger sowie der motorisierte Individualverkehr. Für uns steht kein bestimmtes Verkehrsmittel im Mittelpunkt unseres Handelns, sondern der Mensch mit seinen Bedürfnissen nach Mobilität. Ein unverhältnismäßiges Zurückdrängen des motorisierten Individualverkehrs aus den Innenstädten lehnen wir aber ab, denn man übersieht dabei vor allem die Bedeutung des Gewerbeverkehrs, und dies wäre fahrlässig. Darüber hinaus steigt der Altersdurchschnitt unserer Bevölkerung stetig und ältere Generationen sind oft verstärkt an ihr Auto gebunden, um mobil zu bleiben und alltägliche Dinge zu erledigen. Wir wollen daher den ÖPNV sowie den Fahrrad- und Fußverkehr für die innerstädtische Mobilität weiter fördern, dürfen dabei jedoch die Belange des Wirtschaftsverkehrs und Anforderungen der Senioren, die auf ihr Auto angewiesen sind, nicht vergessen.

Wir haben uns gefreut, dass unlängst Karlsruhe für das Testfeld zum vernetzten und automatisierten Fahren den Zuschlag erhalten hat, welches nun unter Beteiligung des KIT hier in der Region aufgebaut wird. Auf diesem Testfeld können Firmen und Forschungseinrichtungen zukunftsorientierte Technologien und Dienstleistungen rund um das vernetzte und automatisierte Fahren im alltäglichen Straßenverkehr erproben. Karlsruhe bietet hier perfekte Voraussetzungen.

Das wichtigste Infrastrukturprojekt ist und bleibt für uns - nach wie vor, auch wenn es hier viele nicht hören wollen - der Bau der zweiten Rheinbrücke. Bereits heute ist die Rheinbrücke überlastet, tägliche Staus sind an der Tagesordnung. Eine Beschränkung der Brückenbelastung auf 3,5 Tonnen oder gar eine Totalsperrung würde zu einem verkehrlichen Supergau ungeahnten Ausmaßes, insbesondere für die vielen Berufspendler führen, da die nächsten Rheinbrücken in Iffezheim und Germersheim jeweils mindestens 30 Kilometer entfernt liegen. Wir fordern daher wiederholt Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, auf, sich für eine zügige konstruktive Unterstützung und Durchführung des Planfeststellungsverfahrens zum Anschluss der zweiten Rheinbrücke an die B 36 einzusetzen. Sollte sich der Gemeinderat weiterhin mehrheitlich für

eine Klage gegen die zu erwartende Planfeststellung aussprechen, werden wir einen Bürgerentscheid beantragen. Wir setzen uns mit der Region nachdrücklich für eine höchstmögliche Priorisierung beim Bund und dem Land nach Beschluss des Bundesverkehrswegeplans ein. Wir sind nun mal Oberzentrum. Dies muss sich auch in der verkehrlichen Erreichbarkeit zeigen. Es besteht unserer Ansicht nach dringender Handlungsbedarf. Wir begrüßen daher sehr die Wirtschaftsinitiative, die sich für den Bau einer zweiten Rheinbrücke zusammengefunden hat und insbesondere die angekündigten Maßnahmen des Verkehrsministers Winfried Hermann ausdrücklich.

Als weiteres wichtiges Infrastrukturprojekt unterstützen wir den Bau einer Südumfahrung Hagsfeld und deren Weiterführung bis zur Theodor-Heuss-Allee, denn diese Umfahrung wird eine erhebliche Netzentlastungswirkung mit sich bringen. Wichtig ist aber dabei, in die Verkehrsplanung im Osten müssen insbesondere die verkehrlichen Auswirkungen durch die Ansiedlung von IKEA, den Neubau der dm-Zentrale und den geplanten Bau eines neuen Wildparkstadions mit einbezogen werden.

Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs verbindet das Karlsruher Nahverkehrssystem die ganze Region in vorbildhafter Weise mit dem Oberzentrum. Mit dem Jahrhundertprojekt Kombilösung wird dies weiter ausgebaut und perfektioniert. Leider gab und gibt es während der Bauphase sowie den leider unbefriedigenden Baustellen-situationen immer wieder Verzögerungen und wie so oft bei Großprojekten dieser Art steigende Kosten. Ein Ende ist hoffentlich in Sicht. Umso unverständlicher ist es, dass der Bundesrechnungshof nun mitten in einem Prozess die Bedingungen ändern will und die Zuschüsse für die Kriegsstraße infrage stellt. Die Innenstadt ist das Herz einer jeden Stadt, aber nur nach Fertigstellung der Kombilösung wird sich das Gesicht der Kaiserstraße als Einkaufs- und Flaniermeile wie gewünscht verändern. Teillösungen sind für uns nicht akzeptabel, und sie waren auch nicht Bestandteil des Bürgerentscheids.

Schon heute müssen für die zukünftige Innenstadtentwicklung entscheidende Schritte eingeleitet werden. Die östliche Kaiserstraße ist in der jetzigen Trendentwicklung für uns nicht zukunftsfähig. Hier bedarf es einer dringenden Aufwertung, daher erwarten wir von der Verwaltung schnellstmöglich Lösungsskizzen. Wichtig ist uns, dass die Händler in der Innenstadt nicht alleine gelassen werden. Das Kooperationsmarketing muss, wie schon während der bisherigen Bauzeit im engen Schulterschluss mit den Händlern, Maßnahmen zur Stärkung der Innenstadt konzipieren. In diesem Zusammenhang freuen wir uns über den großartigen Erfolg der Schlosslichtspiele, mit denen es wieder gelang, mehr Menschen in die Innenstadt zu bringen. Aus diesem Grund haben wir auch der Fortsetzung für 2017 in Zusammenhang mit den Heimattagen zugestimmt.

Investitionen in Bildung und Betreuung sind Zukunftsinvestitionen. Erfolgreiches Lernen hängt nicht nur von modernen pädagogischen Konzepten, engagierten Eltern und Lehrern sowie motivierten Schülern ab, sondern auch von einer guten technischen Infrastruktur in vernünftigen Schulgebäuden. Die Sanierungen und Modernisierungen unserer Schulen war für die CDU-Fraktion stets ein Investitionsschwerpunkt. In den letzten 10 Jahren wurden durchschnittlich jedes Jahr zweistellige Millionenbeträge investiert. Im aktuellen Entwurf sind sogar rund 85 Millionen Euro vorgesehen als Fort-

setzungsmaßnahmen der Neubau der Gemeinschaftsschule in Grötzingen mit 15,5 Millionen und der zweite Bauabschnitt der Heinrich-Hertz-Schule mit fast 18 Millionen sowie der Beginn der Erweiterung und Modernisierung der Drais-Gemeinschafts- und Grundschule mit einem Gesamtvolumen von 21 Millionen Euro. Wer bei diesen Beträgen anlässlich unserer Haushaltsstabilisierung von bildungspolitischem Kahlschlag bzw. Sparen an der falschen Stelle spricht, sollte erst einmal bereit sein, sich ernsthaft mit dem Haushalt auseinanderzusetzen. Trotz dieser enormen Kraftanstrengung werden die Anforderungen im Schulbereich, sei es durch die Schaffung von weiteren Ganztagschulen oder durch inklusive Beschulung weitere Investitionen verlangen. Dies ist von uns als Kommune nicht mehr zu stemmen. Wir benötigen dringend ein Schulbaumodernisierungsprogramm des Landes. Wir unterstützen daher nachdrücklich die Initiative des baden-württembergischen Städtetags.

Ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der weitere Ausbau an Plätzen in Kindertagesstätten und Kindergärten. Eine gesicherte, qualitativ hochwertige und ortsnahe Kinderbetreuung gilt als eindeutiger Standortfaktor für einen attraktiven Arbeits- und Wirtschaftsstandort. Wir werden Ende 2016 die U3-Kapazität seit 2005 auf fast 3.000 Betreuungsplätze mehr als verfünffacht haben, und die Betreuungsquote liegt mit der Tagespflege und den Spielgruppen bei 45 %. Noch besser sieht es bei einer Betreuungsquote von 98 % und fast 7.900 Plätzen bei den Kindern über drei Jahren aus. Gerade diese wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe stellt für unseren Haushalt eine große Herausforderung dar. Seit 2007 steigen die Betriebskostenzuschüsse an freie Träger kontinuierlich an. Von 27 Millionen Euro in 2007 werden es Ende 2018 über 94 Millionen Euro sein. Gleichzeitig decken die Erträge vom Land unsere Aufwendungen aber bei weitem nicht, denn es werden lediglich knapp 40 % der Gesamtkosten - und dies weiter abnehmend - aus Landeszuweisungen finanziert. Auch bei städtischen Kitas finanziert die Stadtkasse fast 60 % der Kosten, zurzeit rund 70 Millionen, aus allgemeinen städtischen Haushaltsmitteln. Die CDU-Fraktion wird sich konstruktiv, aber durchaus kritisch, mit den Ergebnissen der vom Gemeinderat beschlossenen Arbeitsgruppe „Zuschüsse Kinderbetreuung“ im Rahmen des zweiten Maßnahmenpakets beschäftigen müssen.

Wir möchten Familien unterstützen, damit sie passende Betreuungsangebote für ihre Kindergarten- und Grundschulkinder in allen Stadtteilen finden. Die Ganztagsgrundschulen, sofern sie mit einer entsprechenden Rhythmisierung ausgestattet sind, bieten diesbezüglich eine hervorragende Möglichkeit, aber eine Wahlfreiheit der Eltern innerhalb der Betreuungsangebote hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Uns ist dabei absolut klar, dass in der Regel nicht an jedem Schulstandort alle denkbaren Angebote möglich sein werden. Wir wollen aber sicherstellen, dass zumindest ein der Nachfrage entsprechend gut verteiltes Angebot an Ganztags-, Halbtagsgrundschulen, aber auch Schülerhorten, in den jeweiligen Stadtteilen vorhanden ist und dies aber auch bleibt.

Der Einsatz von Schulsozialarbeitern hat sich als unverzichtbar erwiesen. Unser Ziel, für jede Schule einen Schulsozialarbeiter zu bekommen, ist mittlerweile weitestgehend erfüllt. Wir begrüßen es zwar, dass sich das Land seit 2012 mit einem Drittel an den Kosten für die Schulsozialarbeiter beteiligt, aber auch hier muss dringend eine stärkere Beteiligung erfolgen. Sie muss eingefordert werden. Bevor wir nun an einen weiteren

Ausbau gehen, müssen erst die entsprechenden Strukturen geschaffen und eventuelle Ressourcen aus den Hauptschulen gebündelt und neu verteilt werden.

Karlsruhe muss und wird auch in Zukunft eine soziale Stadt bleiben. Auch wenn wir Kürzungen im Sozialbereich durchführen müssen, ist dies kein soziales Armutszeugnis, wie manche propagieren, sondern geschieht gerade in der Verantwortung, dass auch zukünftig in unserer Stadt Sozialpolitik noch vom Gemeinderat überhaupt gestaltet werden kann und nicht von irgendjemand anders aufgelagert wird. Die CDU-Fraktion bekennt sich seit jeher zum Subsidiaritätsprinzip, und genau aus diesem Grund werden viele soziale Organisationen, Gruppen und Verbände in ihrer Arbeit durch die Kommune unterstützt und gefördert. Im Rahmen des HSPKA haben wir fraktionsübergreifend die vorgeschlagenen Kürzungen im Sozialbereich detailliert durchforstet und auch in Absprache mit den jeweiligen Betroffenen klare Korrekturen gefordert und durchgesetzt. Die interfraktionelle Zusammenarbeit im Sozialbereich war von großem Ernst und enormer Sorgfalt geprägt und somit halten wir dieses Ergebnis für unser soziales Karlsruhe für absolut tragbar. Die CDU fand diesen Weg in Verantwortung für Karlsruhe hervorragend und bedankt sich bei allen Beteiligten für ihre konstruktive Mitarbeit.

Für die CDU-Fraktion sind der Karlsruher Pass und Kinderpass unverzichtbar geworden. Diese sind vorbildliche Möglichkeiten zur Armutsbekämpfung. Der Erfolg und die Bedeutung der Karlsruher Pässe sind deutschlandweit bekannt. Umso bedeutender sind unsere Beschlüsse vom Juli 2016, mit denen wir uns diesbezüglich in Karlsruhe zukunfts fest gemacht haben, indem die Berechtigung für den Karlsruher Pass auch auf armutsnahe Menschen ausgedehnt wurde. Ein ermutigendes Zeichen ist, dass immer mehr Institutionen aus Kultur und Sport, aber auch aus anderen Bereichen, den Berechtigten des Karlsruher Passes Ermäßigungen bei Veranstaltungen und Mitgliedschaften gewähren. Ich kann dies nur ausdrücklich begrüßen und viele dazu ermuntern, diesen Beispielen zu folgen.

Die CDU-Fraktion steht auch zum Gesamtkonzept Arbeit. So kann jetzt effizient gearbeitet und sich der entsprechenden Fachkompetenz in diesem Bereich gewidmet werden. Die aktuelle Konzeption entspricht unseren Erwartungen, dies wird durch die ersten Erfolge bereits untermauert.

Wie wir schon immer betont haben wird eine deutliche Entlastung des Wohnungsmarktes nur unter Einbeziehung aller Akteure möglich sein, also auch der privaten Investoren. KaWof und KAI haben bisher lediglich wenige Wohneinheiten geschaffen, aber uns liegen auch keine Hinweise vor, dass diese Instrumente die Entwicklung behindern würden. Deshalb werden wir dies weiter beobachten, ob die gut gemeinte Steuerung und gleichmäßige Förderung bezahlbaren Wohnraumes funktioniert. Allerdings wird es jetzt darauf ankommen, dass die letzten Potenziale der Innenentwicklung priorisiert werden und anschließend auch gehandelt wird. Gleichzeitig ist die Flächennutzungsplanung voranzutreiben, wobei es uns auf die Einbeziehung aller Beteiligten ankommt. Die aktuelle Fortschreibung Flächennutzungsplan 2030 Schwerpunkt Wohnen, bietet uns die Gelegenheit über langfristige Perspektiven bei der Neuausweisung von Wohnbauflächen zu sprechen. Meine Fraktion ist zuversichtlich, im Gegensatz zu den Gewerbeflächen, dass die Notwendigkeit von allen anderen Fraktionen

erkannt wird. Wir dürfen aber auch nicht den Fehler machen, einzelne Stadtteile zu überfordern, oder dass aufgrund der prekären Situation sogar an Stellen gebaut wird, wo wir heute im Grunde schon wissen, dass es nicht zielführend sein wird.

Karlsruhe ist und bleibt eine Kulturstadt. Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor und trägt wesentlich zu Attraktivität einer Stadt bei. Dass Karlsruhe wächst, ist zum Teil auch der vielfältigen Kulturszene zu verdanken. Die Kultur ist aber auch ein wirtschaftlicher Faktor und nimmt Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen. Beispielhaft verweise ich auf die Erfolgsgeschichte des Kultur- und Kreativparks im Alten Schlachthof. Die Kultur ist aber in der Regel kein Wirtschaftsunternehmen, das sich selbstständig finanzieren kann und erhält aus diesem Grund öffentliche Förderungen. Wir sind erleichtert, dass wir das Ziel der Haushaltsstabilisierung mit sehr moderaten Kürzungen der freiwilligen Leistungen erreichen können. Unser Dank gilt besonders dem Verständnis, das die allermeisten Kulturschaffenden den Stabilisierungsnotwendigkeiten entgegengebracht haben. Wir hoffen auch weiterhin auf die Solidarität der großen und kleinen Akteure. Wir werden bei unserer Linie bleiben, dass Karlsruhe in der Kultur mit dem ZKM und dem Badischen Staatstheater eine Spitze braucht, aber wir wollen auch die vielfältige Kulturszene in ihrer ganzen Breite erhalten.

Sehr wenig Verständnis - dies hat sich bei mir zu Beginn der Sitzung noch mehr verfestigt - haben wir für die Initiative „Spart's euch - Umverteilen statt kaputtsparen!“ Von Kaputtsparen kann bei jährlichen Kulturausgaben von ca. 50 Millionen nie und nimmer die Rede sein. Umverteilen ist eine Forderung aus der politischen Mottenkiste, denn ich muss das, was ich verteilen kann, ja erst mal jemandem anderem wegnehmen. Da bitte ich dann um Vorschläge, wo das herkommen soll. Diese Initiative ist nichts anderes als platte und populistische Stimmungsmache. „Spart's euch“ hätte man sich sparen können. Bei allen Diskussionen, die wir mit den meisten Kulturschaffenden geführt haben, allen Schwierigkeiten, die Einsparungen mit sich bringen zum Trotz, war immer Verständnis für die Haushaltssituation und Solidarität mit der Stadt und untereinander zu spüren.

Wir müssen sparen, um zu investieren, habe ich bereits mehrfach betont. Das gilt auch für die Kultur, denn zwei große Investitionen kommen auf uns zu: die Sanierung und der Anbau des Badischen Staatstheaters sowie der Umzug des Badischen Konservatoriums in die ehemalige Dragonerkaserne. Beide Maßnahmen haben bei uns eine hohe Priorität, aber wir müssen die Kosten im Auge behalten. Insbesondere müssen die Folgekosten infolge der deutlich größeren Flächen berücksichtigt werden. Das Badische Staatstheater soll in Modulen umgebaut und erweitert werden, denn so können wir falls notwendig die Ausgaben entsprechend den zur Verfügung stehenden Mitteln steuern. Die reinen Bauwerkskosten wurden auf der Grundlage eines Testentwurfes auf ca. 120 Millionen Euro begrenzt und an den Baukostenindex gekoppelt, denn häufig liegen zwischen Planung und Fertigstellung viele Jahre. Beim Staatstheater sind die Kosten mittlerweile ohne jede Änderung der Planung schon auf 125 Millionen Euro angewachsen, und man muss sehen, wie diese Steigerungen zu finanzieren sind. Von der Baumaßnahme erwarten wir uns aber eine Steigerung der Effizienz des Theaterbetriebes. Dies bedeutet insbesondere eine Reduktion der Folgekosten. Hierzu erwarten wir aber zur Bestätigung im Vorfeld noch klare Vorlagen und Businesspläne der Verantwortlichen.

Im Blick auf das Badische Konservatorium freuen wir uns, dass nach jahrelanger Suche nun mit der Dragonerkaserne ein neuer Standort gefunden werden konnte. Aus zwei zum Teil wirklich ungeeigneten Standorten wird nun einer. Hier gilt, wie auch beim Theater, wir sparen, um investieren und gestalten zu können. Ebenfalls freuen wir uns, dass ein mehrheitlicher Konsens zur Fortführung der Majolika besteht. Es liegen allerdings sehr ambitionierte Pläne und Konzepte vor. In einem Jahr werden wir zu beurteilen haben, ob sie greifen oder zumindest in die richtige Richtung gehen. Dann wird über die Zukunft der Majolika entschieden.

Sport nimmt in seiner gesamten Bandbreite in unserer Gesellschaft eine wichtige Stellung ein, denn gerade dort werden immer wieder Normen, Werte und Teamgeist vermittelt. Sport gehört zu den weichen Standortfaktoren einer Stadt und hat dennoch eine enorme Bedeutung, gerade wenn es um deren Außenwirkung geht.

Die Förderung des Sports in Vereinen und des ehrenamtlichen Engagements war und ist ein Schwerpunkt in der Sportpolitik der CDU-Fraktion, denn gerade dies sind auch Investitionen in zukünftige Generationen. Die Bildung von Sportzentren verzögert sich leider immer wieder, dabei sollten sie im Sinne der Nutzung von Synergien schnellstens von allen Beteiligten vorangetrieben werden. Kooperationsvorhaben wie die Sportparks Bruchwegäcker, Untere Hub oder Rüppurr ermöglichen es, neben den Effizienzvorteilen für die beteiligten Vereine, zusätzlich hochwertige Flächenpotenziale zu generieren, die für die zukünftige Entwicklung der Stadt von großer Bedeutung sind, besonders wenn dabei auch noch dringend notwendiger Wohnraum geschaffen werden kann.

Die CDU-Fraktion sprach sich immer schon klar für ein für die Stadt solide finanzierbares Stadion aus. Wir sind der Ansicht, dass dies mit den Vorschlägen gelingen wird. Die Einstellung der ersten Mittel für die Infrastrukturmaßnahmen rund um das Wildparkstadion sowie die zwei Millionen Euro für das Eigenkapital des geplanten Eigenbetriebs werden von uns unterstützt. Alle wissen, geplant ist, dass der KSC den Stadionkörper und das Parkdeck zu fast 100 % - einschließlich anfallender Zinsen selbst bezahlt und danach sogar Stadioneigentümer werden soll. Der Stadionneubau steht auch nicht in direkter Konkurrenz zu anderen Investitionsmaßnahmen. Durch die Gründung eines Eigenbetriebs werden alle Transaktionen des Neubaus transparent und wirtschaftlich abgebildet, ohne den Kämmereihaushalt direkt zu belasten. Die Miet- und Pachtzahlungen sind unserer Ansicht nach solide anhand eines Business-Planes kalkuliert. Die Miethöhe liegt im Benchmark, vergleichbar mit anderen Zweitligavereinen. All dies zeigt auf, dass es durchaus als realistisch anzusehen ist, dass die zukünftigen Miet- und Pachtzahlungen weitestgehend gesichert sind. Ein Restrisiko, liebe Kolleginnen und Kollegen, besteht natürlich immer, wenn z. B. der sportliche Erfolg langfristig ausbleibt. Aber eine Stadt, die sich weiterentwickeln möchte, muss in der Lage sein abschätzbare, kalkulierbare Risiken in Kauf zu nehmen, um in Zukunft attraktiv für ihre sportbegeisterten Bürgerinnen und Bürger zu sein.

Ich denke, die aktuelle Entwicklung gebührt es kurz darauf einzugehen, und ich würde gerne einen Vorschlag machen: Montag letzter Woche waren alle frohen Mutes und ich würde einfach vorschlagen, Dienstag bis Samstag komplett von den Festplatten der

Beteiligten zu löschen. Wir haben einen Mediator, der entsprechend zur Verfügung steht, dieser kann dann auch klar sagen, welche richtige Auffassung in diesem Fall vielleicht getragen werden kann. Wir haben ein ganz klares Votum des Gemeinderates, wir haben ein klares Votum der Mitgliederversammlung des KSC. Wir plädieren dafür, sich zusammzusetzen bis weißer Rauch kommt, damit die Never ending Story ein Happy End bekommt.

Zur Lebensqualität tragen auch unsere zahlreichen Bäder bei. Karlsruhe verfügt über eine vielfältige Bäderlandschaft, während andernorts flächendeckend Bäder geschlossen werden. Um in Zukunft attraktiv zu bleiben, wollen wir, solange es finanzierbar ist, unseren Bürgerinnen und Bürgern auch wohnortnahe Bäder anbieten.

Wir haben uns im Bäderkonzept für die vier Schwerpunktbäder: das Europabad, das Fächerbad, die Therme Vierordtbad und als Freibad das Rheinstrandbad Rappenwört entschieden und in den letzten Jahren erfolgten auch dort immer wieder kontinuierliche Investitionen. Die CDU-Fraktion begrüßt, dass der Kostenrahmen beim Umbau des Fächerbads zum Kombibad bisher eingehalten wurde und wir freuen auf die Eröffnung am Wochenende. Wir freuen uns ausdrücklich über die anhaltende Erfolgsgeschichte des Europabades.

Sorgen bereitet uns allerdings die Weiterentwicklung der Karlsruher Stadtteilbäder. Bisher liegt unserer Ansicht nach für diese kein schlüssiges langfristiges Entwicklungskonzept und damit keine Planungssicherheit vor. Der operative Zuschuss für die Stadt nimmt wegen der Überalterung insbesondere beim Adolf Ehrmann- und Sonnenbad kontinuierlich zu. Stetig steigen der Erhaltungsaufwand sowie das Risiko einer Schließung aufgrund von Havarien. Ohne den unermüdlichen Einsatz der bestehenden Fördervereine, die immer wieder den jeweiligen Stadtteilbädern unter die Arme gegriffen haben, sehe es noch deutlich schlechter aus. Hier gilt es nun schnellstmöglich zielorientierte Lösungen zu finden, um eine wirtschaftliche Zukunft der Stadtteilbäder zu sichern.

Vielen Karlsruher Bürgerinnen und Bürger liegt unser Zoo besonders am Herzen und er ist als Ausflugsziel ein wahres Kleinod für Alt und Jung. Wir begrüßen deshalb sehr, dass der Gemeinderat vor kurzem, mit Beteiligung der Öffentlichkeit, ein zukunftsträchtiges Entwicklungskonzept verabschiedet hat. Ganz besonders freut uns die große Bereitschaft der Bevölkerung, sich für „ihren“ Zoologischen Stadtgarten einzusetzen, mitzudiskutieren, aber auch Geld zu spenden. Durch den hervorragenden Einsatz des Zoodirektors, dem es immer wieder gelingt, den Karlsruher Zoo in den Medien hervorragend zu positionieren, und Dank verschiedener Sponsoren sowie der Zoo-freunde, konnten bereits in diesem Jahr die Gehege der Schneeeulen und Erdmännchen finanziert werden. Auch dies entlastet unseren städtischen Haushalt.

Ein Blick auf unsere Mittelfristplanung zeigt, dass wir in den nächsten Monaten intensiv über die Vorschläge für das Maßnahmenpaket 2 und ggf. auch für ein Maßnahmenpaket 3, auf alle Fälle aber über die Investitionsübersicht 2025, die ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund zwei Milliarden aufzeigt, werden diskutieren müssen. Mit der CDU-Fraktion wird es keine Denkverbote geben. Gerade die mittelfristige Finanzplanung erinnert uns daran, dass spätestens in 2020/2021 zur Finanzierung des kon-

sumtiven Haushalts Mittel fehlen werden. Wir werden daher einen Prüfantrag einbringen, in dem die Verwaltung gebeten wird, Vorschläge für eine vertretbare Verschuldungsgrenze zu erarbeiten.

Die in den letzten Jahren stetig angestiegenen zu bewirtschaftenden Flächen machen deutlich, dass wir dringend gegensteuern müssen. Die CDU-Fraktion steht auch dem Verkauf von frei werdenden Immobilien offen gegenüber. Schon länger warten wir auf einen Vorschlag bzw. eine Alternative für die derzeitige Nutzung des Hauses Solms. Und auch für die freiwerdenden Gebäude Jahnstraße 20, Kaiserallee 11 des KONS oder das der Feuerwehr in der Ritterstraße sollte die Stadtverwaltung bereits jetzt ihre Vorschläge erarbeiten und dann in den zuständigen Gremien zur Beratung einbringen.

Wir sind stolz auf unser städtisches Personal, schätzen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und diese müssen für ihre Arbeit auch adäquat bezahlt werden. Die Stadt Karlsruhe beschäftigt rund 6.000 Menschen, für die wir 2017 zusammen ca. 330 und 2018 rund 340 Millionen Euro ausgeben. Wenn wir dies so beschließen, ist es im Vergleich zu 2016 eine Steigerung um 24 Millionen Euro, das hieße 7,6 Prozent Mehrkosten innerhalb von zwei Jahren.

Seit 2008 haben wir kontinuierlich Arbeitsstellen geschaffen - allein 2015 waren dies 127 neue Stellen. Ende 2018 werden es insgesamt 556 Stellen sein. Knapp drei Viertel der in den letzten Jahren neu geschaffenen Stellen entstanden im Bereich Bildung und Betreuung von Kindern sowie allgemeiner Sozialarbeit und psychologische Betreuung, aber auch in der Sozialverwaltung. Wer mich kennt weiß, dass ich hiermit auf keinen Fall den Anschein erwecken möchte, einen Bereich an den Pranger zu stellen oder ihn gegenüber einem anderen auszuspielen. Ich halte vielmehr Ausgaben im Sozialen sowie der Bildung und Betreuung für gesellschaftlich extrem wichtig und notwendig, aber die Kommunen dürfen damit auch nicht alleine gelassen, bzw. vom Bund und vom Land mit Minimalzuschüssen abgespeist werden.

Wir kommen aber auch nicht darum herum Maß zu halten und daher werden wir, wenn die geplanten Stellen im Personalausschuss zur Besetzung vorgelegt werden, wieder eine klare Priorisierung vornehmen, welche Stellen unverzichtbar sind und wo wir ohne zusätzliches Personal auskommen müssen. Bei allem Spardruck gilt für uns, falls Stellen abgebaut werden müssen, darf es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen und zu keiner Arbeitsverdichtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen. Für uns ist es oberstes Gebot, dass eine Konsolidierung nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen werden darf.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch anmerken, dass es uns nicht leichtgefallen ist, die Anpassung der Beförderungstermine der Beamtinnen und Beamten im Maßnahmenpaket 1 mitzutragen. Ich bin deshalb besonders froh, dass meine Fraktion vor fast zwei Jahren den Impuls für eine Demografiestrategie für die Stadtverwaltung gegeben hat. Denn die auf uns zurollende bevorstehende Verrentungs- und Pensionierungswelle wird die Stadtverwaltung verändern. Wir sind uns sicher, dass es der Stadt mit der dieser Strategie gelingen wird, auch zukünftig qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden und allen städtischen Bediensteten durch kontinuierliche Fort- und Weiterbildung gute Entwicklungsperspektiven zu bieten.

Mein Dank geht hier an die Stadtverwaltung, die den Anstoß aufgenommen hat und gute Ansätze für den Aufbau des von uns geforderten strukturierten Wissensmanagements präsentierte. Auch bei der Weiterentwicklung des städtischen Gesundheitsmanagements und der Einführung des Personal-Effizienz-Controllings kommen wir voran.

Insgesamt bedeutet dies, dass innerhalb des Konzerns Stadt umgebaut und umgeschichtet werden muss, aber auch, dass wir uns manchen Service der Stadt für die Bürgerschaft in Zukunft nicht mehr leisten können. Wir müssen uns verstärkt hinterfragen, ob die Angebote ausschließlich städtisch gemacht werden müssen und vor allem in welchem Umfang und in welcher Intensität sie auszuführen sein sollen. Ganz konkret heißt das: Wenn Mittelkürzungen unumgänglich sind, kann die Lösung nur eine Reduktion von Qualitäten und städtischen Angeboten sein.

Die CDU-Fraktion erkennt an, dass auch die Beteiligungen einen Beitrag zum Stabilisierungsprozess erbringen müssen. Uns ist bewusst, dass dies nicht leicht ist, aber in der Gesamtverantwortung für den Konzern Stadt sind die Beiträge unabdingbar.

Der CDU-Fraktion ist es wichtig, dass der bisherige Stabilisierungsweg der Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs und Hafen GmbH konsequent weitergegangen wird. Die KVVH Gruppe muss für die Zukunft eine „schwarze Null“ sicherstellen. Jede Gesellschaft muss - falls es notwendig ist - weitere Maßnahmen zur Kostenreduzierung erarbeiten. Neben dem bereits verankerten Zuschuss für die Bäderbetriebe und des ab 2020 eingeplanten Zuschusses für die Belastungen aus der Kombilösung sieht die CDU-Fraktion weitere Zuschüsse aus dem Ergebnishaushalt äußerst kritisch.

Die CDU-Fraktion begrüßt die kontinuierlich positive Entwicklung der Karlsruher Messe- und Kongress-GmbH. Dass der mit der Zukunftsstrategie anvisierte Umsatz für 2020 bereits in 2015 erreicht werden konnte, zeigt das strategische und zielorientierte Handeln der KMK sowohl im Messe- als auch im Kongressbereich. Mit der von uns mitgetragenen Modernisierung der Stadthalle wird es der KMK nach der Neueröffnung gelingen, Karlsruhe als Kongressstandort weiter auszubauen.

Die Karlsruher Tourismus GmbH, die Karlsruher Event GmbH und die Stadtmarketing Karlsruhe GmbH haben uns in diesem Haus bereits seit einigen Monaten intensiv beschäftigt. Von der CDU-Fraktion wird anerkannt, dass diese Gesellschaften bereits für 2016 Stabilisierungsmaßnahmen erarbeitet haben, um den stetig angestiegenen Zuschuss-bedarf seit der Ausgründung entgegenzuwirken. Nichtsdestotrotz erwarten wir auch hier die aufgezeigten weiteren Einsparvorgaben ab der Wirtschaftsplanung 2017. Neben den Kostensenkungsmaßnahmen muss die zukünftige strategische Ausrichtung der einzelnen Gesellschaften aber weiter intensiv diskutiert werden.

Das Städtische Klinikum Karlsruhe versorgt die Bevölkerung im Oberzentrum aber auch weit über die Region hinaus. Das finanzielle Korsett des Klinikums wird aber immer enger, da auch hier stetig die Personalkosten steigen. Dies liegt nicht nur an den Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst, die von den Krankenkassen nicht ausgeglichen werden, sondern auch daran, dass mehr Personal zur Umsetzung der medizinischen

Leistungen insbesondere aufgrund der veralteten Gebäude und der weiten Wege benötigt wird.

Um im Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, muss das Klinikum nicht nur sein Leistungsspektrum und seine betriebsorganisatorischen Strukturen optimieren, sondern auch die baulichen Strukturen nach modernen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausrichten. Wir standen schon immer zum Städtischen Klinikum und begrüßen es, dass der Gemeinderat bereits zugestimmt hat, dass in diesem Haushalt die weitreichenden Weichenstellungen für die Sanierungs- und Neubaumaßnahmen des Klinikums verankert werden konnten. Deutlich muss man sagen, dass das Klinikum diese Zukunftsmaßnahmen durch Eigenmittel nicht selbst finanzieren kann. Zum einen enthalten die von den Krankenkassen gezahlten Fallpauschalen keinen Anteil für Investitionskosten, zum anderen beteiligt sich das Land schon seit Jahren an der Finanzierung der Investitionskosten von Kliniken nur noch mit stetig abnehmenden Anteilen.

Bevor ich zum Schluss komme, darf ich die Gelegenheit nutzen mich zu bedanken:

Die CDU-Fraktion dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich aktiv und ehrenamtlich für unsere Stadt und ihre Bewohner engagieren. Ihnen allen spreche ich im Namen der CDU unseren Respekt und unsere Anerkennung aus. Ausdrücklich bedanken wir uns bei den Mitgliedern des Behindertenbeirats, dem Stadtseniorenbeirat, dem Forum Ehrenamt, dem Migrationsbeirat sowie den zahlreichen Mitgliedern der weiteren Beiräte und Kommissionen für ihre Arbeit zum Wohle unserer Stadt.

Unser Dank geht auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der Tochtergesellschaften, die kontinuierlich hervorragende Arbeit leisten.

Ein besonderer Dank geht an unsere Finanzbürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz und an den Kämmerer Thorsten Dollinger sowie an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtkämmerei für das umfangreiche Zahlenwerk und die geleistete Vorarbeit für diesen Doppelhaushalt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Gemeinderatsmitglieder. Die von mir in meiner Rede dargestellten Zahlen und Projekte sind jedoch nur eine Momentaufnahme. Politik, so verstehe ich den Auftrag als Vertreter der Bürger, heißt nicht nur zu steuern, sondern auch Inhalte zu vermitteln.

Lassen Sie mich mal einen Blick in die Zukunft in Richtung 2018 - eine kleine Vision - wagen, wenn wir den nächsten Doppelhaushalt beschließen. Dort sehe ich die Fortführungsprojekte im Schulbau, die ich vorhin erwähnte, bereits abgeschlossen und den Umbau der Stadthalle in vollem Gange, und wir stehen vor einem weiteren Ausbau im Bereich der Kongresse. Am neuen Wildparkstadion laufen die letzten Arbeiten und beim Staatstheater steht ein finanzierbares Gesamtkonzept kurz vor der Realisierungsphase. Die ersten Maßnahmen des HSPKA haben bereits gegriffen, damit haben wir auch alle Investitionen finanzieren können, und wir haben auch den Mut das zweite Paket, mit dem Ziel der Umsetzung, anzugehen.

Die CDU-Fraktion wird für diesen Haushalt keine Anträge stellen, die das Gesamtergebnis des Doppelhaushaltes 2017/2018 nachhaltig verschlechtern. Gemeinderat und Verwaltung sind angehalten, keine neuen Begehrlichkeiten zu wecken, sondern konstruktiv zu priorisieren und kommunizieren, um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen.

Meine Damen und Herren, Ludwig Erhard sagte einmal: „Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken.“ Ich bin mir sicher, dass die CDU-Fraktion genau dies beherzigt und dabei nicht alleine in ihrer Haltung ist, den Haushalt der Stadt zu konsolidieren.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns heute gemeinsam ein starkes Signal in die Karlsruher Stadtgesellschaft senden, dass der Gemeinderat den Bedürfnissen aller Karlsruher in Zukunft in die richtige Richtung trägt.

Der Vorsitzende: Für die CDU- Fraktion sprach Herr Stadtrat Hofmann. Es folgt Frau Stadträtin Melchien für die SPD-Fraktion.

Stadträtin Melchien (SPD) - vom Rednerpult sprechend -: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die Welt wird immer verrückter, zumindest ist das die Meinung vieler Menschen. Und wenn wir die Zeitung aufschlagen, den Fernseher einschalten oder uns mit aktuellen Informationen aus dem Internet versorgen, mag sich dieser Eindruck bestätigen.

Viele Länder, denen man noch vor 5 Jahren gute Zukunftsperspektiven zugesprochen hat, versinken im Chaos oder wandeln sich in autokratische Systeme. Für uns in Deutschland und ganz besonders in Karlsruhe sind vor allem die Entwicklungen in Europa besorgniserregend. Krieg und Hunger an vielen Orten der Erde führen zu Vertreibung und Flucht und so sind auch wir in Karlsruhe direkt mit den Folgen globaler Entwicklungen konfrontiert. Auch wenn wir als Karlsruher Gemeinderat keinen unmittelbaren Einfluss auf diese Veränderungen haben, so sind wir und die Stadtgesellschaft mit ihren Folgen befasst.

Dankbar bin ich und sicherlich fast alle hier im Haus den zahlreichen Karlsruherinnen und Karlsruhern, die ehrenamtlich und aktiv in der Flüchtlingshilfe arbeiten und mit viel Zeit und Kraft Menschen, die zu uns kommen, helfen. Auch wir im Karlsruher Gemeinderat haben im letzten Doppelhaushalt mit der Einrichtung eines Flüchtlingsfonds einen Rahmen geschaffen, der den in der Flüchtlingshilfe engagierten Menschen hilft, ihre Arbeit zu verrichten. Damit die gute und erfolgreiche Arbeit im Bereich der Flüchtlingshilfe fortgeführt werden kann, setzen wir uns dafür ein, auch im kommenden Doppelhaushalt den Flüchtlingsfond, wenn auch aufgrund der zurückgegangenen Flüchtlingszahlen, mit geringeren Mitteln fortzuführen, denn wir unterstützen die bemerkenswerte Kontinuität der Flüchtlingshilfe.

Im Bewusstsein der weltweiten Probleme relativiert sich sicherlich auch manche Herausforderung vor der wir stehen. Insbesondere dürfen wir nicht Gefahr laufen zu vergessen, dass wir das Glück haben, in einer wohlhabenden, wirtschaftlich starken und zukunftsfähigen Stadt zu leben. Unsere vordringlichste Aufgabe als Kommunalpolitike-

rinnen und Kommunalpolitiker, als gewählte Vertretung der Karlsruher Bevölkerung, ist es daher, unsere Stadt zukunftsfähig zu machen und uns den Herausforderungen zu stellen.

„Ist es nicht verrückt, was ihr in der Karlsruher Kommunalpolitik macht?“ Auch diese Frage habe ich in meinem Freundeskreis gehört. Ihr baut doch die Kombilösung, baut das Stadion, ihr wollt sparen und gleichzeitig gibt es doch auch in Karlsruhe viele soziale Probleme. Und genau hier ist es unsere Aufgabe als Karlsruher Kommunalpolitik offensiv, klar und transparent zu argumentieren und deutlich zu machen, welche Wege wir gehen wollen, um die Zukunft unserer Stadt zu gestalten.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat die große und berechtigte Hoffnung, dass wir am Ende der Haushaltsberatungen gemeinsam deutlich sagen können: Nein, es ist nicht verrückt, es ist richtig und durchdacht, wir gehen als Stadt Karlsruhe einen guten Weg in den kommenden zwei Jahren. Aber natürlich müssen wir solche Kritik ernstnehmen und sicherlich kennen auch Sie solche Einschätzungen aus Ihrem Umfeld. Gerade in Zeiten, in denen sich viele Menschen bei Wahlen einfache Antworten wünschen, ist es unsere Aufgabe, klar und deutlich herauszustellen, was wir tun und auch darzulegen, dass manches nicht so einfach ist, wie es auf den ersten Blick scheinen mag.

Kernstück unseres kommunalpolitischen Engagements und auch meiner heutigen Haushaltsrede muss es sein, deutlich zu machen, dass Politik, gerade in einer Stadt wie Karlsruhe, Handlungsmöglichkeiten hat und diese auch aktiv nutzt, bei großen öffentlichkeitswirksamen Entscheidungen ebenso wie bei vielen kleinen richtigen und wichtigen Schritten, die wir als Karlsruher Gemeinderat und gerade auch als SPD-Fraktion auf den Weg gebracht haben oder noch auf den Weg bringen werden. Ich bin der Überzeugung, dass die gesellschaftlichen Zukunftsinvestitionen Schlüsselbegriff hierfür sind. In diesem Sinne meint „gesellschaftliche Zukunftsinvestitionen“ all die Aspekte, die das Funktionieren und Gelingen unserer Stadtgesellschaft betreffen. Und diese gesellschaftlichen Zukunftsinvestitionen stehen nicht im Widerspruch zu den großen Investitionsbemühungen, die wir als Gemeinderat mehrheitlich auf den Weg gebracht haben. Und sie stehen nicht im Widerspruch zu den Sparbemühungen, die Oberbürgermeister Frank Mentrup, Finanzbürgermeisterin Frau Luczak-Schwarz, die Stadtverwaltung und wir, der Gemeinderat, auf den Weg gebracht haben.

Wir haben letztes Jahr gemeinsam auf beeindruckende Weise 300 Jahre Stadtgeburtstag Karlsruhe gefeiert und spätestens mit den vielfältigen Festivitäten Karlsruhe auch außerhalb unserer Stadtgrenze als junge, dynamische, leistungsfähige, liebens- und lebenswerte Stadt darstellen können. Alle drei Bereiche, die großen Investitionen, das gemeinschaftliche Sparen und die vielfältigen gesellschaftlichen Zukunftsinvestitionen dienen diesem Ziel.

Lassen Sie mich zunächst etwas zu den Themen sagen, die auch in der Vergangenheit die kommunalpolitischen Diskussionen in unserer Stadt dominiert haben. Wenn wir über die großen Investitionen sprechen, die wir in Bezug auf die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu schultern haben, so müssen wir über die großen Investitionen in das Städtische Klinikum sprechen. Hier wurde ein - wie wir meinen - guter Weg gefunden, um die notwendigen Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau unseres Klinikums als städ-

tisches Krankenhaus der wohnortnahen Maximalversorgung zu erreichen. Meine Fraktion unterstützt ausdrücklich den Weg, in den nächsten Jahren einen Trägerzuschuss von 90 Millionen zur Verfügung zu stellen. Mit dem Richtfest des Institutsgebäudes in der letzten Woche und der Grundsteinlegung für das Bettenhauses im nächsten Monat sind die ersten Umsetzungsschritte hier bereits deutlich sichtbar.

Kraftvoll investieren werden wir auch und insbesondere in diesem Doppelhaushalt in unsere Karlsruher Schulen. Das von Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede angesprochene „Weißbuch Schulen“ wird es uns ermöglichen, bedarfs- und zielgerichtet zu investieren. Besonders für das von uns allen verfolgte Ziel einer Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird, ist eine Bestandsaufnahme aller Schulgebäude dringend notwendig. Barrierefreiheit ist eine Grundvoraussetzung dafür.

Wir erhoffen uns von dem „Weißbuch Schulen“ ein wirksames Steuerungselement, um die Antwort auf die Frage „wie sehen Karlsruher Schulgebäude in zehn Jahren aus?“ als Gemeinderat aktiv mitzugestalten. Hierbei werden wir uns im Gemeinderat und in den zuständigen Gremien über Prioritäten verständigen müssen und es wird Aufgabe von Politik und Verwaltung sein, die Ergebnisse zu erklären und zu kommunizieren. Unsere Schulen sind uns viel wert, dies spiegelt sich in den hohen Investitionen wider. Mit dem Doppelhaushalt stellen wir 85,6 Millionen für Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen zur Verfügung. Dass wir hierüber nicht streiten, ist gute Tradition in Karlsruhe: Wir investieren in Bildung als wichtigste Ressource in unserer Stadt. Ausbleibende Investitionen in diesem Bereich gefährden den Bildungserfolg und damit die Zukunftschancen junger Karlsruherinnen und Karlsruher! Ich bin der festen Überzeugung, dass große Teile der Bevölkerung genau dies von uns als ihren gewählten Vertretern erwarten: Investitionen in Bildung und Teilhabe, Investitionen in eine gelingende Zukunft.

Ein Dauerbrenner in unseren kommunalpolitischen Debatten ist und bleibt die Kombilösung, ihre Umsetzung und Folgen. Mit Nachdruck müssen sich alle Entscheidungsträger auf allen relevanten Ebenen dafür einsetzen, dass auch tatsächlich der Bürgerwille des Bürgerentscheids verlässlich umgesetzt wird und neben der „Flaniermeile Kaiserstraße“ nun auch der Umbau der Kriegsstraße Wirklichkeit wird. Hierfür sehen wir den Bund in der Pflicht. Wir akzeptieren nicht, dass der elementare Zusammenhang zwischen den einzelnen Bauabschnitten vom Rechnungshof konterkariert wird. Unsere Kombilösung ist ein wichtiger Baustein einer lebendigen Stadtentwicklung; täglich können wir beobachten, wie die einzelnen Bauabschnitte Formen annehmen, insbesondere hier vor unserer Tür auf dem Marktplatz. Unser Dank gilt der KASIG und allen, die sich ununterbrochen für eine transparente Darstellung der Bautätigkeit und der Kostenentwicklung engagieren.

Von mancher Seite hört man gerade im Zuge der jetzigen Sparbemühungen sehr vorwurfsvoll, „wenn ihr Geld für den Tunnel habt, dann müsst ihr doch auch Geld für dies und das haben“. Aber genau das ist eine der Stellen, an der wir mit Vereinfachung nicht weiterkommen und es unsere Aufgabe ist, auch komplizierte Sachverhalte offen darzustellen und hinter den getroffenen Entscheidungen zu stehen.

(Stadtrat Fostiropoulos/Die Linke: Was ist dabei kompliziert?)

Wir gehen den Umbau des Badischen Staatstheaters an. Wir sind der Überzeugung, dass eine vielfältige kulturelle Landschaft für eine Stadt wie Karlsruhe unabdingbar ist. Wir wehren uns gegen den Versuch, Kultur gegen Soziales, Kultur gegen den Sport oder Kultur gegen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auszuspielen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion bekennt sich zum Badischen Staatstheater. Nach dem Vorliegen einer belastbaren Kostenschätzung werden wir im Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss fassen und die anstehenden großen Baumaßnahmen angehen. Bereits im vorliegenden Doppelhaushalt sind 2 Mio. Euro für die Planungskosten eingestellt. Auch für das Langzeitbauprogramm sind im Haushalt bereits jährlich 1,5 Mio. Euro vorgesehen. Für die SPD-Fraktion ist es dabei von großer Relevanz, dass bei den anstehenden Maßnahmen die Kosten transparent und belastbar dargestellt werden. Wenn wir im Gemeinderat über die Zukunft des Badischen Staatstheaters diskutieren, wird es auch unsere Aufgabe sein, die Bedeutung unseres Badischen Staatstheaters für die Stadtgesellschaft und darüber hinaus darzustellen. Theater ist eben nicht, wie es manchmal dargestellt wird, ein teures Freizeitvergnügen der Bildungsbürger, sondern ein wichtiger Beitrag zur Bildungs- und Kulturlandschaft in unserer Stadt.

Kommen wir zum Thema Wildparkstadion, das die Gemüter der Öffentlichkeit nun schon seit vielen Jahren und insbesondere in den letzten – fast schon dramatischen – Tagen rund um die Hauptversammlung des KSC bewegt. Wir erwarten nun, dass das KSC-Präsidium nach dem positiven Mitgliedervotum verantwortungsbewusst und verlässlich die Umsetzung der vom Karlsruher Gemeinderat beschlossenen Planungen ermöglicht. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben eine gute Vorlage geliefert, damit das Projekt „Wildparkstadion“ tatsächlich ein Erfolg wird. Jetzt darf das Präsidium - kurz vor Abpfiff - nicht ins Abseits laufen.

Mein Dank an dieser Stelle gilt den ausdauernden städtischen Mitarbeitenden, die diesen komplexen Prozess so auf- und vorbereitet haben, dass wir nun nach der Mitgliederversammlung des KSC davon sprechen können, dass die Zukunft Wildparkstadion und damit die Zukunft des Profifußballs in unserer Stadt auf den Weg gebracht ist. Der Dank der SPD-Fraktion gilt in erster Linie unserem Oberbürgermeister, Frank Mentrup, der es geschafft hat, dieses Thema entschlossen anzugehen und einer Lösung zuzuführen und dabei mit Nachdruck und Klarheit die Position der Stadt Karlsruhe gegenüber dem Verein und der Öffentlichkeit vertreten hat.

Gerade große finanzielle Herausforderungen wie die genannten machen eine verantwortungsbewusste kommunale Finanzplanung unabdingbar. In den vergangenen Jahren wurden die Kommunen durch die frühere Landesregierung aus SPD und Grünen finanziell tatkräftig unterstützt und damit die Rahmenbedingungen für unsere kommunale Arbeit verbessert. Damit konnten wir die Betreuungsplätze im U3-Bereich in den vergangenen Jahren verdoppeln, die Ganztageschulen ausbauen, im Konsens mit Familien und Lehrern neue Gemeinschaftsschulen einrichten und zusätzliche Mittel für die Schulsozialarbeit und die Volkshochschule mobilisieren. Die Förderung von sozialem Wohnungsbau wurde mit dem Landeswohnraumförderprogramm endlich entscheidend vorangebracht.

Wir hoffen, dass dieser eingeleitete Kurs im Sinne der Kommunen durch die neue Landesregierung nicht gefährdet wird und fordern die betroffenen Gemeinderatsfraktionen in Karlsruhe auf, sich bei ihren Parteifreunden dafür einzusetzen, dass die Kommunen vor Eingriffen in ihre Kassen bewahrt werden. Insgesamt müssen die Kommunen bei der Durchsetzung des Konnexitätsprinzips – wer bestellt, der bezahlt – gegenüber Land und Bund zusammenstehen. Wir fordern den Bund auf, die für die Kommunen ursprünglich angedachten Bundesmittel im Rahmen der Eingliederungshilfe auch tatsächlich den kommunalen Haushalten in voller Höhe zukommen zu lassen!

Verantwortungsbewusste Kommunalpolitik beschränkt sich aber nicht nur auf das Einfordern finanzieller Mittel anderer Ebenen, sondern muss im eigenen Handlungsreich verantwortungsbewusst planen. Deshalb ist im Rahmen dieser Rede der Prozess der Haushaltsstabilisierung ein wichtiges Thema. Im Kern bedeutet für uns Haushaltsstabilisierung, die Ausgaben deshalb den uns zur Verfügung stehenden Einnahmen anzupassen, um nicht auf Kosten zukünftiger Generationen von Karlsruherinnen und Karlsruhern zu leben und um nicht deren politische Handlungsmöglichkeiten durch unser heutiges Tun einzuschränken.

Selbstkritisch betrachtet haben wir und auch unsere Vorgängergeneration durch Entscheidungen, durch Investitionen und deren Folgekosten bereits Handlungsspielräume zukünftiger Entscheidungsträger eingeschränkt. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, in dieser und den nächsten Legislaturperioden unseren Haushalt so aufzustellen, dass diese Handlungsräume schrittweise wieder vergrößert werden. Gleichzeitig muss uns bewusst bleiben, dass heute nicht getätigte Investitionen in die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, in öffentliche Einrichtung, in Schulen und Straßen ebenfalls Belastungen sind, die künftige Generationen zu tragen haben. Und nicht selten werden sich Belastungen in diesen Bereichen dadurch vergrößern, wenn sie nicht jetzt getätigt, sondern auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns allen ist bewusst, dass wir erst den ersten großen Schritt in Richtung Haushaltskonsolidierung gegangen sind und weitere Anstrengungen vor uns liegen.

Neben der Haushaltsentwicklung ist die Finanzentwicklung der städtischen Beteiligungsgesellschaften ein wichtiges Thema für die kommenden Jahre. In unseren Gesellschaften wurden notwendige Maßnahmen ergriffen, um dem prognostizierten strukturellen Defizit erfolgreich entgegenzuwirken. Hier müssen noch weitere Schritte folgen. Mit Sorge hat nicht nur die SPD-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass einzelne Kommunen wieder das berechtigterweise längst schon aus der Mode gekommene Lied der Privatisierung angestimmt haben. Lassen Sie es mich deutlich sagen: Mit Ideen von vorgestern löst man keine Probleme für morgen. Die kommunale Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben.

Deshalb möchte ich auch bereits an dieser Stelle betonen, dass es für die SPD-Gemeinderatsfraktion größte Priorität hat, Erreichtes auf dem Weg zum Ziel „Soziale Stadt“ zu erhalten. Die Frage der Gerechtigkeit ist für uns hierbei zentral. Kinder machen unsere Gesellschaft reich und sichern unsere Zukunft! Errungenschaften wie die Geschwisterkindregelung, die Frühen Hilfen oder die Schulsozialarbeit tragen dazu bei, Familien mit Kindern in Karlsruhe stark zu machen. Wenn wir jetzt junge Familien bei

ihren finanziellen Belastungen durch wirksame Maßnahmen wie die Geschwisterkindregelung unterstützen, ermöglichen wir diesen Stützen unserer Gesellschaft bereits heute, für das eigene Leben im Alter vorzusorgen. Junge Familien heute zu unterstützen, heißt Altersarmut in der Zukunft zu verhindern. Die Frühen Hilfen ermöglichen vielen, gerade jungen Eltern einen gelingenden Start ins Familienleben.

Durch gute Schulsozialarbeit gelingt es uns, junge Menschen beim Heranwachsen zu begleiten, sie zu stärken und fit dafür zu machen, in unserer komplexen Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können. Auf Initiative der SPD-Gemeinderatsfraktion haben wir begonnen, mit der Bereitstellung von Sprachförderkräften die Sprachbildung an Kindertagesstätten zu intensivieren. Ziel für uns ist, dass an allen Kindertageseinrichtungen in Karlsruhe Sprachbildung speziell gefördert wird, als Langzeitprogramm, nicht mehr als Projekt! Wir erwarten von Seiten der Verwaltung diesbezüglich aber auch einen verstärkten Blick auf mögliche Förderprogramme; es kann nicht sein, dass Sprachbildung an Kitas in Stuttgart der Bund und in Karlsruhe vor allem die Kommune bezahlt. Bei all diesen Maßnahmen erwarten wir uns mehr finanzielle Unterstützung von Land und Bund.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion wird mit Nachdruck dafür kämpfen, die Errungenschaften der Sozialen Stadt zu verteidigen, denn Familien mit Kindern zusätzlich zu belasten, ist aus unserer Sicht hochgradig ungerecht und an Prävention und Unterstützung, seien es die Frühen Hilfen, die Schulsozialarbeit oder viele andere Maßnahmen gerade auch des Stadtjugendausschusses, zu sparen, wird bestimmt auf lange Sicht sehr teuer werden.

Wir fordern insgesamt unsere Anstrengungen darauf zu konzentrieren, Menschen zu aktivieren, zu befähigen, eigenständig ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Gerade hierfür ist ein guter Start ins Leben und eine erfolgreich verlaufende Kindheit und Jugendzeit essentiell. Wir sind der Überzeugung, dass soziale Probleme am wirkungsvollsten bereits im Entstehen gestoppt werden können. Denn, wenn es uns nicht gelingt, möglichst viele Menschen zu befähigen, eigenständig und eigenverantwortlich ihr Leben zu gestalten, werden die notwendigen Ausgaben und Kosten im sozialen Bereich jede Sparanstrengung konterkarieren. Unser Grundsatz muss sein: wir wollen nicht reparieren, wir wollen aktivieren, befähigen, Menschen stark machen. Dazu brauchen sie unsere Unterstützung gerade am Anfang des Lebens, aber bei Weitem nicht nur dort.

Haushalt konsolidieren heißt zum einen, Prioritäten zu setzen; unsere Prioritäten habe ich gerade dargestellt. Haushalt konsolidieren heißt aber auch, vorhandene Potentiale besser zu nutzen. Auch eine moderne effektive und effiziente Verwaltung kann wesentlich zur Haushaltskonsolidierung beitragen und gleichzeitig den Bürgerservice verbessern. Beispielsweise könnte ein zentral gesteuertes Einkaufsmanagement, das auch die städtischen Gesellschaften umfasst, Kosten senken. Einen leichteren Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltung bietet schon heute die einheitliche Behördenrufnummer 115. Auf dem Gebiet der Verwaltungseffizienz gibt es in Karlsruhe sicherlich noch viele Gestaltungsspielräume.

Ich glaube, dass die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielen Fällen in der jüngeren Vergangenheit bewiesen haben, dass sie fähig sind, unterschiedliche Herausforderungen entschlossen anzugehen. Wir von Seiten der Politik sollten ihnen vertrauen und ihre Arbeit noch stärker wertschätzen. Deshalb sollte immer zuerst auf die Kompetenzen und Fähigkeiten unserer eigenen Mitarbeiter gesetzt und vertraut werden, bevor teure externe Expertise beauftragt wird. Dies schont den städtischen Haushalt und motiviert die Mitarbeiter in ihrer Verantwortung, denn unser Personal ist unsere wertvollste Ressource.

Positiv zu erwähnen im Zuge der Sparbemühungen ist auch, dass über Fraktionsgrenzen hinweg offen und vertrauensvoll in den verschiedenen Sachgebieten gearbeitet worden ist. Besonders hervorzuheben ist der Sozialausschuss, in dem sehr intensiv und gemeinschaftlich versucht wurde, sich auf notwendige Sparmaßnahmen zu verständigen und gleichzeitig das Bemühen groß war, vermeidbare Härten zu umgehen. Dass bezüglich der freiwilligen Leistungen ein großer Konsens zwischen den Fraktionen gefunden wurde, zeugt von der guten, vertrauensvollen und intensiven Zusammenarbeit in diesem Bereich. Wo es zu keinem Konsens gekommen ist, wird unsere Fraktion versuchen, im Rahmen der Haushaltsberatungen nachzubessern. Grundsätzlich sieht die SPD-Fraktion die geplante hohe Nettokreditaufnahme kritisch, insbesondere weil es bei zeitgleich notwendigen Sparmaßnahmen schwierig ist, die Sinnhaftigkeit dieser beiden, zunächst widersprüchlich erscheinenden Maßnahmen, neue hohe Nettokreditaufnahme und konsequente Sparbemühungen, unseren Bürgerinnen und Bürgern zu erklären. Deshalb ist es für uns weiterhin von größter Wichtigkeit festzulegen und offensiv zu kommunizieren, in welchen Bereichen wir Gelder investieren möchten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, mehrfach habe ich bisher in meiner Rede deutlich gemacht, dass ein Ziel sein muss, durch unser heutiges Agieren Handlungsspielraum für die Zukunft zu erhalten. Von ebenso großer Bedeutung ist es aber auch, insbesondere um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zu stärken, aufzuzeigen, dass wir auch heute Handlungsspielräume haben und bestrebt sind, diese auch zu nutzen.

Herzensanliegen meiner Fraktion sind die Teilhabemöglichkeiten vieler Karlsruherinnen und Karlsruher in den unterschiedlichen Lebensbereichen auch weiterhin zu ermöglichen. Wir sehen es als einen Erfolg, dass wir gemeinsam den Karlsruher Pass und Kinderpass zukunftsfähig gemacht haben. 3 Millionen sind hierfür jeweils im Karlsruher Haushalt eingestellt, die zu erbringenden Eigenanteile bei einzelnen Angeboten wie Zoobesuchen, Schwimmbädern oder Ferienangeboten sind hinnehmbar. Unser Ziel ist es, den Berechtigtenkreis zu erweitern, da gerade Menschen mit niedrigem Einkommen ebenso sehr wie Transferleistungsempfänger dieser Vergünstigungen bedürfen, um aktiv am gesellschaftlichen Leben unserer Stadt teilhaben zu können. Große Bedeutung hat für die SPD-Fraktion der Ausbau und Erhalt des sozialen Arbeitsmarkts. Wir sind zufrieden, dass für die unterschiedlichen Maßnahmen hier ein Grundstock gelegt ist dafür, dass Menschen befähigt werden aktiv am Arbeitsleben teilzunehmen. Angebote wie beispielsweise von Initial, Sozpädal oder der AWO sind für uns unverzichtbarer Teil der Strategie des Aktivierens. Wir sehen es als Aufgabe, auch den Menschen die Chance zu geben eine sinnvolle Beschäftigung aufzunehmen, die aufgrund ihrer persönlichen Situation keine Möglichkeit haben, auf dem regulären Arbeitsmarkt

einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Und wir sehen es als ein Versäumnis des Gesetzgebers auf Bundesebene, hier nicht entschlossen aktiv zu werden. Für uns in Karlsruhe muss das Ziel gelten: Wer arbeiten will, muss auch Arbeit bekommen.

Das Thema Wohnraumakquise ist ein hervorragendes Beispiel für innovatives, effizientes Verwaltungshandeln, auf das wir in Karlsruhe zu Recht stolz sein können. Hierfür möchten wir Ihnen, Herr Bürgermeister Lenz, Dank und Anerkennung aussprechen. Gemeinsam mit der Verwaltung wollen wir mit dem Doppelhaushalt die Karlsruher Erfolgsgeschichte fortschreiben. Als SPD-Fraktion fordern wir eine Aufstockung der Mittel im Bereich der Wohnraumakquise. Auch die Perspektive sozialwirtschaftlichen Handelns wird an diesem Beispiel deutlich, nämlich dass es möglich ist, mit effizientem Einsatz viel für die Betroffenen zu erreichen. Unterbringungen, wenn sie in Hotels oder Pensionen geschehen, sind teuer und bieten den betroffenen Menschen nicht die Hilfe wie die Wiedereingliederung in angemessenen Wohnraum. Die Akquise solcher Wohnungen durch städtische Mitarbeitende führt tatsächlich zu einer klassischen Win-Win-Situation aller Beteiligten. Im Bewusstsein, durch eine Aufstockung der mit Wohnraumakquise beschäftigten Mitarbeiter mehr Belegungsvereinbarungen mit Wohnungseigentümern abschließen zu können, fordern wir einen verstärkten Mitteleinsatz in diesem Bereich. Zentral ist für die SPD-Fraktion, Menschen Zukunftschancen zu ermöglichen. Durch begleitete Hilfe in nicht stigmatisierten, normalen Wohnungen wird finanziell benachteiligten Menschen die Chance auf ein eigenständiges Leben gegeben. Gleichzeitig können wir als Stadt hierbei gegenüber der herkömmlichen Unterbringung Gelder einsparen.

Den gesellschaftlichen Veränderungen, die gerade im großstädtischen Bereich deutlich spürbar sind, müssen wir auch bei der Frage der Kinderbetreuung begegnen. Der Herausforderung, jungen Menschen die Chance zu bieten, Familie und Beruf zu verbinden, sind wir in den vergangenen Jahren mit wichtigen Schritten begegnet. Trotzdem bedarf es auch hier weiterer Anstrengungen. In manchen Teilen unserer Stadt müssen wir unsere Bemühungen massiv intensivieren, im Bereich der Betreuung der unter 3-Jährigen das Angebot an bedarfsgerechten Plätzen weiter auszubauen. Die wohnortnahe Bedarfsdeckung ist hierbei unser Ziel. Der bestehenden Unterversorgung einzelner Quartiere wie in Knielingen müssen wir entschlossen begegnen, auch im Interesse des sozialen Friedens innerhalb der Stadt.

Gute Schulen sind Teil der von uns eingeforderten Strategie des Aktivierens statt Reparierens. Der weitere bedarfsgerechte Ausbau der Ganztagschulen ist für die SPD-Fraktion zentral. Ganztagschule ermöglicht für viele Familien erst eine vernünftige Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienleben, und gute Ganztageseinrichtungen erhöhen die Teilhabechancen von Kindern aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen. Gerade im Bereich der inhaltlichen Weiterentwicklung guter Ganztagschulen müssen wir als Kommune den Landesgesetzgeber in die Pflicht nehmen. Für die räumliche Umsetzung der eingerichteten Gemeinschaftsschulen tragen wir mit diesem Doppelhaushalt weiter Sorge.

Karlsruhe will als „Modellregion Übergang Schule Beruf“ mit wichtigen landespolitischen und lokalen Partnern eine neue Qualität erreichen. Anknüpfend an das „Eckpunktepapier der Landesregierung zur Neugestaltung des Übergangs Schule - Beruf

wird Berufsorientierung besser systematisiert, gestrafft und zielgruppenspezifisch neu geordnet. Ebenso hat Karlsruhe mit dem Beitritt zur „Weinheimer Initiative“ vergangene Woche an bundesweite Netzwerke angeknüpft. Damit kommen wir dem Ziel „Kein Jugendlicher darf verloren gehen“, das sowohl die Modellregion als auch die „Weinheimer Initiative“ antreibt, näher, und wir nutzen die Chance, durch hohe Zuschüsse von der Arbeitsagentur und dem Land, gemeinschaftlich noch stärker zu agieren.

Auch der Sport hat in Karlsruhe und für die Karlsruherinnen und Karlsruher eine hohe Bedeutung. Sport bewegt - sowohl die Menschen wie auch die Gemüter. Die Vereinslandschaft in Karlsruhe ist vielfältig und im Vergleich zu anderen Kommunen außergewöhnlich. Das Karlsruher Modell der besitzenden Vereine hat sich in den vergangenen Jahren als Erfolgsmodell bewährt, kann aber nur funktionieren, wenn die Vereine die Stadt als starken Partner an ihrer Seite wissen. Nach der Sportentwicklungsplanung und der Bedarfserhebung ist es nun an uns als Gemeinderat, die richtigen Schlüsse aus dieser Erhebung zu ziehen. Eindeutig ist, dass die vorhandene Hallenkapazität für das vielfältige Vereinsangebot der Karlsruher Vereine nicht ausreichend ist. Gerade innovative Projekte, die Kinder- und Jugendliche, aber auch Erwachsene, zum Sport treiben, animieren, müssen hart um entsprechende Belegzeiten kämpfen. Auch weite Fahrwege für Sport treibende Kinder sind unbefriedigend. Der bauliche Zustand verschiedener Sporthallen hat diese Situation in der vergangenen Zeit immer weiter verschärft, so dass akuter Handlungsbedarf besteht. Für professionellen Ballsport mit entsprechendem Zuschauerinteresse fehlt in Karlsruhe seit Wegfall der Europahalle eine geeignete Spielstätte. Auch hier sollten wir das Karlsruher Erfolgsmodell nicht verlassen, sondern versuchen, gemeinsam mit Vereinen tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gerade für den wichtigen Bereich der Kooperation „Schule und Sport“ braucht es entsprechende Hallenkapazitäten.

Ich möchte aber nicht nur auf die Herausforderungen, die vor uns liegen, hinweisen, sondern auch auf die Erfolge, die gerade der Leistungssport in den vergangenen Monaten vorzuweisen hat. Mit Grischa Prömel, Sabine Kusterer und Pauline Tratz haben drei Karlsruher Sportler an den Olympischen Spielen in Rio teilgenommen. Solche Vorbilder sind wichtig für unsere Nachwuchskräfte im Leistungssport. Gerade Sportarten wie Gewichtheben und Kunstturnen, aber auch Judo oder der Kanusport, die nicht wie Fußball permanent im Fokus des öffentlichen Interesses stehen, brauchen funktionierende Strukturen. Ein wichtiger Beitrag dafür ist die Leistungssportkonzeption der Stadt. Auch hoffen wir, dass das Indoor-Meeting mit seiner Strahlkraft für die Sportstadt Karlsruhe finanziell leistbar erhalten werden kann. Mit Blick auf die Karlsruher Bäderlandschaft sind wir stolz, dass das Karlsruher Bäderkonzept es möglich macht, die Vielfalt zu erhalten, und dass in Karlsruhe, ganz im Gegensatz zu anderen Kommunen, keine Bäder geschlossen werden müssen. Stattdessen freuen wir uns, dass in diesen Tagen durch die Einweihung des Kombibads die Karlsruher Bäderlandschaft weiter an Attraktivität hinzugewinnt. Ein besonders großes Anliegen ist es uns, dass wieder mehr Kinder und Jugendliche gut und sicher schwimmen können. Für guten Schwimmunterricht schaffen wir in Karlsruhe die Rahmenbedingungen.

Eines der großen Vorhaben, mehr Teilhabe zu ermöglichen, ist der barrierefreie Umbau des ÖPNV. Dieses Ziel ist wichtig und muss tatkräftig verfolgt werden. Allerdings wis-

sen wir, dass ein Nahverkehr ohne Barrieren nicht für alle Menschen eine Lösung darstellt, insbesondere für Schwerstbehinderte. Deshalb bedauern wir es, dass der Gemeinderat sich mehrheitlich für die Kürzung der Fahrten mobilitätseingeschränkter Menschen entschieden hat. Teilhabe darf nicht schon bei Mobilität scheitern. Wir haben hierzu bereits einen Antrag im Gemeinderat eingebracht und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Einschränkung in der Mobilität nicht Ausschluss aus der Gesellschaft bedeutet.

Die Umsetzung des Teilhabegesetzes verlangt große bauliche Veränderungen. Sie eröffnet uns aber auch Chancen, beispielsweise mit neuen Wohnformen und damit verbunden einer neuen Qualität des Miteinanders. Gemeinsam mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen wollen wir Barrieren abbauen und das Miteinander stärken. Wichtiger Partner dabei, im sozialen Bereich die Stadtgesellschaft zukunftsfähig zu machen, sind die Wohlfahrtsverbände, aber natürlich auch viele weitere Initiativen und Organisationen. Die auf den Weg gebrachten Sparmaßnahmen sind für alle Träger im sozialen Bereich schwierige Einschnitte und große Herausforderungen. Die SPD-Fraktion ist froh, dass trotz dieses Prozesses in Karlsruhe eine enge und gute Zusammenarbeit der Akteure in diesem Bereich weiter fortbesteht. Unser Dank gilt den Verantwortlichen in den Verbänden, die sich den Herausforderungen der Kosteneinsparung stellen und trotzdem versuchen, zukunftsfähige Lösungen für die Menschen in unserer Stadt zu entwickeln.

Wertvolle Integrationsarbeit für unsere Stadt leistet unser Migrationsbeirat. Das vielfältige und tatkräftige Engagement ist unbezahlbar. Dennoch ist es wichtig und richtig, dass wir einen Integrationstopf bereitstellen, der Projekte und damit Chancen ermöglicht. Jugendliche Migranten, die es schwer haben eine Ausbildung erfolgreich zu durchlaufen, wollen wir gemeinsam mit starken Partnern wie der Handwerkskammer unterstützen. Hierfür müssen wir mit der Schulsozialarbeit stärker noch in die Ausbildungsbegleitung einsteigen, um Abbrüche zu verhindern und junge Menschen auf ihrem Berufsweg besser zu begleiten.

Dass unsere Stadtgesellschaft vielfältig ist, spiegelt sich leider noch nicht in dem Maße in der Stadtverwaltung wieder. Lassen Sie uns gemeinsam Ideen entwickeln, wie wir an dieser Stelle weiter vorankommen. Wenn wir von Benachteiligungen sprechen, so ist leider auch im Jahre 2016 das Thema Gleichberechtigung der Geschlechter nicht wegzudiskutieren. Wir sind der Überzeugung, dass die Kontaktstelle Frau und Beruf weiter bestehen muss und erwarten hierbei Mitfinanzierung.

Die glückliche Tatsache, dass wir alle älter werden hat zur Folge, dass sich das Leben und die Lebensentwürfe älterer Menschen verändern, und dass sie dabei ihre Lebenswelt mitbestimmen und gestalten wollen. Neben dem notwendigen Ausbau an Pflegeplätzen gilt es hier, auch neue Wege zu beschreiten. Das Ziel, selbstbestimmtes Leben auch im Alter möglichst in der bekannten und lieb gewonnenen Umgebung zu ermöglichen und die Einbeziehung innovativer Wohnformen muss uns leiten. Die Möglichkeiten, die sich mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz ergeben, müssen wir für die kommunale Seniorenarbeit intensiv nutzen. Auch gilt es, Menschen noch stärker zu unterstützen, die die Pflege ihrer Angehörigen und ihre eigene Erwerbstätigkeit miteinander verbinden müssen. Hier sollen der Arbeitgeber Stadt, aber auch die städti-

schen Gesellschaften, als Vorbilder vorangehen. Die SPD sieht im Stadtseniorenrat einen starken, kompetenten Partner bei diesen Bemühungen. Mit dem Arbeitsausschuss „Ältere Generation“ haben wir ein wichtiges Fachgremium geschaffen, um hier die richtigen Weichen zu stellen. Maßnahmen wie die von der SPD Fraktion eingeforderten und vom Gemeinderat beschlossenen finanziellen Mittel zur Förderung niederschwelliger Leistungen wie Besuchsdienste sind hierfür gute erste Schritte. Das Prinzip des Aktivierens gilt für uns nicht nur im sozialen Bereich, sondern in allen Politikfeldern.

Ich möchte nun zu einem weiteren wichtigen Themen dieser Haushaltsrede kommen: der Wirtschaft. Sehr geehrte Frau Luczak-Schwarz! Sie sind nicht nur Finanzbürgermeisterin der Stadt Karlsruhe, sondern auch für die Wirtschaft zuständig. In Ihrer Haushaltsrede, ganz im Gegensatz zu unserem Oberbürgermeister, blieb das Thema Wirtschaft allerdings unerwähnt.

Im Gegensatz dazu zeigte sich die baden-württembergische Wirtschaftsministerin jüngst in einem BNN-Interview begeistert von Kreativität und Unternehmergeist der Karlsruher Gründerszene. Mit unserer Gründerallianz, dem KIT, Perfekt Futur und Cyberlab haben wir Grundlagen, um den digitalen Wandel aktiv zu gestalten und für unseren Standort zu nutzen. Auch ergibt sich aus der Digitalisierung die Chance zur Ansiedlung von neuen Unternehmen, z. B. aus dem Maschinenbau. Dies ist wichtig, insbesondere vor der Notwendigkeit, uns auf neue Einnahmequellen zu fokussieren; d. h. wir müssen in den nächsten Jahren intelligent in die Zukunft investieren und dürfen uns nicht auf den Errungenschaften der letzten Jahre ausruhen. Lassen Sie uns in Karlsruhe zum Motor der Digitalisierung in Baden-Württemberg und Deutschland werden. Dazu müssen wir eine breit angelegte Ansiedlungsstrategie entwickeln und die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen nicht Akzente setzen, sondern Maßstäbe!

Investitionen in Gründerzentren, das Schaffen von guten Rahmenbedingungen für das Arbeiten kreativer und innovativer Menschen, wie auf dem Schlachthofareal, und das Vernetzen und Bündeln regionaler Akteure, wie im Rahmen der Technologieregion, sind wichtige Maßnahmen, die wir als Kommune im Bereich der Wirtschaftsförderung auch zukünftig angehen müssen. Wir brauchen aber auch abgestimmte Fachkräftegewinnungskonzepte sowie nur einen Ansprechpartner in der Verwaltung für ansiedlungswillige Unternehmen und Unternehmer am Standort. Innovative Projekte müssen und sollen auch weiterhin ihren Platz in Karlsruhe finden. Das gilt auch im Bereich der Kultur. Das Zentrum für Kunst und Medientechnologie ist für die SPD-Fraktion eine wertvolle und bedeutende Einrichtung, deren Glanz zu Recht weit über die Stadtgrenzen hinaus wahrgenommen wird. Neben dem ZKM und dem Badischen Staatstheater als strahlkräftige und große Einrichtungen im kulturellen Bereich ist es für uns wichtig, die kulturelle Vielfalt in Karlsruhe zu erhalten. Deshalb legt die SPD-Fraktion viel Wert darauf, gerade die vielen kleinen, kreativen Kulturangebote durch städtische Förderungen auch weiter zu unterstützen: Die Kultur in einer Stadt lebt von der Vielfalt ihrer Angebote. Dafür machen wir uns stark. Daher unterstützen wir auch in diesem Doppelhaushalt unsere traditionsreiche Keramikmanufaktur. Dabei muss das entwickelte Konzept für das Fortbestehen der Majolika in einem Jahr auf Tragfähigkeit überprüft und ein Konzept für die Zukunft des Areals entwickelt werden.

Dabei ist die Kulturwirtschaft nicht nur Image-, sondern mittlerweile auch wichtiger Arbeitgeber in unserer Stadt. Im Alten Schlachthof blüht neues Leben. Dabei sehen wir uns aufgefordert, ständig kritisch zu prüfen, ob bestehende, kulturelle Institutionen, Projekte und Initiativen noch zeitgemäß sind und unsere Unterstützung brauchen. Gleichzeitig sind wir offen für neue Ideen im kulturellen Bereich, wie z. B. das BEYOND-Festival. Wie richtig das ist, zeigt auch die beeindruckende Entwicklung von Filmboard und den Independent Days. Die räumliche Weiterentwicklung des SUBSTAGE wurde von meiner Fraktion immer unterstützt, und erst vor ein paar Tagen konnten wir die kleine Spielstätte "Substage Club" im Schlachthofareal einweihen. Im Westen der Stadt ist das Kulturzentrum Tempel ein Glanzlicht! Zahlreiche Besucherinnen und Besucher aus der Stadt und darüber hinaus erfreuen sich über die vielfältigen Darbietungen.

Die Frage nach einem dringlich benötigten Neubau für das Badische Konservatorium beschäftigt mich, seit ich in den Gemeinderat gewählt worden bin. Umso mehr freut es mich, dass wir mit dem Erwerb der Dragonerkaserne endlich eine wichtige Etappe erreicht haben. Nun gilt es, konsequent den Umbau anzugehen, um unnötig langen Leerstand zu vermeiden und unserer Musikschule möglichst bald ein neues Zuhause zu geben. Auch bieten die frei werdenden Gebäude gute Möglichkeiten für ein intelligentes Immobilienmanagement durch die Stadt.

Ein besonderes Herzensanliegen ist unsere Volkshochschule. Das niveauvolle und vielfältige Angebot, das von vielen tausend Bürgerinnen und Bürgern jedes Jahr genutzt wird, ist ein unersetzliches Bildungsangebot in unserer Stadt. Es ist wichtig und richtig, dass wir hierfür kommunale Gelder - 1,2 Mio. Euro - zur Verfügung stellen. Dieses Geld ist gut angelegt, wenn wir damit auch finanziell schlechter gestellten Karlsruherinnen und Karlsruhern ermöglichen können, Kurse der Volkshochschule zu besuchen. Auch die Lösung des Raumproblems der Volkshochschule wird eine Aufgabe sein, der wir uns als Karlsruher Gemeinderat stellen müssen.

Das Thema Mobilität lässt sich nicht von der Geschichte Karlsruhes trennen und die SPD-Fraktion ist der Überzeugung, dass das Thema kluge Mobilität auch in der Zukunft Karlsruhes eine wichtige Rolle spielen muss. Wir haben als mobile Modellregion RegioWIN die Grundlagen geschaffen, neue innovative Mobilitätskonzepte in unserer Region mit allen wichtigen Partnern in der TRK zu erproben. Deswegen konnten wir uns auch in einem starken Umfeld als die Testregion für autonomes Fahren durchsetzen. Genau darauf müssen und können wir weiter aufbauen, um unsere Geschichte als eine der innovativsten Regionen Europas fortschreiben zu können. Dazu gehören natürlich auch der konsequente weitere Ausbau des Radwegenetzes, beispielsweise in die Höhenstadtteile, und ein Ausbau der Infrastruktur zur Nutzung von Elektromobilität durch weitere Elektrotankstellen.

Unser Ziel muss es sein, als Kommune Rahmenbedingungen zu schaffen und Impulse zu setzen, dass Karlsruhe nicht nur mit wegweisenden Erfindungen der Vergangenheit, sondern auch mit Innovation in der Zukunft in Verbindung gebracht wird. Bei neuen Ideen gilt es immer, auch Sorgen und Ängste in der Bevölkerung ernst zu nehmen. Unsere Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht das Gefühl haben, als Versuchsob-

jekte für risikobehaftete Erfindungen erhalten zu müssen, sondern sie sollen einen Stolz entwickeln für diesen wunderbaren innovativen Standort und Lust bekommen daran mitzuwirken. Wichtig ist es deshalb, die Öffentlichkeit frühzeitig und sorgfältig über geplante Schritte zu informieren, den Nutzen solcher Entwicklungen darzulegen und bestehende Befürchtungen abzubauen. Aufgabe von Stadtverwaltung und Stadtparlament ist es, den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten und Prozesse wie das autonome Fahren aktiv und durchaus kritisch zu begleiten.

Eine große Bereicherung für uns Karlsruherinnen und Karlsruher ist, genauso aber auch für auswärtige Besucherinnen und Besucher unserer Stadt, der Zoologische Stadtgarten. Für uns als SPD-Fraktion steht fest, dass wir den Karlsruher Zoo weiterentwickeln müssen, um so die Attraktivität und die Zukunft dieser Freizeiteinrichtung zu sichern. Wir unterstützen dabei ausdrücklich das Zooentwicklungskonzept und werden uns für eine zeitnahe Umsetzung der einzelnen Bausteine einsetzen. Mit dem Beschluss zum Doppelhaushalt werden wir den Umbau der Elefantenanlage und die ersten Entwicklungsschritte am Lauterberg umsetzen können. Der Erhalt grüner Freiräume in der Stadt ist die Voraussetzung für ein gesundes Stadtklima und damit auch für die Lebensqualität in unserer Stadt, Motivation für uns, die kommunalen Klima-, Lärmschutz- und Mobilitätsziele weiter konsequent zu unterstützen und zu fördern.

Wir stehen in der Verantwortung für zukünftige Generationen für einen nachhaltigen und schonenden Ressourcenverbrauch, dies auch im Hinblick auf die anstehende Fortschreibung des Flächennutzungsplans. Fortschreitende Klimaveränderungen dürfen wir keinesfalls aus den Augen verlieren. Mit Starkregenfällen, wie im Juni dieses Jahres, werden wir mit Sicherheit in den kommenden Jahren noch häufiger rechnen müssen. Hier müssen weitere Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung getroffen werden. Wir werden uns verstärkt für den Ausbau des Hochwasserschutzes einsetzen. Schutzmaßnahmen durch Ausbau und Erweiterung der Flutmulden wurden schon in den letzten Jahren durchgeführt und haben vorab „Schlimmeres“ verhindern können. Hier gibt es noch viel zu tun.

Auch wenn es im Vergleich zu manch meist kleineren Städten anderswo vielleicht weniger deutlich als anderswo zu Tage tritt – Karlsruhe ist eine Studentenstadt mit unserer Universität und weiteren renommierten Hochschulen. Zentrale Herausforderung für Karlsruhe ist es - wollen wir für Studierende als Standort attraktiv bleiben - dem Wohnraummangel zu begegnen. Das Thema Wohnen in unserer wachsenden Stadt ist nun beileibe nicht nur im Zusammenhang mit Studierenden eine zentrale Zukunftsaufgabe. In vorbildlicher Weise setzen sich die Volkswohnung und die in Karlsruhe tätigen Wohnungsbaugenossenschaften für den sozialen Mietwohnungsbau ein. Wir fordern, dass die Stadt in diesem wichtigen Bereich nicht nachlässt und die Haushaltsmittel hierfür in voller Höhe belässt. Dementsprechend werden wir einen Antrag in die Haushaltsberatungen einbringen und werben schon heute für Ihre Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dies alleine reicht aber nicht aus. Wir brauchen in Karlsruhe mehr Wohnungen in allen Preislagen. Dazu gehört die Förderung von Bauherrengemeinschaften, alternativer Wohnformen und der Eigenheime. Es ist wichtig, entsprechende Flächen auszuweisen, und es bedarf sowohl im Stadtplanungsamt als auch im Bauordnungsamt genügend Mitarbeitender. Und wir müssen über den Stadtrand hinaus blicken und uns auch in diesem Bereich stärker noch als Region aufstellen.

Die Sauberkeit unserer Stadt liegt uns, so wie vielen Karlsruherinnen und Karlsruhern, am Herzen. Leider ist das große Sauberkeitskonzept bereits im letzten Haushalt dem Rotstift zum Opfer gefallen. Dennoch müssen wir einzelne Bausteine daraus zeitnah umsetzen. Die von uns schon seit Jahren geforderten Robidog-Stationen werden nach wie vor von der Verwaltung abgelehnt. Wir werden aber in den nächsten Jahren weiter für eine Einführung kämpfen.

Grund zur Sorge bereitet uns auch die Verschlechterung des subjektiven Sicherheitsempfindens bei unserer Bevölkerung. Dies nehmen wir ernst. Wichtig ist es deshalb für uns, gemeinsam in Netzwerken aus Bürgerschaft, Polizei und Verwaltung daran zu arbeiten, dass sich die Menschen in Karlsruhe wieder sicherer fühlen. Für uns als SPD-Fraktion zeigt die Entwicklung, dass die Einrichtung eines kommunalen Ordnungsdienstes eine richtige Entscheidung war.

Um die Attraktivität unserer Stadt zu erhalten, bedarf es weiterhin der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den einzelnen Stadtteilen und Wohnquartieren unserer Stadt. Deshalb hat die SPD-Fraktion auch die zeitliche Streckung und Reduzierung des Ausbaus der Bürgerzentren abgelehnt. Die Stärke der Gesamtstadt Karlsruhe hängt wesentlich mit der Vielfalt und Attraktivität unserer Stadtteile zusammen. Wir sind alle Karlsruherinnen und Karlsruher, aber immer auch Mühlburger, Südweststädter, Neureuter oder Durlacher. Ob Stadtteilsteste, Wochenmärkte oder Vereine: das Leben in unseren Stadtteilen macht unsere Stadt lebens- und liebenswert. Eine bedeutende Rolle nehmen hierbei die Ortschaftsräte, Ortsverwaltungen und die Bürgervereine ein. Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich den vielen ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern danken, die in den Räten und in den Bürgervereinen für ihren Stadtteil Verantwortung übernehmen, ihre Ideen einbringen und verlässlicher Partner für uns als Gemeinderat und für die Stadtverwaltung sind, denn nur so kann gelebte Beteiligung gelingen. Niemand kennt die Probleme, aber auch die Potentiale unserer Stadt besser als die Menschen vor Ort. Der SPD-Fraktion ist es wichtig, diese Formen der Bürgerbeteiligung zu stärken und auszubauen und mit Bürgervereinen und Stadtjugendausschuss durch Beteiligungsinstrumente wie Stadtteilkonferenzen, Jugendforen oder die Jugendkonferenz alle an der Zukunft unserer Stadt zu beteiligen.

Durch große Anstrengungen ist es uns als Gemeinderat gemeinsam mit dem Stadtjugendausschuss gelungen, in Karlsruhe bedarfsgerechte Orte der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu verwirklichen. Als letzter Schritt hierbei sei noch einmal das Jugendzentrum Südweststadt genannt. Nun wird es Aufgabe sein, die bestehenden Einrichtungen als attraktive Orte für die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt zu erhalten. Hier ist beispielhaft das Kinder- und Jugendzentrum in der Südstadt zu nennen, wo eine Sanierung dringend notwendig ist und in der letzten Karlsruher Jugendkonferenz von den Beteiligten engagiert eingefordert wurde. Für Karlsruhe als weltoffene, im besten Sinne liberale Stadt ist es wichtig, auch in den eingangs meiner Rede beschriebenen schwierigen Zeiten, Flagge zu bekennen und Vielfalt und Völkerverständigung positiv zu leben. Die Erinnerungsarbeit von Stadtarchiv und Stadtjugendausschuss an die Schrecken der NS-Herrschaft, die politische Bildungsarbeit vielfältiger Organisationen und auch das breite bürgerschaftliche Bündnis gegen fremdenfeindliche Umtriebe zeigen, wie wichtig dieses Thema der Stadt Karlsruhe und den Karlsru-

herinnen und Karlsruhern ist. Hier gilt es gerade jetzt nicht nachzulassen und trotz im Einzelnen oft unterschiedlicher politischer Positionen weiterhin gemeinsam Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit aktiv zu verteidigen.

Wir als Karlsruher Stadtparlament können stolz darauf sein, dass in Karlsruhe die Wiege des deutschen Parlamentarismus steht. Unweit von hier im Ständehaus trat das erste deutsche Parlament zusammen. Schon allein deshalb ist es für uns Anspruch und Verpflichtung, all die Werte, die positiv mit der Geschichte unserer Stadt verbunden sind, offensiv zu leben und auch nach außen darzustellen. Badische Liberalität lässt keinen Raum für Fremdenfeindlichkeit und das Herabsetzen anderer Religionen, aber sie verlangt auch von allen Toleranz.

Damit auch zukünftige Generationen das Miteinander verschiedener Länder und Kulturen positiv erleben können, ist die kontinuierliche Stärkung unserer bestehenden Städtepartnerschaften ein wichtiges Anliegen. Gerade deshalb unterstützt die SPD-Fraktion auch den weiteren Ausbau und die Attraktivitätssteigerung der Jugendbegegnungsstätte des Stadtjugendausschusses im französischen Baerenthal. Im Vordergrund muss stehen, dass wir alle Europa positiv erleben dürfen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, der Dank der SPD-Fraktion gilt allen Mitarbeitenden der Stadt Karlsruhe, die in den vergangenen zwei Jahren engagiert zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gewirkt haben. Der Tatsache, dass wir zu diesem für Karlsruher Verhältnisse frühen Zeitpunkt zusammenkommen und mit der Haushaltsberatung beginnen können, ging eine Kraftanstrengung vieler Mitarbeitender voraus. All diesen gilt der besondere Dank der SPD-Fraktion. Hervorheben möchte ich Mitarbeitende, die nun zeitgleich mit dem Prozess der Haushaltskonsolidierung als auch dem Prozess der Haushaltsaufstellung beschäftigt waren. Unser Dank gilt insbesondere auch unserem Oberbürgermeister, der Finanzbürgermeisterin und den Herren Bürgermeistern.

Wir als SPD bedanken uns bei den vielen Karlsruher Organisationen, Vereinen und Initiativen, bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihr Aktivwerden, ihre Anregungen und auch ihre Kritik die Arbeit der SPD-Gemeinderatsfraktion unterstützen. Danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für zwar unzählige, dafür aber auch sehr konstruktive Stunden der Beratung.

Um es mit Willy Brandt zu sagen: „Der beste Weg die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ Uns allen viel Erfolg bei den kommenden Haushaltsberatungen. Ich bin mir sicher, wir schaffen das. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Es sprach Frau Stadträtin Melchien für die SPD-Gemeinderatsfraktion. Es folgt Herr Stadtrat Konrad für die Fraktion der Grünen.

Stadtrat Konrad (Grüne) - vom Rednerpult sprechend -: Sehr verehrte Anwesende, viel Ärger schlägt einem entgegen, wenn man mit den Menschen über die aktuelle Politik in unserer Stadt spricht. Das Verständnis für die harten Einschnitte, die die Sparpolitik in vielen Bereichen mit sich bringt, scheint gering. Die Karlsruherinnen und Karlsruher fragen sich, wie es überhaupt so weit kommen konnte.

Bereits bei den letzten Haushaltsberatungen gab es kritische Stimmen, die die Notwendigkeit finanziell umzusteuern anmahnten, von meiner Fraktion, aber auch von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und Ihnen, Frau Finanzbürgermeisterin. Am Ende war es aber ein Teil des Gemeinderats, der dafür sorgte, dass sich zum ersten Mal durch die Haushaltsberatungen die Ergebnisse verbesserten – nur deshalb waren diese positiv. Damit haben wir frühzeitig Verantwortung für nachhaltige Stadtfinanzen übernommen. In Ihrer diesjährigen Haushaltsrede zeichnen Sie, Herr Oberbürgermeister, ein positives Bild von der Zukunft Karlsruhes, wenn die Sparanstrengungen vorüber sind. Aber: Nice-to-have wird es in absehbarer Zukunft nicht geben in dieser Stadt.

Wie wir in diese schwierige Situation geraten sind, hat verschiedene Gründe. Neben den horrenden Ausgaben für vergangene und laufende Großprojekte, wie Neue Messe und U-Strab, spielte auch die Übernahme immer neuer Aufgaben eine Rolle. Wir würden uns wünschen, dass die Verwaltungsspitze und der Gemeinderat sich hier verantwortlich zeigen und heutige Entscheidungen vor diesem Hintergrund reflektieren. Auch bei „Aufgaben im gesamtstädtischen Interesse“, die Sie, Frau Luczak-Schwarz, anführen, muss aus unserer Sicht geklärt sein, wie sie finanziert werden sollen.

Wir Grüne haben uns immer für eine nachhaltige Haushaltspolitik und gegen Großprojekte eingesetzt. Mit den schmerzhaften Einsparungen übernehmen auch wir jetzt Verantwortung für Fehler der Vergangenheit. Entsprechend häufig werden wir gefragt, warum wir nicht denjenigen diese Aufgabe überlassen, die die finanzielle Schieflage verursacht haben. Wir müssen jetzt Verantwortung übernehmen, um weiterhin solidarisch handeln zu können. Das bedeutet, Alternativen aufzuzeigen, die möglichst viele unsoziale und unsinnige Einsparungen abwenden können, denn Solidarität darf nicht bei den Schwachen von heute aufhören. Die Probleme von armen, wirtschaftlich oder sozial abgehängten Menschen werden nicht geringer, wenn wir sie in die Zukunft verschieben. Solidarität bedeutet auch, Verantwortung für diejenigen zu übernehmen, die nach uns kommen. Wir müssen ihre Lebensgrundlagen – Natur und Umwelt – erhalten und ihnen finanzielle Spielräume ermöglichen, damit auch sie gute Lebensbedingungen vorfinden und nach ihren Vorstellungen gestalten können. Das Geld, welches uns auf unserer kommunalen Ebene fehlt, kann auch nicht über immer neue Erhöhungen der Gewerbesteuer hereingeholt werden. Wenn deshalb Wirtschaftsunternehmen abwandern, entziehen wir uns künftigen politischen Spielraum und steuern auf noch größere Probleme zu.

Leider bereitet der Bundesfinanzminister trotz wachsender Aufgaben Steuererleichterungen vor und schiebt so soziale Verantwortung auf die darunter liegenden Ebenen ab, die in der Steuerpolitik kaum eigene Spielräume haben. Wenn einige nun mutmaßen, die Kommunen müssten nur genügend Schulden anhäufen, damit Land und Bund gegensteuern und mehr Geld zur Verfügung stellen, kann ich nur den Blick in andere Bundesländer empfehlen, denen es wirtschaftlich weniger gut geht. Trotz der prekären finanziellen Situation in vielen Kommunen wird weder auf Bundes- noch auf Landesebene reagiert. Dort sind deshalb Einsparungen in Kernbereichen der Daseinsfürsorge an der Tagesordnung. Uns geht es also vergleichsweise gut. Deshalb sollten wir nicht nur, sondern müssen, mit dem Geld gestalten, was wir haben und nicht mit

dem, was wir gerne hätten - aus Solidarität mit denen, die Unterstützung benötigen und aus Verantwortung für die künftigen Generationen.

Wir wollen eine ökologisch-soziale Stadtentwicklung, die allen Menschen ein attraktives Wohnumfeld bietet – dies ist auch das Ziel des Konzepts „Grüne Stadt“ unter Federführung unseres Umweltdezernenten. Wichtig ist uns, dass diese Qualität allen Menschen unserer Stadt zukommt, unabhängig von sozialer Herkunft und Einkommen.

Die Wohnungsnot in Karlsruhe wollen wir durch zusätzlichen Wohnungsbau lindern. Daher werden wir beantragen, die Karlsruher Wohnraumförderung, kurz KaWoF, auf dem bisherigen Niveau zu belassen. Verstärkter Wohnungsbau soll aber möglichst durch Innenentwicklung geschehen, also ohne Bebauung außerhalb der Siedlungsflächen. Gleichzeitig muss die Stadt auch im Inneren grün bleiben, denn auch Karlsruhe wird nicht von den Folgen der globalen Erwärmung verschont bleiben. Das ist eine schwierige Abwägung im Einzelfall. Grundsätzlich wollen wir mit städtischen Anpassungsmaßnahmen das Mikroklima verbessern, zum Beispiel durch Begrünung Pflanzung neuer Bäume.

Sich sicher zu fühlen, das ist den Menschen wichtig. Die Gewährleistung der allgemeinen Sicherheit im öffentlichen Raum ist vorrangig Aufgabe der Polizei, also des Landes. Die Einführung des kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) wurde vor diesem Hintergrund von uns Grünen immer kritisch gesehen. Dennoch erkennen wir an, dass in Anbetracht der aktuell geringen gefühlten Sicherheit in Karlsruhe ein Abschmelzen dieser Institution nicht vermittelbar wäre. Wichtiger ist aus grüner Sicht Präventionsarbeit und Konfliktvermittlung, die beratend eingreift, bevor es zu Auseinandersetzungen kommt. Das zeigt sich aktuell am Werderplatz. Wir meinen, dass für eine Verbesserung der Lage vor allem mehr soziale Hilfen nötig sind. Deshalb wollen wir mehr Geld für zusätzliche Straßensozialarbeit einstellen.

Gerade in einer Großstadt sind beim Verkehr saubere Luft und Lärminderung oberstes Gebot. Darum müssen umweltfreundliche Verkehrsmittel gestärkt werden. Die bisher geplanten Einsparungen bei Bus- und Bahnverkehr halten wir gerade noch für tragbar. Wesentliche Einschnitte in diesem Bereich schließen wir aber aus.

Lärm macht krank. Häufig sind gerade Menschen mit geringen finanziellen Mitteln in weniger attraktiven Wohnlagen besonders von Lärm belastet. Lärmschutz ist deshalb auch eine Frage von Solidarität und Verantwortungsübernahme. Der Lärmaktionsplan zeigt auf, wo die Lärmhotspots in Karlsruhe liegen. Für die Projekte aus dem Lärmaktionsplan muss auch in Zukunft genügend Geld zur Verfügung stehen. In der Vergangenheit wurden aber immer wieder Maßnahmen nicht umgesetzt. Deshalb sollten mehr Projekte "auf Vorrat" durchgeplant werden, die als Ersatz für ausfallende Maßnahmen durchgeführt werden können. Für viele kritische Bereiche, wie besondere Schienenpflege in der Herrenalber Straße, werden in diesem Haushalt nun Mittel eingestellt. Mehrkosten für lärm mindernden Asphalt tragen wir auch gerne mit. Für die zuständige Bundesregierung ist es aber ein Armutszeugnis, dass sie diese nicht selbst trägt.

Lärm und Abgase hängen eng mit der Menge des Individualverkehrs zusammen. Deshalb ist die Stärkung des Umweltverbundes aus Fuß-, Rad-, Bus- und Bahnverkehr für uns Grüne die Zukunftsaufgabe der Stadt im Verkehrsbereich. Einige Maßnahmen, die wir im letzten Haushalt noch beantragen mussten, sind nun bereits im Entwurf enthalten. Das freut uns. Dazu gehören 5 Millionen jährlich für Fahrzeugbeschaffung, um die städtische Fahrzeugflotte auf den neuesten Stand zu bringen. Wo dies möglich ist, sollte auf kleinere Fahrzeuge umgestiegen werden – vor allem Fahrräder und Pedelecs. Das ist ökologischer, leiser und kostet weniger. Um Karlsruhe zu einer wirklich fahrradfreundlichen Stadt machen zu können, sollte außerdem das 20-Punkte Programm zur Förderung des Radverkehrs schneller umgesetzt werden. Einer Kürzung um ein Viertel beim Radwegebau stellen wir uns entgegen und beantragen, wie früher, 1,3 Millionen Euro jährlich für Radverkehr fördernde Baumaßnahmen vorzusehen. Durch einen Vorstoß der Durlacher Grünen soll beim Durlacher Bahnhof eine Richtungsfahrbahn der B10 in einen Park-&-Ride-Platz umgestaltet werden. Wir begrüßen die sinnvolle Umnutzung einer nach heutigen Maßstäben überdimensionierten Straße, denn das kann zur Reduzierung des Individualverkehrs beitragen.

Bis 2022 müssen alle Haltestellen von Bus und Bahn barrierefrei umgebaut sein. Uns freut, dass Solidarität mit mobilitätseingeschränkten Menschen nicht nur uns, sondern auch VBK ein hohes Anliegen ist, und dass sie in diesem Bereich sehr große Fortschritte machen. Im Verkehrsbereich wird uns aber auch die Kombilösung stark belasten. Lange Zeit wurden falsche Versprechungen gemacht. Auf die unrealistischen Zahlen und Querfinanzierungen haben wir Grünen schon vor Jahren hingewiesen. Inzwischen ist der Eigenanteil der Stadt auf das Sechsfache der ursprünglichen Planung prognostiziert. Die riesigen Schuldenberge, die derzeit in der KASIG angehäuft werden, müssen ab 2019 abgetragen werden. Die Folgekosten werden jährlich mit 30 Millionen Euro oder mehr zu Buche schlagen. Die dadurch notwendigen Einsparungen im Kämmereihaushalt werden schwerwiegende Folgen in allen Bereichen haben.

Solidarität mit unseren Kindern, Kindeskindern und allen folgenden Generationen sowie Achtsamkeit gegenüber allen Lebewesen auf unserem Planeten bedeutet auch, Verantwortung für Natur und Umwelt zu übernehmen. Denn, was wir dort heute zerstören, kann gar nicht wieder aufgebaut werden. Klimaschutz als internationale Aufgabe muss deshalb auch auf kommunaler Ebene betrieben werden. Viele positive Ansätze für den Klimaschutz finden sich im Haushalt wieder. Das D-A-CH-Projekt von deutschen, österreichischen und schweizerischen Kommunen setzt sich für eine energieeffiziente Stadt ein. Außerdem wurde Geld für Ökostrom in Karlsruher Liegenschaften und den Klimaschutzfonds, der wirtschaftliche Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen unterstützen soll, eingestellt.

Karlsruhe will getreu dem „2-2-2“-Ziel bis 2020 den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen um 2 % senken und den Anteil erneuerbarer Energien verdoppeln. Bis 2050 wollen wir klimaneutral sein. Zwar verbessern sich die CO₂-Bilanzen der Stadt und der Privatleute stetig. Diese Fortschritte werden aber leider vom lokalen Wirtschaftswachstum wieder zunichte gemacht. Mit über einem Zehntel geplanter Kürzung bei Klimaschutzfonds und der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) in den kommenden vier Jahren gibt die Stadt diese Zielsetzungen auf. Dazu sind wir Grüne nicht bereit.

Im Naturschutz übernimmt die Stadt Verantwortung für den Erhalt der Artenvielfalt und der Lebensräume vor Ort. Wichtige Maßnahmen umfassen hier die Schaffung adäquater Lebensbedingungen für Insekten und Vögel sowie die Anpflanzung heimischer und standorttypischer Sträucher und Bäume und deren Schutz. Um die Kosten zu begrenzen, sollen aber auch vermehrt Privatpersonen für dieses Ziel gewonnen werden. Wir Grüne setzen uns für ein durchgängiges Biotopverbundnetz ein, das von Grötzingen und den Höhenstadtteilen bis an den Rhein reicht. Bei besonders wertvollen Schutzgebieten muss eine kontinuierliche und fachgerechte Pflege außerdem gewährleistet sein. Um Natur und Umwelt nachhaltig zu schützen, wollen wir jungen Menschen verstärkt ihre Verantwortung in diesem Bereich bewusst machen. Hierfür sollten die Waldpädagogik wie auch die Kooperationen von Umweltverbänden mit Ganztagschulen ausgebaut werden.

Gerade dem Zoo kommt bei der Vermittlung von Artenschutz, Lebensraumerhalt und Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen eine wichtige Rolle zu – aus grüner Sicht ist das sogar seine Hauptaufgabe. Maßnahmen für eine Verbesserung der Tierhaltung im Zoologischen Stadtgarten werden von uns gerne unterstützt. Wir begrüßen die Erweiterung der Elefantenanlage als ein Tierschutzprojekt für alternde Zirkuselefanten. Eine weitere Ausweitung der Tierarten zusätzlich zum Exotenhaus sehen wir dagegen sehr kritisch. Durch den Tierschutzfonds und viel ehrenamtliche Arbeit konnte in der Vergangenheit viel erreicht werden. So konnte die Bildung von Streunerpopulationen vermieden werden. Auch gibt es in Karlsruhe kaum frei lebende kranke oder unterernährte Tiere. Die vorgesehene Kürzung der Mittel auf ein Drittel gefährdet diese Erfolge. Daher werden wir beantragen, die Kürzung zum Teil zurückzunehmen.

Auch durch den Konsum von biologischem Essen übernehmen Verbraucherinnen und Verbraucher Verantwortung für Tierwohl, Natur- und Artenschutz. Um zum Nachdenken anzuregen und verantwortungsvollen Genuss zu ermöglichen, beantragen wir, dass in den städtischen Kantinen zu einem Viertel Essen aus Bio-Produkten hergestellt wird. Wir sind überzeugt, dass viele Verbraucherinnen und Verbraucher gezielte Informationen über die Folgen ihres Konsums suchen. Dazu benötigen sie eine Anlaufstelle, die sie bei ihren Fragen und Problemen unterstützt. Um die Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg für Karlsruhe zu erhalten, muss deshalb der sehr geringe Zuschuss von 8.500 Euro jährlich dringend erhalten werden.

Kultur belebt die Stadtgesellschaft und setzt wichtige Impulse, sowohl bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wie auch in der Wahrnehmung von Gegenwart und Zukunft. Im Rahmen des Haushaltsstabilisierungsprozesses schlugen die Wellen nirgends so hoch wie im Bereich Kultur. Unzählige Schreiben, die wir erhalten und beantwortet haben, sowie unzählige – auch überregionale – Medienberichte sprechen für sich. Umso bemerkenswerter ist, dass das Wort „Kultur“ in der Haushaltsrede der Wirtschaftsbürgermeisterin kein einziges Mal auftaucht und auch Sie, Herr Oberbürgermeister, diesen Bereich fast vollständig ausgespart haben. Auch insgesamt ist es deutlich stiller geworden um die Einsparungen im Kulturbereich. Der Blick in den Haushaltsentwurf der Stadt erklärt dies: Die Kürzungen fallen sehr viel geringer aus, als sie ursprünglich angesetzt waren. Da die Mietkosten der Kultureinrichtungen aus dem Kürzungsansatz von 3,6 % ausgenommen wurden, ergeben sich für die meisten Ein-

richtungen moderate Minderleistungen. Die wesentlichen Kürzungen resultieren aus der kompletten Streichung einiger Förderungen und der Umstrukturierung bzw. Streichung von Festivals.

Besonders schmerzlich ist für uns Grüne der Verlust von KIX und JUX – den kulturellen Kinder- und Jugendfestivals. Wir halten es für falsch, ausgerechnet bei der kulturellen Bildung junger Menschen den Rotstift anzusetzen, zumal mit KIX und JUX viele Kinder und Jugendliche erreicht wurden, in deren Umfeld Kultur keine so große Rolle spielt. Wir bedauern sehr, dass unser Erhaltungsantrag hierfür im Gemeinderat keine Mehrheit fand. Wir hoffen aber, dass es dem Stadtjugendausschuss dank seiner Kompetenz und Erfahrung gelingen wird, künstlerisches Erleben in die Kinderstadt Karlopolis zu integrieren. Aber auch die Kindermalwerkstatt fördert künstlerisches Erleben durch Kinder mit ganz unterschiedlichen Hintergründen. Die Trennung der Kindermalwerkstatt aus der ohnehin wenig passenden Zweckgemeinschaft mit der Volkshochschule entlässt die Kindermalwerkstatt in eine aussichtslose finanzielle Lage. Das möchten wir mir mit einem entsprechenden Antrag ändern.

Im 20-jährigen Bestehen der „Karlsruher Gespräche“ ist es dieser Veranstaltung immer wieder gelungen, brennende Themen mit hochkarätigen Referentinnen und Referenten zu beleuchten. Dementsprechend erhält sie viel Zuspruch. Wir beantragen deshalb deren Fortbestand, sofern das KIT und Sponsoren weiterhin die Basis dafür bilden. Gerade weil die Kürzungen im Kulturbereich im kommenden Doppelhaushalt deutlich geringer ausfallen als ursprünglich geplant, müssen wir uns in den folgenden Jahren der Haushaltsstabilisierung mit dem Kulturbereich noch genauer beschäftigen.

Wir Grüne werden dabei unserem Leitmotiv „Verantwortung übernehmen – solidarisch handeln“ folgen. Das bedeutet für den Kulturbereich, Strukturen zu erhalten und kulturelle Vielfalt zu sichern. Gerade die vielen kleinen und auch größeren soziokulturellen Zentren und Kulturvereine ermöglichen mit ihrem vielfältigen Angebot allen Bevölkerungsschichten die Teilhabe an Kultur. Bei einer der großen Einrichtungen, dem Badischen Staatstheater, sind große Summen für den Neubau eines Schauspielhauses und die Sanierung des Bestandsgebäudes eingestellt. Unser Ziel ist es, den vom Gemeinderat beschlossenen Kostenrahmen von 125 Mio. Euro einzuhalten. An der modularen – also schrittweisen – Bauweise im laufenden Spielbetrieb werden wir unbedingt festhalten. Dies ermöglicht, Kosten und Geschwindigkeit von Umbau und Erweiterung den aktuellen Möglichkeiten des Haushalts anzupassen.

Kritisch sehen wir die in den letzten Jahren gestiegenen Ausgaben für Events. Allein die Betriebs- und Infrastrukturkosten für die Event GmbH liegen bei über einer Million jährlich. Wir sehen die gute und erfolgreiche Arbeit, die die Verantwortlichen in diesem Bereich leisten – gerade der Erfolg der Schlosslichtspiele in Zusammenarbeit mit dem ZKM zeigt dies. Kurze oder eintägige Events jedoch, die hohe Kosten verursachen, entsprechen nicht unserer Vorstellung von verantwortlichem Handeln in Zeiten der Haushaltsstabilisierung. Deshalb muss auch dieser Bereich aus unserer Sicht künftig einen entsprechenden Sparbeitrag leisten.

Die vor Ort ansässige Wirtschaft ist durch die Gewerbesteuer die größte beeinflussbare Einnahmequelle der Stadt und deshalb ein wichtiges Haushaltsthema. Um diese zu

pflegen, bleiben sinnvollerweise die Mittel für die Aufwertung der Innenstadt als Einkaufsstadt stabil. Sie verpuffen aber angesichts unseres zweifelhaften Rufes als „Baustellenhauptstadt“. Während Filialisten sich ohne Probleme über die schwierige Zeit retten können, sind es gerade inhaberinnen- und inhabergeführte Geschäfte, denen das Fernbleiben von Kundschaft auch noch über die Baustellenzeit hinaus zu schaffen machen wird. Diese bilden aber das Rückgrat einer attraktiven Einkaufsstadt. Deswegen setzen wir uns schon immer dafür ein, das Entschädigungsmanagement der KASIG an deren Bedürfnisse anzupassen und die Einschränkungen möglichst gering zu halten. Nicht nur für Gäste, sondern auch für Fachkräfte und Unternehmen muss Karlsruhe attraktiv sein.

Die städtische Zielsetzung im Bereich Wirtschaftsförderung – „Sicherung und Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes“, die Orientierung auf eine „nachhaltig wachsende Wirtschaft“ und die „gezielte Weiterentwicklung des Wirtschaftsraumes“ – entspricht unserem Ansatz, nicht ohne Konzept um Unternehmen jeder Art zu buhlen. Im Gegenteil: Karlsruhe kann mit Netzwerken aufwarten, die Synergien in den Kernbereichen IT, Energie und Kreativwirtschaft ermöglichen. Aus unserer Sicht würde Karlsruhe durch die Fokussierung auf eine Marke im Stadtmarketing profitieren. Um Fachkräfte, Gründungswillige und Unternehmen anzuziehen, sollten die Menschen beim Wort Hightech an Karlsruhe denken, wie sie beim Wort Hipster an Berlin denken. Gleichzeitig sind dies Bereiche, bei denen sich verantwortungsbewusstes Wachstum und schonender Umgang mit Ressourcen verknüpfen lassen – bis hin zu Innovationen, die den Ressourcenverbrauch verringern. Unternehmen bei entsprechenden Anstrengungen zu unterstützen, die dies auch als Marketingfaktor nutzen können, könnte eine weitere Stärke Karlsruhes darstellen. Ein allererster Schritt war das Handbuch „Ressourcenoptimiertes Gewerbeflächenmanagement“, für das wir Grüne lange gekämpft haben. Trotz der damit gewonnenen Erfahrungen und der deutschlandweiten Aufmerksamkeit, von denen uns die Verwaltung mehrfach berichtet hat, wurde dieses Instrument im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vom Amt für Wirtschaftsförderung bereitwillig preisgegeben. An dieser Stelle ziehen wir das Fazit, dass ein solcher Ansatz mit den bei uns derzeit in diesem Bereich verantwortlichen Personen offenbar nicht zu verwirklichen ist und verzichten auf einen erneuten Antrag.

Die Gründungsbegleitung und -förderung als Instrument zur Wirtschafts- und Innovationsförderung wird im Gegensatz dazu mit großem Elan verfolgt. Für uns Grüne stellt sich allerdings die Frage, ob im „Förderdschungel“ von Land und Bund die städtischen Mittel nicht effizienter zur Gründungsberatung und Unterstützung bei der Fördermitelakquise eingesetzt wären, als bei der direkten monetären Förderung junger Unternehmen. Dies hätte zudem den Vorteil, mehr Menschen bei gleichem oder niedrigerem Mitteleinsatz erreichen zu können. Darüber hinaus müssen wir Gründerinnen und Gründer sowie Absolventinnen und Absolventen stärker an Karlsruhe binden. Gerade die vielen Menschen, die an die Hochschulen strömen bzw. diese nach dem Studium wieder verlassen, müssen stärker in die Stadtgesellschaft eingebunden werden, denn sie sind das größte Kapital für den Wirtschaftsstandort Karlsruhe. Hierbei kommen einerseits die weichen Standortfaktoren zum Tragen: die Stadtgesellschaft mit Vereinen, Kulturinstitutionen und Naherholungsräumen und faktisch harte Standortfaktoren wie das Wohnungsangebot, Familienfreundlichkeit im Allgemeinen und Betreuungsangebote im Speziellen. Andererseits fordert dies das Zusammenwirken der Hochschulen

und der Stadt. Gerade das KIT als größter Ausbilder und Arbeitgeber der Stadt muss zum natürlichen Partner in Sachen Wirtschaftsförderung werden.

„Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten!“ wirbt eine große Gewerkschaft für Chancengleichheit. Und es stimmt: Die Unterstützung von Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf ist ein Wirtschaftsfaktor. Eine unabhängige Beratungsstelle, wie sie die „Kontaktstelle Frau und Beruf“ darstellt, weckt Potenziale. Die Kontaktstelle nicht mehr zu unterstützen bedeutet den Wegfall einer wichtigen unabhängigen Unterstützung bei der Orientierung auf dem Weg zurück in den Beruf. Darum wollen wir die Kontaktstelle weiter fördern.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Kommunen gehört die Bildung. Der gerechte Zugang zu Bildung liegt in unserer Verantwortung. Das bedeutet, allen Kindern Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen und im Anschluss ihre schulische und persönliche Entwicklung zu unterstützen. Damit können wir als Kommune Chancengleichheit befördern und allen Kindern ermöglichen, ihr Potenzial auszuschöpfen. Das ist die effektivste Präventionsmaßnahme gegen spätere Armut. An der Bildung darf deshalb nicht gespart werden, und darin besteht ein breiter Konsens in der Stadtpolitik.

Der Bedarf an Kleinkindbetreuung in Karlsruhe wächst. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in allen Stadtteilen mit Defiziten die Plätze so schnell wie möglich ausgebaut werden. Beitragsfreie Kindergärten sind sicher wünschenswert und ein erheblicher Faktor für Chancengleichheit. Während des Ausbaus der Kindertagesstätten bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung, kann dieses Ziel ohne Bund und Land aber nicht erreicht werden. Weitere Erhöhungen der Elterngebühren lehnen wir dennoch ab.

Wir wollen die Ganztagsgrundschulen weiter ausbauen und gleichzeitig mehr Halbtagsgrundschulen mit ergänzender Betreuung einrichten, damit in allen Stadtteilen Eltern und Kinder das für sie passende Konzept wählen können. Durch das Ende der verbindlichen Grundschulempfehlung hat sich die Landschaft der weiterführenden Schulen stark verändert. Die Zahl der Werkrealschulen ist auf vier zurückgegangen. Die Gemeinschaftsschule hingegen ist ein Erfolgsmodell und auch die Anmeldungen zu Gymnasien nehmen zu. Durch diese Umbrüche braucht es umfangreiche Schulbaumaßnahmen. Uns ist es wichtig, dass Karlsruhe weiterhin die notwendigen Baumaßnahmen so schnell wie möglich durchführt, um an allen Schularten optimale Lernvoraussetzungen zu schaffen.

Schulsozialarbeit – an allen Schularten – ist zu wichtig, um sie anstehenden Sparrunden zu opfern. Der Wegfall dieser Maßnahmen hätte erhebliche negative Auswirkungen für die Betroffenen und auch für die öffentliche Hand, die in der Folge hohe zusätzliche Sozialkosten zu tragen hätte. Wir unterstützen die ergänzenden Bildungsangebote an Schulen, die in Kooperation mit Sportvereinen, mit Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstlern sowie mit Umwelt- und Naturschutzverbänden im Nachmittagsbereich durchgeführt werden und setzen uns für eine stärkere Förderung ein. Eine wichtige Aufgabe und gleichzeitig große Herausforderung ist der gesetzlich verankerte Rechtsanspruch auf inklusive Bildung. Im Vergleich zu anderen Kommunen ist in Karlsruhe die Quote der Kinder mit Behinderungen, die eine allgemeine Schule be-

suchen, noch gering. Deshalb haben wir ein Konzept zur Herstellung von Barrierefreiheit an allen Schularten von der Stadt beantragt.

Teilhabe junger Menschen ist für uns Grüne auch über Bildungseinrichtungen hinaus ein Herzensanliegen. Hierzu braucht es bedarfsgerecht ausgestaltete Freizeit- und Kulturangebote in jedem Stadtteil. Die von der Stadt bezuschussten außerschulischen Bildungsträger wie KONS, Jugendkunstschule, Volkshochschule und die Angebote des Stadtjugendausschusses müssen weiterhin allen Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt offenstehen. Dies gilt natürlich auch für Ferienangebote. Die niedrigschwelligen Beteiligungsangebote des Stadtjugendausschusses werden stets weiterentwickelt und wurden bereits vor zwei Jahren durch eine zusätzliche Stelle gestärkt. Jetzt gilt es, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen weiter zu unterstützen. Die letzte Reform der Gemeindeordnung bietet da einige Ansätze, wie Antragsrecht in Gemeinde- und Ortschaftsräten bis hin zum eigenen Budget einer Jugendvertretung.

Auch Unterstützungsangebote der Jugendhilfe dürfen nicht finanziellen Zwängen zum Opfer fallen. Sie sind wichtige präventive Maßnahmen, die zukünftig Kosten sparen. Gerade angesichts vieler zugewanderter Kinder und Jugendlicher – teilweise von Fluchterfahrungen traumatisiert – und damit einhergehenden unterschiedlichen Wertvorstellungen braucht es neue genau zugeschnittene Unterstützungsangebote, inner- und außerschulisch. Die Übernahme von Verantwortung für Schwächere muss für die Stadt nicht unbedingt eine Kostenfrage sein. Viele Anspruchsberechtigte verzichten auf die ihnen zustehende Grundsicherung vom Bund, sei es aus Scham oder mangelnder Information. Das spart Geld - drängt aber Menschen weiter an den Rand der Gesellschaft. Informationen über zustehende soziale Hilfen sollten deshalb niedrigschwellig und breit verfügbar sein.

Die Stadtverwaltung beginnt nun mit der Bewerbung des Karlsruher Passes. Das begrüßen wir. Wir fordern aber mehr Information, damit alle Menschen in der Stadt ihre Ansprüche kennen und nutzen können. Wir Grüne übernehmen Verantwortung für die Allerschwächsten und stehen gegen Einsparungen in diesem Bereich ein. Das heißt aber nicht, dass im Sozialbereich keine Kürzungen vorgenommen werden dürfen. Es bedeutet, dass wir genau hinschauen, ob Geld gespart werden kann ohne Strukturen zu zerschlagen und ohne diesen Menschen Anlaufstellen und Unterstützung zu entziehen. Das bedeutet für uns unter anderem, dass wir diesen vorgeschlagenen Einsparungen sehr kritisch gegenüberstehen:

- Einsparungen bei der Anlaufstelle IGLU für junge Menschen in Obdachlosigkeit,
- Einsparungen bei den Betreuungsvereinen für psychisch oder geistig kranke und behinderte Menschen,
- Einsparungen bei Wildwasser und Frauennotruf, die sich um Opfer von Gewalt kümmern.

Die Zielgruppen dieser Einrichtungen benötigen unseren besonderen Schutz. Das bedeutet auch, dass wir uns für den Erhalt von Sozialarbeit im Nussbaumweg mit neuem Konzept und für den Erhalt der Prostituiertenberatung einsetzen werden, um deren Lebensbedingungen, Sicherheit und Gesundheitsschutz zu verbessern.

In manchen Bereichen können wir durch gezielte Ausgabe von Mitteln sogar nachhaltig Kosten einsparen. Die „Wohnraumakquise durch Kooperation“ motiviert Privateigentümerinnen und -eigentümer zur Vermietung von Wohnraum. Dieser wird – wenn nötig – renoviert und durch Belegungsrechte der Stadt an wohnungslose Menschen vermietet. Dies spart der Stadt Mittel für eine Hotelunterbringung dieser Menschen. Durch unseren Erhöhungsantrag für die „Identifizierung und Aktivierung leerstehender Immobilien“ erwarten wir weiteren Aufschwung für dieses Erfolgsmodell.

Die Aktivitäten von Sozpädal gehen über die reine Wohnraumakquise weit hinaus. Der Verein stellt durch Untervermietung Wohnraum für Menschen zur Verfügung, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben und eröffnet den Betroffenen Auswege aus der Perspektivlosigkeit. Dies wollen wir auch weiterhin unterstützen. Einsparungen bei benachteiligten Kindern und Jugendlichen bedeuten noch höhere Folgekosten. Ein Leben ohne Zukunftsaussichten bedeutet ein Leben ohne Würde! Daran kann man etwas ändern. In Anbetracht der auch in Karlsruhe steigenden Kinderarmut bedauern wir aber, dass dieser Bereich in der Rede des Oberbürgermeisters nicht aufgegriffen wurde.

Die Zahl der Alleinerziehenden wächst immer weiter – bundesweit – und mit ihr das Armutsrisiko von Kindern. Über ein Viertel der Alleinerziehenden in Karlsruhe sind mit ihrer finanziellen Situation unzufrieden, mehr als ein Drittel von ihnen gerät sogar gelegentlich in Zahlungsschwierigkeiten. Zahlungsschwierigkeiten können Hunger bedeuten. Sie können auch bedeuten, Hefte für die Schule nicht mehr bezahlen zu können. Dem sollte eine Stadt wie Karlsruhe entgegenwirken. Ein Weg aus der Armutsfalle kann für viele Alleinerziehende und ihre Kinder eine Teilzeitausbildung sein. Die diesbezüglichen Aktivitäten des Jobcenters sollten deshalb weiter stark unterstützt werden.

Langzeitarbeitslose profitieren leider kaum von der positiven Entwicklung in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt. Mit über 2.500 betroffenen Menschen liegt die Langzeitarbeitslosigkeit in Karlsruhe unverändert auf hohem Niveau. Deshalb hat Karlsruhe schon lange einen sozialen Arbeitsmarkt geschaffen, der diesen Menschen mehr Teilhabe und häufig die Rückkehr in ein strukturiertes Leben ermöglicht. Das Gesamtkonzept Arbeit reicht aber nicht aus, den Bedarf der Menschen zu decken, die arbeiten möchten, aber aufgrund verschiedenster sogenannter Vermittlungshemmnisse keine Stelle finden. Deshalb wollen wir das Budget des Gesamtkonzepts Arbeit auf der vom Sozialausschuss beschlossenen Höhe von 1 Mio. Euro belassen.

Seit geraumer Zeit suchen immer mehr Menschen in Deutschland Zuflucht vor Krieg und Verfolgung. Diese Menschen bringen oft Fähigkeiten mit, auf die unsere hiesige Wirtschaft weder verzichten kann und möchte. Die zukünftige Wohnsituation der anerkannten Flüchtlinge, ihre Ausbildungs- und Arbeitsplatzförderung und vor allem ihre Integration in unsere Gesellschaft werden das Thema der kommenden Jahre sein. Wir begrüßen daher, dass die Transferleistungen im Bereich Integration auf dem Stand von 2015 fortgeschrieben werden. Die Fortschreibung des Flüchtlingsfonds ist uns wichtig. Wir wollen aber in Zukunft wieder neue Integrations-Projekte anstoßen. Besonderen Bedarf sehen wir bei Menschen mit Duldung. Diese leben oft über lange Zeiträume in rechtlicher Unsicherheit in Karlsruhe. Gezielte Anstrengungen zu einer

Verbesserung ihrer persönlichen Situation und Integration sind für eine gute Stadtgesellschaft dringend notwendig.

Der demographische Wandel macht auch vor Karlsruhe nicht Halt. Bis 2030 wird ungefähr einer von drei Menschen in Karlsruhe über 65 Jahre alt sein. Neben seniorinnen- und seniorengerechten Angeboten in der Stadt, muss deshalb auch das Pflegeangebot in Karlsruhe ausgebaut werden. Durch wohnortnahe Pflege können Menschen auch im Alter in ihren Stadtteilen, in ihrem sozialen Umfeld verbleiben. Wir begrüßen daher, dass die Transferleistungen in diesem Bereich in gleicher Höhe fortgeschrieben werden.

Das Städtische Klinikum ist als sogenannter Maximalversorger das Rückgrat der örtlichen Gesundheitsversorgung und somit eine der wichtigsten Einrichtungen der kommunalen Daseinsfürsorge. Wir GRÜNE unterstützen deshalb die Ziele des Weiterentwicklungskonzepts. Leistungsfähigkeit und Patientenorientierung des Klinikums müssen auch in Zukunft im Sinne der gesamten Region erhalten bleiben. Hierzu sind die vorgesehenen Investitionszuschüsse in vollem Umfang notwendig. Erfreulicherweise fand Ende September bereits das Richtfest des künftigen neuen Institutsgebäudes statt. Das Klinikum befindet sich auf einem guten Weg.

Für die Gesundheit und das körperliche Wohlbefinden der Menschen ist es aber auch wichtig, vielfältige und niedrighschwellige Angebote im Sportbereich vorzufinden. Um dies zu gewährleisten, muss Karlsruhe das auch weiterhin fördern. Derzeit werden die Sportförderrichtlinien überarbeitet und deren Ziele neu gefasst, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden. Entscheidend ist hierbei die Schwerpunktsetzung. Wir Grüne wollen die kommunale Sportförderung vor allem im Breiten- und Gesundheitssport verwirklicht sehen. Der aus dem Stadtgeburtstag hervorgegangene und dieses Jahr vom Schul- und Sportamt zusammen mit der Vereinsinitiative Gesundheitssport organisierte „Frühsport im Schlosspark“ ist ein besonders gutes Beispiel für Niedrighschwelligkeit und Breitenwirkung. Stadt und Vereine arbeiten zusammen, viele Menschen aller Altersgruppen und Hintergründe werden erreicht und im Wortsinn „bewegt“.

Sport birgt auch die Chance, Integration zu erleichtern. Sport ermöglicht Begegnungen auf Augenhöhe mit Menschen verschiedenster Kulturkreise. Aktivitäten in diesem Bereich wollen wir deshalb verstärkt fördern. Besonders Kinder und Jugendliche müssen wieder mehr für Sport begeistert werden. Bei immer mehr Kindern liegt eine alarmierende motorische Unterentwicklung vor. Die Mittel für Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen sind also mehr als sinnvoll angelegt und müssen bei Bedarf wieder erhöht werden. Da die Zahl der Ganztagschulen und damit der Betreuungsbedarf weiter wächst, müssen Vereine, Schulen und Stadt gemeinsam neue Lösungen entwickeln. Dies hilft nicht nur der Gesundheit junger Menschen, sondern auch den von Nachwuchssorgen geplagten Vereinen.

Auch Leistungssport verdient natürlich Förderung. Diese muss aus grüner Sicht aber in einem sinnvollen Verhältnis zur Förderung des Breitensportes stehen. In weiten Teilen unterstützen wir die Leistungssportkonzeption der Stadt und die damit einhergehende Sportförderung Karlsruher Athletinnen und Athleten. Sportkultur kann verschiedenste

Menschen aus unserer Stadt erreichen und ihnen unvergessliche Erlebnisse bieten. Sie bildet ein Angebot mit Breitenwirkung, das ganz andere Bevölkerungskreise erreicht als typische Kulturveranstaltungen. Wir haben daher angeregt, eine wettkampftaugliche Ballsporthalle für bis zu 3.000 Zuschauer zu errichten. Mit den PSK Lions und der BG Karlsruhe haben wir zwei Basketball-Drittligisten in Karlsruhe, mit den KIT Gequos einen Viertligisten dahinter. Der SSC stellt eine Herren-Volleyball-Mannschaft in der dritten Liga mit Aufstiegsambitionen. Daneben gibt es eine breite Handballszene in Karlsruhe, der wir natürlich ebenfalls den Erfolg wünschen, um in einer solchen Halle spielen zu können.

Ich selbst gehe gerne zu Fußballspielen des KSC, wenn meine Zeit es zulässt, und wir GRÜNE wollen ein Stadion, das den Ligabetrieb auch in Zukunft ermöglicht und haben daher für Umbau und Modernisierung plädiert. Gerade die Haupttribüne hätte erhalten bleiben können, denn sie ist erheblich jünger und hätte umgebaut werden können. Die aktuelle Planung und die zusätzlichen Forderungen des KSC bedeuten aber weit mehr. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die Stadt in diesem Sportbereich, der hohe Gewinne für viele andere Vereine abwirft, alle Risiken des Neubaus für den Verein trägt. Die Wahrscheinlichkeit eines Neubaus und damit eine Investition von 113 Mio. Euro auf Seiten der Stadt, hat sich nach der Entscheidung am vergangenen Sonntag sehr erhöht. Aber wir Grünen werden unser Bestes tun, die Kosten möglichst gering zu halten.

Hohe sechsstellige Beiträge der Stadt zu Großveranstaltungen wie dem Indoor-Meeting müssen aus unserer Sicht an ihrem Marketing-Effekt gemessen werden und sich rechnen. Dies sehen wir durch dieses eintägige Event aber nicht erfüllt. Deshalb lehnen wir dessen hohe Subventionierung auch weiterhin ab.

Wir alle wollen eine moderne und zukunftsfähige Verwaltung. Dies hat zwei Aspekte, und beide kosten Geld. Seien es die Menschen, die in dieser Stadt wohnen, die die Verwaltung am liebsten gar nicht wahrnehmen möchten - weil alles wie von selbst glatt läuft -, seien es die Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung, die sich von ihrer Arbeitgeberin Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen wünschen.

Es ist unvermeidlich, dass Karlsruhe sich bei den vielen anstehenden Verrentungen und Pensionierungen als attraktive Arbeitgeberin positioniert. Attraktivität als Arbeitgeberin ist aber nicht umsonst zu haben, und die Kosten im Personalbereich steigen ohnehin stetig an. Dies sollte Anlass für uns selbst, die Stadtpolitik und auch für die Stadtverwaltung sein, sich intensiver als bisher - beispielsweise zusammen mit den betroffenen Personalvertretungen - damit auseinanderzusetzen, welche Maßnahmen die Attraktivität Karlsruhes in den Augen zukünftiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern effektiv steigern können. Wichtiger als teure Maßnahmen sind für viele hierbei Lob und Anerkennung, Entwicklungsmöglichkeiten und eine unterstützende Führung. Nur wer sich wertgeschätzt fühlt, bleibt auf Dauer bei uns.

Wichtig ist auch, den Mitarbeitern und den Mitarbeiterinnen Aufstiegschancen zu bieten - und daran müssen wir noch arbeiten. Während sich die Stadt mit tatkräftiger Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten sich redlich bemüht, Chancengleichheit zu gewährleisten, sind – abseits des schlechter entlohnten Sozial- und Erziehungs-

dienstes – Frauen in Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert. Besonders drastisch stellt sich dies im Bereich der Gesellschaften dar, wo in der Regel erheblich höhere Gehälter fließen. Die Stadt muss sich deshalb ihrer Verantwortung, moderne und vor allem faire Arbeitgeberin zu sein, noch stärker stellen.

Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung ergeben sich immer neue Möglichkeiten, die mündige Stadtgesellschaft zu fördern. Open Government und Open Data – also die Einbeziehung der Stadtgesellschaft in die Politik und die Zur-Verfügung-Stellung der bei der Stadt vorhandenen Informationen – können das fortschrittliche Image unserer Stadt befördern und sollten deshalb schnellstmöglich zu einer Selbstverständlichkeit werden. Auch Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsaufstellung konstruktiv zu beteiligen, sollten immer wieder geprüft werden. Um der Stadt Kosten und der Stadtbevölkerung Zeit zu sparen, bietet die Digitalisierung ebenfalls große Chancen. Um diese zu erkennen und zu nutzen, erscheint uns die Neugründung eines IT-Amtes genau der richtige Schritt. Zunächst verursacht dies natürlich zusätzliche Kosten. Die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können und müssen sich deshalb darauf konzentrieren, Lösungen zu schaffen, die der Verwaltung wie auch dem Gemeinderat die Arbeit vereinfachen. Wenn wir hier zielgerichtet vorgehen, bietet dies erhebliche Einsparpotenziale in der gesamten Verwaltung.

Insgesamt stehen die Grünen der Bündelung von Fachkompetenz zustimmend gegenüber. Zum Beispiel birgt die zentrale Vergabestelle weitere Potenziale, wenn sie mehr Aufträge bündelt und ihr Know how in Sachen Ausschreibungen voll ausnutzen kann.

In anderen Bereichen scheinen wir aber den gegenteiligen Weg einzuschlagen und uns zu verzetteln. Die Gesellschaftsneugründungen im Bereich Tourismus, Marketing und Events haben dazu geführt, dass zusätzliche Aufgaben geschaffen worden sind. Die Kosten dieser drei Gesellschaften und ihrer Projekte scheinen sich nun auf hohem Niveau zu stabilisieren. Eine Verschlinkung der Strukturen in diesem Bereich ist aber nicht nur aus finanziellen Gründen sinnvoll. Auch die inhaltliche Arbeit wird nicht dadurch besser, wenn man mehr Schnittstellen einbaut. Wir Grüne wünschen uns für die Zukunft eine schlagkräftige Marketingeinheit und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen.

Die KMK verringert ihren Zuschussbedarf im kommenden Doppelhaushalt um gut drei Prozent. Diese Anstrengung wissen wir natürlich wertzuschätzen. Von den hohen Kosten des Messeneubaus kommt sie aber natürlich nicht herunter. Zwölf Millionen Euro Zuschussbedarf im Jahr zeigen: Wer erzählt, Investitionen haben nichts mit dem Ergebnishaushalt zu tun, der lügt.

Die Sanierung der Stadthalle tragen wir grundsätzlich mit. Alleine aus Brandschutzgründen ist sie unumgänglich. In Anbetracht der Haushaltslage muss die Sanierung des Gebäudes allerdings sehr zweckorientiert erfolgen. Wunschvorstellungen, die keinen nennenswerten Mehrwert in Bezug auf Veranstaltungsakquise haben, können wir uns nicht mehr leisten.

Auf den ersten Blick liegt der Schluss nahe, dass wir das Loch in unserem Haushalt selbst gebuddelt haben – also an zu vielen Baustellen gleichzeitig werkeln. Und tat-

sächlich tragen Investitionen in Großprojekte und die daraus resultierenden Folgekosten einigen Anteil an der schlechten finanziellen Lage, in der wir uns heute befinden und noch mehr daran, dass sich diese auf absehbare Zeit nicht verbessern lässt. Darüber hinaus hat man versäumt, frühzeitig umzusteuern. Stattdessen hat man sich anscheinend auf Einmaleffekte verlassen und verdrängt, dass diese irgendwann ausbleiben könnten. Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen.

Die künftige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht abzusehen. Deshalb müssen die aktuellen und kommenden Ergebnishaushalte unbedingt ausgeglichen sein, um Einsparungen nicht zu vertagen und unseren Nachfolgerinnen und Nachfolgern aufzubürden. Der erste Schritt hierzu ist getan. Wir müssen aber über 2021 hinaus planen. Die Taktik, frühzeitig strukturell einzusparen, mindert nur weitere Einschnitte in den direkt folgenden Jahren. Grundsätzlich muss uns aber klar sein, dass – sollte die Stadt das strukturelle Defizit in den kommenden Haushalten nicht verhindern können – eine erneute, mindestens ebenso schmerzhaft, Sparrunde ins Haus steht. Wollen wir eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben, die die Probleme nicht nur aufschiebt, so darf in keinem Haushalt ein deutlich negatives Ergebnis stehen. Vielmehr sollte durch frühzeitige strukturelle Einsparungen Spielraum für lange versäumte Investitionen geschaffen werden. Der Bereich Steuer- und Gebührenerhöhungen scheint uns dabei weitestgehend ausgereizt. Wenn wir hier den Bogen überspannen, laufen wir Gefahr, damit Fachkräfte und Unternehmen zu vergraulen. Das könnte eine Abwärtsspirale in Gang setzen, die keiner von uns will.

Trotz der positiven Ergebnisse in den jetzt anstehenden Haushaltsjahren werden erneut die Schulden nahezu verdoppelt. Bei einem positiven Ergebnishaushalt scheint das vorerst nicht weiter schlimm. Doch die Entwicklung der Zinsen ist unsicher. Um das Risiko einer übermäßigen Zinsbelastung gering zu halten, sollten wir in der Lage sein, Kredite, die wir heute aufnehmen, einfach auslaufen zu lassen, wenn sie fällig sind, anstatt sie in gleicher Höhe wieder aufnehmen zu müssen. Dafür ist es nötig, schon heute eine Art Ausstiegsszenario aus den Schulden zu entwickeln. Wenn wir in Zukunft langfristiger planen und sparsam haushalten – gerade wenn es gut läuft – können wir Sparrunden, wie die aktuelle, vermeiden. So retten wir Strukturen über Zeiten, in denen es uns nicht so gut geht, hinweg und bieten jeder Generation eine lebenswerte Stadt.

Unser Dank in Bezug auf den Doppelhaushalt gilt erneut Ihnen, Herr Dollinger, Ihnen, Herr Deck, und all Ihren Kolleginnen und Kollegen, die wieder sehr viel Arbeit bei der Erstellung aufgebracht haben. Unsere Bitten bleiben ebenfalls dieselben wie vor zwei Jahren: Wir wünschen uns eine Erklärung aller größeren Abweichungen von den Planzahlen der Vorjahre. Dies erspart uns und Ihnen aufwändige Nachfragen. Außerdem bilden Ziele und Kennzahlen konkrete Ansätze, um politisch umzusteuern. Deshalb sollten wir diese häufiger in den Fachausschüssen beraten und vor der nächsten Haushaltsaufstellung dort beschließen.

Ich wünsche uns allen und unserer Stadt nun anregende Beratungen und gute Ergebnisse, die Karlsruhe voranbringen.

Der Vorsitzende: Das war die Haushaltsrede der Grünen-Gemeinderatsfraktion, Herr Stadtrat Konrad. Wir unterbrechen jetzt bis 18:40 Uhr und setzen dann die Sitzung fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 18:10 - 18:43 Uhr)

- Hiermit setzen wir die unterbrochene Sitzung fort. Das Wort hat für die KULT-Fraktion Herr Stadtrat Braun.

Stadtrat Braun (KULT) - vom Rednerpult sprechend -: Als jüngster Stadtrat meiner Fraktion und zweitjüngster Stadtrat des Gemeinderats möchte ich Ihnen heute einen Einblick aus Sicht meiner Generation auf den anstehenden Haushalt geben. Denn meine Generation muss Schulden, die heute aufgenommen werden, sowie Folgekosten von Großprojekten am längsten zahlen. Gleichzeitig müssen wir mit der Infrastruktur zurechtkommen, die uns die Älteren hinterlassen.

Der Gemeinderat hat zur Aufgabe, die Karlsruher Bürgerschaft zu repräsentieren und zu vertreten. Doch wer vertritt die Jugend und wer vertritt die Interessen meiner Generation? Ich jedenfalls fühlte mich in der deutschen Politik nie wirklich vertreten, bis ich selbst mitstimmen durfte. Mit einem 40-prozentigen Anteil an Studenten sieht sich meine Fraktion als Sprachrohr für junge Bevölkerungsgruppen. KULT steht für Generationengerechtigkeit: Auch meine Generation muss in Zukunft handlungsfähig bleiben! Wie steht meine Generation zu unterschiedlichen Schwerpunkten des täglichen Lebens? Wie blickt sie auf kommunale Themen und den städtischen Haushalt? Unsere Stadtgesellschaft baut wesentlich auf den sozialen Ausgaben der Stadt auf mit dem zentralen Ziel, alle Menschen gleichermaßen am städtischen Leben teilhaben zu lassen. Natürlich müssen auch Sozialausgaben in finanziell schwierigen Zeiten überprüft werden. Behinderten oder Armen die notwendigen Angebote zu streichen oder zu kürzen, ist allerdings für eine soziale Stadt untragbar. KULT will das verhindern! Wir wollen das, was über Jahrzehnte aufgebaut wurde, nicht zerstören.

Ein gutes Beispiel ist hier der Karlsruher Pass sowie der Karlsruher Kinderpass. Kürzungen im sozialen Bereich sind meist Bumerangkürzungen. Das heute gesparte Geld wird morgen an anderer Stelle doppelt benötigt. Die Politik darf nicht bei den Schwächsten der Stadtgesellschaft sparen! Beim Karlsruher Kinderpass zu sparen, bedeutet bei Kindern und Jugendlichen zu sparen. Und das heißt, in eine düstere Zukunft zu investieren! Der Karlsruher Pass, den die Karlsruher Liste vor der KULT-Ära immer wieder einforderte, trägt wiederum wesentlich zur Armutsbekämpfung bei. Armutsbekämpfung ist für meine Fraktion eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt. Jeder Bürger hat das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Fallen bestimmte Angebote aus dem Pass weg, wie der Zoobesuch oder der Zugang zu bestimmten Bildungsangeboten, müssen wir uns alle bewusst sein, dass viele finanziell schwächer gestellte Menschen, insbesondere Familien, diese Angebote nicht mehr nutzen können. Daher sind jegliche Kürzungen beim Karlsruher Pass sowie beim Kinderpass mit meiner Fraktion nicht zu machen!

Leider hat sich am 26. Juli eine „Koalition“ von SPD, CDU und FDP gefunden, die hier zum Kürzen bereit war. Doch wer dieses wichtige Mittel zur Teilhabe schwächt, handelt weder christlich, noch sozial. Statt zu kürzen, müssten wir vielmehr das Angebot

aufstocken. Uns von KULT bereitet zudem Sorge, dass eine Vielzahl der eigentlich Berechtigten bisher keine Anträge stellen. Passberechtigte müssen noch besser informiert und vor allem ermutigt werden, das Angebot zu nutzen.

Wir KULT'ler haben bei unserem Zusammenschluss erklärt, dass wir die Schwachen im Auge behalten werden. Diese Ausgaben sind „Investitionen“, die sich doppelt und dreifach rentieren: für die finanziell schwächer Gestellten, für die Stadt, für die Stadtgesellschaft. In dieser Stadtgesellschaft spielt Wohnraum und explizit bezahlbarer Wohnraum eine große Rolle. Dieser ist jedoch Mangelware in Karlsruhe. Die Karlsruher Wohnraumförderung KaWof wird von privaten Bauunternehmen kaum genutzt. Das Angebot an Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum sinkt immer weiter. Hingegen würden das Studierendenwerk und andere Träger von Studentenwohnheimen gerne weitere Wohnheime bauen - ganz ohne KaWof. Allerdings fehlen ihnen dazu die Flächen. KULT möchte deshalb, dass beim Fortschreiben des Flächennutzungsplans Sonderflächen für Studierendenwohnheime vorgesehen werden.

Diese Problematik betrifft aber nicht nur die Einzimmerwohnung für Studierende und Berufsschüler, sondern auch einkommensschwache Eltern mit Kindern oder die Witwe mit geringer Rente.

Uns von KULT ist es nicht egal, ob für 60 oder 70 Prozent der neu gebauten Wohnungen eine Mietpreisbindung geplant ist. Gerade weil es kaum andere Bauträger gibt, die Mietwohnungen im „unteren Segment“ anbieten, erwarten wir vom Gemeinderat, von der Stadt, dass die Fördermittel, die im Haushalt vorhanden sind, auch der Volkswohnung zur Verfügung gestellt werden. Die Volkswohnung soll auch barrierefreien Wohnraum für Familien schaffen. Denn barrierefreies Wohnen betrifft nicht nur ältere Menschen.

Wir wollen und müssen jedem Menschen die Möglichkeit geben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Sie, Herr Oberbürgermeister, sagen in Ihrer Haushaltsrede: „Inklusion ist machbar – aber nicht überall und sofort“. Wir von KULT antworten: „Inklusion muss machbar sein – und zwar überall und so schnell wie möglich!“. Inklusion ist ein Menschenrecht, zu dessen Umsetzung wir verpflichtet sind. Sicher können wir in den nächsten Jahren nicht alle Wege und Gebäude barrierefrei im umfassenden Sinne machen. Aber wir können die Voraussetzungen verbessern. Apropos Voraussetzungen: Für meine Fraktion ist es unverständlich, dass dieser Gemeinderat den Fahrdienst für mobilitätseingeschränkte Menschen kürzen will, nur um real ein paar tausend Euro zu sparen.

Ein weiterer Weg zur Inklusion sind die Eingliederungshilfen. Fragen Sie in den Schulen und Kitas mit Inklusionserfahrung nach: Sie werden von allen Seiten positive Rückmeldungen bekommen. Inklusion wird als Bereicherung gesehen – wenn der Personalschlüssel stimmt. Der Weg für Eltern, ihr Kind inklusiv betreuen und fördern zu lassen ist immer noch lang und beschwerlich. 13,7% inklusive Beschulung – wir stehen noch ganz am Anfang. Natürlich wird das alles viel Geld kosten. Wie beim Kita-Ausbau gilt auch hier: Nicht das politische Ziel ist das Problem. Sondern, dass Bund und Land ihrer Verantwortung und Verpflichtung nach dem Konnexitätsprinzip nicht nachkommen.

Deshalb müssen Oberbürgermeister und Finanzbürgermeisterin zusammen mit anderen Kommunen und dem Deutschen Städtetag Druck auf den Bund ausüben. Der Entwurf zum neuen Bundesteilhabegesetz mag hier Verbesserungen beinhalten – ausreichend ist der finanzielle Ausgleich aber keineswegs.

Jeder soll am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Behinderte Menschen gleichermaßen wie Obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte Personen. Für die gibt es in Karlsruhe Sozialarbeiter. Sie sind am Werderplatz, aber auch in der Kaiserstraße oder am Mühlburger Tor anzutreffen. Sie bauen Vertrauen zu den Klienten auf, helfen bei der Suche nach einem Therapieplatz oder einer Wohnung. Konkrete Projekte sind beispielsweise das Straßenfegerprojekt in Kooperation mit dem Amt für Abfallwirtschaft, aber auch der Obdachlosenfußball. Die letztjährige Deutsche Meisterschaft fand in Karlsruhe statt. Als Schiedsrichter durfte ich das Turnier begleiten und erhielt Einblicke in das Leben einiger Obdachlosen.

Ein Erfolgsprojekt von früher, die Gruppe am Indianerbrunnen ins Stadtleben zu integrieren. Die Sozialarbeiter knüpften enge Kontakte zu diesen Menschen und schafften es, dass sich diese Personengruppe selbst Regeln aufstellte. Das muss jetzt, bei wieder gewachsenen Problemen am Werderplatz, wieder gelingen. Wir von KULT sehen daher Straßensozialarbeit als unverzichtbar an. Die Kürzungen bei den Sozialträgern dürfen weder hier noch bei der Arbeit mit den Prostituierten zu Stellenabbau führen. Vielmehr heißt es: Hilfe für die Schwachen ausbauen! Die eine Stelle in der Südstadt, die aktuell nur zu 75 Prozent besetzt ist, reicht keineswegs aus. Wir müssen aufstocken statt kürzen. Zugespitzt: Straßensozialarbeit statt Kommunalen Ordnungsdienst.

Denn Sicherheit geht uns alle etwas an. Jeder möchte sich sicher fühlen können. Das betrifft meine genauso wie alle anderen Generationen. Aber Sicherheitsvorkehrungen dürfen niemals die persönliche Freiheit der Bürger einschränken. Erhöhte Polizeipräsenz dagegen kann sehr wohl für ein sichereres Gefühl der Bürger sorgen. Wir müssen beim Land darauf drängen, das Kontingent an Polizisten spürbar zu erhöhen. Deren Aufgaben kann nicht der kommunale Ordnungsdienst übernehmen. Denn hierzu bedarf es einer umfangreichen und mehrjährigen Ausbildung, jahrelanger Praxis und Weiterbildung. Wie es eben Polizisten auszeichnet! Eine nicht einmal einjährige Ausbildung reicht dafür nie aus. Und nicht zuletzt: Übergriffe, Gewalt- und Sexualverbrechen, Raub und Überfälle – das alles sind Straftaten, die hauptsächlich nachts stattfinden. Der KOD allerdings macht wochentags spätestens um 22 Uhr Feierabend. KOD – für die Stadt enorme Ausgaben, für die Karlsruher kein Mehr an Sicherheit. Wir brauchen stattdessen mehr echte Polizisten auf der Straße, die auch als solche angesehen und respektiert werden.

Was ebenfalls zur Sicherheit beiträgt, ist ein durchgängiges Nahverkehrsangebot in der Nacht. Karlsruhern und explizit Karlsruherinnen ist es nicht zuzumuten, nachts mehrere Kilometer alleine zurückzulegen, weil keine Busse und Bahnen mehr fahren. Hiervon sind übrigens nicht nur feiernde Jugendliche, sondern genauso Menschen betroffen, die nachts oder früh morgens arbeiten müssen. Aktuell haben wir ein vorbildliches Angebot. Wir müssen unsere Nightliner erhalten! Eine Dezimierung wäre ein absoluter Rückschritt und würde viele massiv beeinträchtigen.

Ein weiteres Sicherheitsproblem: Seit Jahren tummeln sich einige Klein- und Großdealer im Stadtgebiet. Das verängstigt junge wie alte Mitbürger. Hauptgeschäft dieser Dealer ist nach wie vor Cannabis. Es gibt nur einen Weg, diesen boomenden Schwarzmarkt auszulöschen. Wir müssen unsere nachweislich gescheiterte Drogenpolitik überdenken und den Hanf freigeben!

Wir alle wissen doch, dass sowieso jeder kiffte, der kiffen mag – ganz egal, ob legal oder illegal. Wir von KULT setzen uns daher für ein Modellprojekt ein, welches Cannabis-Abgabestellen vorsieht – ähnlich wie beim gut laufenden Projekt der kontrollierten Heroinabgabe. Sauberes Cannabis muss unter städtischer Kontrolle angebaut und abgegeben werden. Durch die dann wegfallende Strafverfolgung bei Polizei und Justiz werden Ressourcen frei, die einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit leisten können. Die Strafverfolgung kann sich wieder Vergehen widmen, die wirklich die Sicherheit einschränken. Und mit den Erträgen aus dem neuen Wirtschaftszweig lassen sich Aufklärung, Suchtprävention und der Kampf gegen den Handel mit harten Drogen finanzieren. Schauen Sie mal in diverse Bundesstaaten in den USA! Die von uns beantragte und bereits zusammengekommene Drogenkommission ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Ein anderes wichtiges Sicherheitsthema ist allerdings die Sicherheit im Verkehr. Wir hier im Rat dürfen die Infrastruktur für verschiedene Fortbewegungsmittel nicht gegeneinander ausspielen! Da der Radwegausbau, mehr aber noch die Verbesserung der Fußwege hinterherhinkt, gilt es diese Bereiche besonders auszubauen. Unter die Großstadt-Lupe muss außerdem die Fahrraddiebstahlproblematik. Wir brauchen mehr Möglichkeiten, in der Stadt das Fahrrad – auch mit Anhänger und bepackt – sicher abzuschließen. Hochwertige und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten helfen zudem unserem Titel der „fahrradfreundlichsten Stadt in Süddeutschland“.

Vor ein paar Wochen stellten Stadtwerke und Verwaltung endlich das Konzept für eine städtische E-Mobilitätsflotte vor: ein KULT-Antrag aus den Beratungen des Doppelhaushaltes, dem Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mehrheitlich zustimmten. Allen Unterstützern hier nochmals unser Dank. Wir hoffen, dass mehrheitlich getragene Anträge aus den Reihen des Gemeinderates zu diesem Haushalt etwas schneller angegangen werden.

Die Elektromobilität wird zur Intermodalität in Karlsruhe beitragen. Gerade öffentliche Räume wie der Hauptbahnhof müssen dafür die notwendige Infrastruktur bieten. Der Bahnhof und das geplante Fernbusterminal in der Fautenbruchstraße dienen schon heute in erster Linie als Umsteigepunkt für Reisende. Aber um zum intermodalen Punkt zu werden, bedarf es mehr. Wir von KULT sehen hier:

1. Rad- und Pedelec-Verleihstationen,
2. Car-Sharing, Autovermietungen,
3. Stellplätze für Elektrofahrzeuge,
4. Kurzzeitparkplätze,

5. Zubringerbusse zum ÖPNV oder in die Stadtmitte, genauso wie attraktive Fußgängerwege zwischen Bahnhof und Fernbusterminal und ausreichend sichere Fahrradabstellmöglichkeiten.

Das Ganze integriert in die geplanten Gebäude und Freiflächen. Das nenne ich dann eine starke Infrastruktur für kommende Generationen!

In der leisen und schadstofffreien E-Mobilität liegt die Zukunft. Und die fährt zwischen der Pfalz und Karlsruhe vor allem auf Schienen. Mit der Bahn oder mit E-Bikes ist man weit schneller von Wörth aus bei Siemens als mit dem Auto! Eine absolut überholte Infrastruktur wäre daher eine zusätzliche Autobrücke über den Rhein. Zukunftspolitik, also eine Politik, die uns Jüngeren auch ökonomisch etwas bringt, ohne Schuldenberge zu hinterlassen, sieht anders aus, meine Damen und Herren! Die klare Mehrheit hier im Rat sieht das genauso. Im Umland denkt man dagegen noch in veralteten Kategorien. Und leider denken so auch Verkehrsminister in Berlin, trotz der Vorgabe zum Bundesverkehrswegeplan „Sanierung hat Vorrang vor Neubau“. Der jüngste Vorschlag aus den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die 2. Rheinbrücke und deren Anschlüsse getrennt zu betrachten, passt zu dieser rückwärtsgewandten Ideologie. Mit Hochrisiko für die Verkehrsteilnehmer in Karlsruhe und Hochbelastung für die Anwohner. Lassen Sie uns das Geld besser in einen dichteren Takt der Bahnverbindungen als in den Ausbau des Straßennetzes stecken! Junge Erwachsene nutzen heute lieber Rad und ÖPNV als das Auto.

Da meine Partei „Die PARTEI“ am Erhalt der Fortpflanzungsstätten bedrohter Vogelarten genauso wie an der Verminderung von Lärm und Schadstoffen interessiert ist, möchte ich heute einen eigenen Lösungsansatz vorschlagen. Statt mit einer zusätzlichen Rheinbrücke die Umwelt zu belasten, appellieren wir daran, das Projekt neu zu überdenken: Wir fordern den sofortigen Bau eines Riesen-Rheintunnels! Denn mit Tunneln kennen wir uns in Karlsruhe aus! Und wer fürchtet, dass beim Tunnelbau jahrelange Baustellen, Lärmbelästigung und die Zerstörung der Umwelt die Folge sein werden, den können wir beruhigen. Denn Karlsruhe baut seit Jahren erfolgreich nach dem Motto „Oben gut drauf. Unten gut voran“. Und wie Sie wissen, laufen Tunnelbaumaßnahmen in Karlsruhe gewohnt unkompliziert ab. Ich zitiere aus der Homepage der Kombilösung auf die Frage nach jahrzehntelangen Baustellen in der Innenstadt: „Eine solche Beeinträchtigung für Anwohner, Einzelhandel und Fußgänger wird es definitiv nicht geben. Für jeweils ungefähr zwei Jahre [...] ist dort, wo die unterirdischen Haltestellen gebaut werden, teilweise eine offene Baustelle zu sehen. Karlsruhe hat Erfahrung mit Baustellen ähnlicher Größenordnung, zum Beispiel beim Umbau großer Kaufhäuser wie Karstadt und Breuninger.“ Wir alle wissen, wie gut das bisher geklappt hat. Das stimmt uns zuversichtlich, dass auch das von mir vorgeschlagene unterirdische Großprojekt reibungslos über die Bühne gehen wird.

Wir von KULT sagen: Der ÖPNV gehört zur Daseinsvorsorge! Gerade Kinder und Jugendliche sind auf einen funktionierenden ÖPNV angewiesen. Ohne den ÖPNV wäre der Verkehr gar nicht zu bewältigen. Die Gesundheits- und Umweltbelastungen wären enorm. Vom ÖPNV profitieren nicht nur dessen Nutzer, sondern alle! Durch Verlustübernahmen aus Steuermitteln subventioniert die Stadt den ÖPNV daher seit eh und je. Angesichts der Haushaltsschiefelage wollen wir von KULT neue Finanzierungsmodel-

le prüfen lassen. Durch eine Umlage etwa würde der ÖPNV preislich wieder attraktiver werden. Daher die KULT-Forderung: Die Qualität und Zuverlässigkeit des ÖPNV-Angebots im Auge behalten. Wir dürfen die KVV-Kunden nicht wieder ans Auto verlieren! Diese Einstellung kommt nicht zuletzt der Umwelt zugute, womit wir beim nächsten Thema wären.

Bei Umwelt denke ich zuerst an unser städtisches Grün. Da wären als erstes die Kleingärten zu nennen. Weder im Flächennutzungsplan „Gewerbe“, noch im aktuell aufzustellenden Plan zu den Wohnflächen finden sich Hinweise, wo neue Kleingartenflächen entstehen sollen. Gleichzeitig sollen aber bestehende Gartengebiete umgewandelt werden. Hier besteht massiv Handlungsbedarf! Vorrang hat auch der Erhalt und Ausbau der Grünflächen und Schneisen im Sinne der lebenswerten Stadt und des Stadtklimas.

Um trotzdem heute den Raum für die Zukunft zu schaffen, sollten wir also bei den versiegelten Flächen prüfen, wo durch Aufstockung bestehender Gebäude zusätzlicher Wohnraum entstehen kann. Die erlaubte Anzahl an Geschossen kann in der zentralen Stadt erhöht werden. Dies gilt auch für weitere Flächen für Gewerbe oder Büros, z. B. über dem geplanten Fernbusterminal: Ein nur dreistöckiges Gebäude an dieser Stelle passt nicht zur Stadt der Zukunft. Wir müssen unkonventionelle Wege gehen, um Flächen für bezahlbaren Wohnraum und für Gewerbe bereit zu stellen. Suboptimal genutzte Flächen in der Stadt müssen als gemischte Gewerbe- und Wohnflächen entwickelt werden. Als ein Beispiel nenne ich das Areal des Autohauses am Durlacher Tor. So ein riesiges Gelände ließe sich doch zu einem kombinierten Wohn- und Arbeitskomplex umgestalten, ohne das aktuelle Gewerbe zu verdrängen. Wir von KULT fordern die Verwaltung auf, für solche Entwicklungen die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Andererseits: Unsere junge Stadt muss Altes bewahren! Das bedeutet konkret den Erhalt von bestehenden Baudenkmälern - wie dem Franz-Rohde-Haus - von stadtbildprägender Architektur und gewachsenen Areal-Strukturen. Ein Beispiel ist das bereits genannte Areal südlich des Hauptbahnhofs, das mit der Fläche in der Fautenbruchstraße in enger Beziehung steht. KULT hat dazu Lösungsvorschläge unterbreitet, die neben der Befriedigung von Mobilitätsansprüchen und Gewerbenutzung auch einen kulturellen Aspekt beinhalten.

Und unsere Stadt braucht kulturelles Leben! Dieses Leben wiederum braucht Räume und Flächen, auch temporär und vor allem günstig. Beim „Aufwerten“ von untergenutzten Flächen gehen solche Räume und Flächen leicht verloren. Aktuell weise ich auf das C-Areal in der Nordstadt hin: Dessen Zukunft mit viel neuem Wohnraum ist absolut wünschenswert. Aber es gehen dort Veranstaltungsräume für Subkultur, Proberäume für Bands oder Treffpunkte für KSC-Fans verloren; der NCO-Club wird nutzerische Einschränkungen erfahren. Die Stadt hat nach unserer Ansicht die Aufgabe, bei der Suche nach Ersatz und Lösungen zu helfen. Diese junge Kultur ist ein Aufputzmittel in der Großstadt-Suppe.

Weniger Sorgen mache ich mir bei der arrivierten Kultur, trotz der verordneten Kürzungen. Hier sind die Strukturen gut aufgestellt. Selbst ein 150-Millionen-plus-x-

Projekt wie die Erweiterung des Staatstheaters werden kommende Haushalte mit der städtischen Hälfte stemmen. Mit der genannten Summe will ich auch gleich klarmachen: Die von den Planern des Landes kommunizierten 125 Millionen reichen bei weitem nicht aus für das Gesamtprojekt. Es geht auch um die Ausstattung des Gebäudes und eine zukunftsgerichtete Neugestaltung des Theaterplatzes. In Karlsruhe gibt es eine vielfältige Kultur, die ehrenamtlich von Studierenden angeboten wird: Kooperation zwischen studentischer Kultur und den professionellen Kultureinrichtungen findet bisher kaum statt. Dabei würden die Studenten den Institutionen wertvolle Unterstützung leisten und könnten ihrerseits von den Profis lernen. Aus KULT-Sicht ist es dringend erforderlich, dass die Stadt die Zusammenarbeit zwischen studentischen Gruppen und Kultureinrichtungen gezielt fördert.

Zur Kultur gehört für mich auch der Sport. Sport erfüllt Bewegungsansprüche, hilft bei der Integration und wirkt sich gut für die Gesundheit aus. Sport macht Spaß. Die Sportplatzsituation in Karlsruhe ist zufriedenstellend – die Hallensituation keineswegs. Es fehlt an Dreifeldhallen für Schulen und fürs Vereinstraining. Und wegen des Wegfalls der Europahalle mangelt es an Stätten für größere Veranstaltungen. Sportliche Events und Turniere, genauso wie Ballsportarten in höheren Ligen ziehen momentan den Kürzeren oder müssen für teuer Geld in der Messe stattfinden. Eine neue wettkampftaugliche Sporthalle ist erforderlich. Wenn wir weiterhin sportliche Erfolge in den populären Ballsportarten, die eine Halle benötigen, feiern wollen, brauchen wir eine Sporthalle mit einer Kapazität von mindestens 3.000 Zuschauern. Ob mit oder ohne Europahalle: Wo findet der Schul- und Vereinssport ein langfristiges Zuhause? Auch die Leistungssportförderung ist uns wichtig. Leistungssportler sind Vorbilder und tragen unter anderem zum internationalen Imagegewinn für die Stadt bei, vor allem, wenn sie wie Sabine Kusterer, Pauline Tratz und Grischa Prömel an den Olympischen Spielen teilnehmen. Dass die Karlsruher Sportler dort ein sehr gutes Bild abgaben, begeistert meine Fraktion. Karlsruherinnen und Karlsruher können stolz sein auf ihre Spitzensportler. Und wir können stolz sein auf das in Karlsruhe beheimatete Sportgymnasium, aus dem die Leistungssportler von morgen hervorgehen.

Für die Leistungsschwimmer von morgen sind vor allem geeignete Becken vonnöten. Der wichtigste Baustein dabei ist vollendet: der Ausbau des Fächerbades als der idealen Trainingsstätte. Jetzt auch mit tiefem 25-Meter-Becken, das nun auch von Synchronschwimmerinnen oder wieder von Wasserballern genutzt werden kann. Wir sollten beim Umstrukturieren unserer Bäder allerdings nicht Halt machen. Wegen der Unwirtschaftlichkeit der kleinen Bäder, wegen des Schwimmsports, vor allem wegen des Schulschwimmens und der ungleichen Versorgung großer Stadtteile. Besonders wichtig erscheint meiner Fraktion hier das Thema „Nord-West-Bad“.

Als Dauerkartenbesitzer und jahrelanges KSC-Mitglied beschäftigte mich in den letzten Jahren ein Thema ganz besonders: der Neubau des Wildparkstadions! Ein solches Großprojekt wird in der Öffentlichkeit immer heiß diskutiert und kritisch betrachtet. Alle können nur hoffen, dass sich 74 Millionen der insgesamt 113 Millionen Euro durch die Pachtzahlung des KSC vollständig refinanzieren. Wir von KULT sind entsetzt, wie blind die Mehrheit des Gemeinderats dem Projekt in der aktuellen Vertragsausgestaltung zustimmte.

Meine Fraktion wollte dieses Stadion auch, aber eben nur, wenn die Refinanzierung des Stadions sowie des Parkhauses mit großer Sicherheit gegeben ist. Dazu haben wir einen Antrag gestellt. Drei Fraktionen, CDU, SPD und FDP, haben sich der erhöhten Sicherheit und dem Bezahlen der Altschulden des KSC gegenüber der Stadt versagt. Sie hätten an dieser Stelle die blau-weiße Brille abnehmen und den KSC wie jeden anderen Vertragspartner behandeln müssen, und wir müssten in den kommenden Haushaltsberatungen nicht darüber streiten, dass man beispielsweise beim Karlsruher Pass kürzen will, aber gleichzeitig den KSC schont. Wie wichtig das Stadion für den KSC ist, wissen wir hier im Gemeinderat alle. Dem Präsidenten des KSC scheint das nicht so klar zu sein: siehe seine unbezahlbaren Nachforderungen zum Stadionprojekt. Trotzdem wird das neue attraktive Stadion – und irgendwann übrigens auch eine repräsentative Moschee! – in Karlsruhe kommen. Wenn tatsächlich die Miete in voller Höhe fließen sollte, dann, meine Kolleginnen und Kollegen, haben Sie meiner Generation hier einen Schuldenberg erspart und eine gute Infrastruktur geschaffen. Und ich bin im Namen meiner Generation heute schon dankbar dafür, dass uns dieses Thema die nächsten Jahrzehnte nicht mehr beschäftigen wird.

Was uns hoffentlich noch lange beschäftigt sind unsere Städtepartnerschaften und Karlsruher Außenbeziehungen. Städtepartnerschaften bereichern uns kulturell und wir profitieren auch wirtschaftlich. Der Austausch zwischen Verwaltungsspitzen, Gremien und Bürgerschaft kann Gold wert sein. Wir sollten den nächsten Generationen eine Stadt überlassen mit guten Beziehungen auf der ganzen Welt. Auf die bestehenden Partnerschaften, wie zum Beispiel mit Krasnodar oder Nancy, sind wir stolz. Es steckt viel Arbeit dahinter, eine so große Zahl an Partnerschaften aufrecht zu erhalten. Wir sollten bei neuen Kontakten daher gezielt in bestehende Partnerschaften auf Basis von existierenden Projekten der Zivilgesellschaft investieren. Dazu können nach Ansicht meiner Fraktion auch ausgewählte und bestens vorbereitete Projektpartnerschaften mit Entwicklungsländern gehören.

Die Jugendfreizeit- und Bildungsstätte Baerenthal dient besonders der europäischen Vernetzung. Hier wird Europa für die junge Generation erlebbar! Wie wichtig in den heutigen Zeiten, in denen europakritische Parteien Zulauf erhalten. Meine Fraktion schätzt den offenen europäischen Geist von Baerenthal und fährt jährlich zur Klausursitzung dorthin. Wir finden, dass die Stadt auch ein bisschen Geld für das Centre de Jeunesse bereitstellen sollte, um beispielsweise den von Löchern übersäten Fußballplatz zu ertüchtigen und die Tore mit Netzen auszustatten.

Zurück zu den großen Summen. Meine Generation will später handlungsfähig bleiben. Auch wenn es Karlsruhe noch gut geht: Stetig ansteigende Ausgaben, vor allem durch steigende Personalkosten und weil Bund und Land immer mehr Aufgaben ohne Gegenfinanzierung auf die Stadt abwälzen, lassen ein Loch im Stadtsäckel entstehen.

Im eingeleiteten Haushaltsstabilisierungsprozess haben wir den ersten, keineswegs schmackhaften Gang hinter uns. Für den weiteren Prozess setzt sich meine Fraktion einige Prinzipien, denen wir bisher treu waren und treu bleiben werden.

1. Der Haushaltsstabilisierungsprozess HSPKa ist kein Ereignis, sondern ein andauernder Prozess. Auch in den Folgejahren müssen Gemeinderat und Verwaltung ständig nachsteuern, je nach Finanzlage.
2. Die Stadt darf nicht nur plump Gebühren erhöhen. Auch die Ausgaben sind dauerhaft zu hinterfragen.
3. Die Maßnahmen müssen die weniger Begüterten deutlich geringer treffen als die Wohlhabenden.
4. Die Stadt muss ein vorbildlicher, begehrter Arbeitgeber bleiben.
5. Vernünftige hohe Standards, die in den letzten Jahrzehnten erarbeitet und erkämpft wurden, müssen unangetastet bleiben.
6. Der HSPKa muss weg von Einzelsparmaßnahmen, hin zu grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Verwaltungstätigkeit.

In der zuständigen Strukturkommission wurden dazu schon einige Ansatzpunkte genannt. An denen müssen wir alle dranbleiben: bei der Aufgabenkritik, aber auch bei der Kritik an den Verwaltungsabläufen. Alles muss schlanker, einfacher, kostengünstiger werden. Und das alles möglichst ohne Mehrarbeit für die stark belasteten Verwaltungsteile! Einer der Schwerpunkte für schlankere Prozesse, die zudem zu geringeren Ausgaben führen, ist das Beschaffungswesen. Hier ist meine Fraktion auf die Vorschläge der Verwaltung gespannt: einfach, unbürokratisch, computergestützt, den Wettbewerb nutzend. Langfristige Einsparungen kann es aber auch durch Investieren geben. Zum Beispiel durch Erneuerung von EDV, Fahrzeugen oder Immobilien. Um die Verwaltung effizienter zu machen, hilft die richtige - und mit System und Verstand ausgesuchte - Technik. Genau das erwartet auch die Jugend und die Generation, die mit Computertechnik und dem Internet groß wurde. Mit den Piraten haben wir in unserer Fraktion einen kompetenten Ansprechpartner und Ideengeber.

Zu einer modernen Verwaltung gehört das transparente Arbeiten.

(Vorsitzender: Herr Stadtrat, Sie haben noch zwei Minuten!)

Konsequent gehandhabt stärkt dies das Verständnis für Verwaltungshandeln, erlaubt der Wirtschaft neue Formen der Wertschöpfung und führt am Ende zu erhöhten Steuereinnahmen. Das neu aufgesetzte, noch kaum bekannte Transparenzportal ist nur ein erster Schritt. Open-Government – das geht noch viel weiter. Und Karlsruhe sollte - ja muss - da dranbleiben. Allerdings: Die Webseite der Stadt Karlsruhe kann so nicht bleiben. Wir sind doch Oberzentrum der Technologie-Region! Ich als Nur-Smartphone-Nutzer kann die Website gar nicht vollständig nutzen. Daran und an weiteren Schwächen muss ab Januar 2017 gearbeitet werden, hinterlegt mit städtischen Mitteln.

Meine Damen und Herren, meine Generation ist es, die sowohl Schulden als auch eine schlechte bzw. falsch ausgerichtete Infrastruktur ausbaden muss. Vorrang hat daher für meine Fraktion die Infrastruktur des Klinikums und die Ausstattung von Schulen, genauso wie der Ausbau von Kitas und der Erhalt dieser sozialen Stadt – lebenswert für alle Generationen und Schichten.

Als letztes ein Blick in die nahe Zukunft: Die Haushaltsberatungen werden, verstärkt durch den Haushaltsstabilisierungsprozess, Konfliktpotentiale aufzeigen und Durchhal-

tevermögen erfordern. Wir von KULT wollen das Königsrecht Haushalt nicht dem Regierungspräsidium überlassen. Am Ende soll und wird – wie immer – ein Ergebnis stehen, welches von der Mitte des Gemeinderats getragen werden kann. Und die Jahresergebnisse werden – dank wunderbarem Geschick – besser ausfallen als die Planung. Auch wie immer. "The same procedure as last year, Doctor Mentrup"? "The same procedure as every year!"

Der Vorsitzende: Das war die Haushaltsrede der KULT-Fraktion mit Herrn Stadtrat Braun. Das Mikrofon bekommt jetzt für die FDP-Fraktion Herr Stadtrat Hock.

Stadtrat Hock (FDP) - vom Rednerpult sprechend -: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Bürgerinnen und Bürger, es gibt viele Aufgaben, die wir in den nächsten Jahren angehen müssen. Darunter einige, die sehr viel Geld kosten. Es sind wichtige Aufgaben für die Entwicklung unserer Stadt. Aber es gibt eine Aufgabe, die alle anderen überragt. Das ist die Aufgabe, den inneren Zusammenhalt in unserer Stadt zu wahren. Wie Menschen zusammenleben, entscheidet sich nicht auf nationaler Ebene, sondern in den Gemeinden. Fehlt es hier an Zusammenhalt, an Bürgersinn, am Willen zum Miteinander, dann stimmt etwas im gesamten Land nicht mehr.

Wir alle spüren, mehr als in den letzten Jahrzehnten, dass diese grundlegenden Werte in Gefahr sind. Dass sie überlagert werden von Ängsten, von bestimmten und unbestimmten; von zunehmendem Misstrauen gegenüber dem Anderen. Ausgelöst von einer Welt, in der Verbrechen im Namen von Religion oder Volkszugehörigkeit ausgeübt werden und eine Völkerwanderung in Richtung Wohlstand von ungeheurem Ausmaß begonnen hat. Natürlich hat die Welle der Verunsicherung auch Karlsruhe erreicht. Die Verunsicherung hat ihre Gründe und sucht sich ihre Symbolthemen, wie die bundesweite Sommerdiskussion um die Burka oder die eruptive Aufregung um den geplanten Bau einer Moschee zuletzt in unserer Stadt gezeigt hat. Das alles ist ebenso nachvollziehbar wie höchst gefährlich. Auf dem Prüfstand stehen Werte wie Vertrauen und Gemeinsinn, ohne die ein lebenswertes Miteinander nicht möglich ist. Die Spirale hat begonnen sich zu drehen, sie reicht von Verunsicherung über Angst bis hin zu Ablehnung und Aggression. An dieser Stelle sagen wir: Ruhig bleiben; Ruhe bewahren! Wir brauchen eine Denkpause, um zu verhindern, dass sich die Spirale weiter dreht. Das heißt, an uns alle gerichtet: Nicht jeder dunkelhaarige bärtige Mann ist ein potentieller Terrorist. Niemand gibt Anlass für einen Generalverdacht, nur weil er Moslem ist.

Das Kopftuch an sich schießt nicht. Und: Der türkische Gemüsehändler und seine Familie, die seit Jahrzehnten unter uns leben, sind nicht auf dem Weg in den Dschihad. Gleichzeitig an die Seite der Muslime gerichtet: Es gibt Sitten und Gebräuche, die derjenige zu übernehmen hat, der ein achtenswertes Mitglied unserer Gesellschaft sein will. In Deutschland hat man einer Frau die Hand zu geben. Das tut nicht weh. Und junge Frauen und Mädchen versteckt man nicht zu Hause. Wenn sie mit 17 einen deutschen Freund nach Hause bringen, ist das kein Grund, sie in die Türkei zu schicken oder mit dem Bruder Rachepläne zu schmieden. Es ist in diesem Zusammenhang leider richtig: Der Islam wird benutzt, um Verbrechen auszugeben, die keinerlei Verständnis verdienen und um Menschen zu verführen, denen dann später jeglicher Sinn für Menschlichkeit abhanden kommt, wenn sie den Munitionsgürtel umschnallen oder die

Machete in die Hand nehmen. Niemand weiß, ob es nicht auch in unserer Stadt geschieht. Genau das führt zu der Aufgabe für uns alle: Wir dürfen einerseits die Kraft zu einem vorbeugenden Vertrauen nicht verlieren und gleichzeitig alle in die Pflicht nehmen, nicht nur die gesetzlichen, sondern auch die sozialen Grundlagen unseres Zusammenlebens strikt einzuhalten und zu verteidigen. Nochmals deutlich: Ein Sündenbock kann immer nur ein Einzelner sein, niemals eine Gemeinschaft. Dieses „achtsame Vertrauen“ sollte uns begleiten durch die sicher nicht einfachen nächsten Jahre. Wir setzen dabei auf die mehrheitliche Unterstützung in diesem Haus. Wir sollten nicht durch eine Radikalisierung der politischen Diskussion der Gewaltbereitschaft Vorschub leisten. Das sind wir, bei allem notwendigen Streit in Sachfragen, unserer Bevölkerung schuldig.

Nicht schuldig bleiben wollen wir unserer Bevölkerung den Haushalt der kommenden zwei Jahre. Bevor ich mich diesen Eckpfeilern widme, möchte ich mit dem Dank beginnen: Mein Dank und der meiner Fraktion gilt der Finanzdezernentin, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtkämmerei und in diesem Jahr auch den vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der gesamten Stadtverwaltung. Alle haben in Projektgruppen am Haushaltsstabilisierungsprozess mitgearbeitet. Ein weiterer Dank an Sie, Herr Oberbürgermeister, und die Kolleginnen und Kollegen, wir stellen diesmal den Doppelhaushalt so früh auf wie noch nie. Ich bin dankbar, dass wir mit dieser Zeitschiene vielen Transferleistungsempfängern die Jahresplanung und damit die Planung für und mit Ihren Mitarbeitenden um einiges einfacher gestalten können.

Der Dank an die Verwaltung führt mich direkt zum ersten Themenkomplex: Die moderne Verwaltung. Hier sehen die Freien Demokraten einen großen Handlungsbedarf bei der Frage der Digitalisierung sowie der Struktur und Organisation. Die Digitalisierung hält mehr und mehr Einzug in alle Bereiche des öffentlichen Lebens. So auch in die Verwaltung unserer Kommune. Eine kürzlich erstellte Studie der pwc (PricewaterhouseCoopers) bescheinigt, dass sich durch die Digitalisierung der erwartete Engpass von 4,2 Millionen Arbeitskräften in Deutschland bis 2030 um die Hälfte reduziert. Die Studie weist aus, dass die Digitalisierung kein „Jobkiller“ ist, sondern uns auf festen Boden stellt, um ergebniseffizient agieren zu können. Diese Chancen müssen wir nutzen!

Bei der Struktur und der Organisation unserer Verwaltung appellieren die Freien Demokraten schon seit längerem an eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Ämter; hier kann die Digitalisierung helfen, aber nur, wenn ämterübergreifendes, gemeinsames Denken und Handeln auch entsprechend eingefordert und gefördert wird. Zusätzlich wünschen wir uns eine Verstärkung des Begriffs „öffentlicher Dienst“ hin zu „Service für die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger“. Dieses Selbstverständnis muss gestärkt werden.

Ein Paradethema der Liberalen ist die Frage nach einer Internationalisierungsstrategie. Im Jahr 2015 auf den Antrag der FDP gemeinsam mit der GfK und den Freien Wählern zum Thema „Botschafter für Karlsruhe“ sicherten Sie, Herr Oberbürgermeister, zu, dem Gemeinderat bis zum Ende des Jahres - wohlgedacht, damals war es 2015 - ein Konzept vorzulegen. Dieses Konzept kam nicht. In der damaligen Debatte äußerten

sich viele Kolleginnen und Kollegen, dass auch aus deren Reihen bereits Anträge hierzu gestellt wurden. Herr Oberbürgermeister, es ist ein Wunsch des Gemeinderats, dass hier endlich etwas passiert. Nun haben Sie vor einigen Wochen per Brief uns damaligen Antragsstellern mitgeteilt, dass Sie das Projekt „Botschafter“ nicht mehr als prioritär erachten und daher auch mit Blick auf die Haushaltssituation darauf verzichten möchten. Herr Dr. Mentrup, in der Sitzung vom 29. September 2015 schlossen Sie die Debatte mit den Worten: „Es ist nicht so, dass wir sagen, wir wursteln an einem Konzept herum, sondern wir haben im Grunde ein Konzept (...) Wir haben bisher das Konzept noch nicht vorgestellt, weil wir erst noch über die Mitfinanzierung von Dritten versuchen, das Ganze ein bisschen zu flankieren (...) Insofern ist es so, dass wir damit wirklich kommen.(...)“ Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, was ist nun aus diesen markigen, Mut machenden Worten geworden? Ein Brief, der besagt, ach nein, lieber doch nicht! Karlsruhe fehlt in allen Aktionsbereichen der Wirtschaftsförderung, der Kultur, der Wissenschaft, dem Messe- und Kongresswesen oder dem Tourismus eine schlagkräftige Internationalisierungsstrategie. Wenn diese nicht kommt, sind wir nach Baustellenhauptstadt bald Provinzhauptstadt.

Die Provinzhauptstadt möchten wir durch die Verknüpfung Karlsruhes mit der Region abwenden. Die FDP-Fraktion steht uneingeschränkt zur Neuordnung der Technologieregion Karlsruhe. Wir wollen neue Strukturen schaffen und die Kompetenzen unserer Wirtschaft eng einbinden. Nicht nur die traditionellen wichtigen großen Unternehmen, sondern auch kleinere und mittelgroße Unternehmen, da wir gerade hier oft spannende und innovative Entwicklungen vorfinden. Gerade die Technologieregion Karlsruhe hat exzellente Möglichkeiten, Wissenschaft und Wirtschaft miteinander zu verbinden und mit einem Fokus auf Energie und Klima zukunftsfähige Projekte in die Praxis umzusetzen. Hier dürfen wir jetzt nicht klein und regional denken, hier müssen Visionen für eine größere Verankerung gedacht werden. Dieses aktive Standortmarketing, diese Lobbyarbeit für unsere Stadt sollte in breitem Konsens von allen Vertreterinnen und Vertretern dieses Hauses unterstützt werden; lassen Sie uns alle gemeinsam zu Lobbyisten für Karlsruhe werden!

Die Verbindung in die Region ist auch die Überleitung zur Mobilität in und um Karlsruhe. Die Weiterentwicklung des ÖPNV ist in vollem Gange; die Barrierefreiheit wird hier ein wichtiges Thema sein. Meine Fraktion hat bereits vor einigen Wochen bei den Verkehrsbetrieben angefragt, ob die Gestaltung der Sitze für mobilitätseingeschränkte Personen nicht etwas deutlicher sein könne, so dass diese Plätze auch wirklich frei bleiben für den Bedarfsfall. Außerhalb meines Aufgeschriebenen möchte ich noch anmerken, dass ich in letzter Zeit öfters festgestellt habe, dass es für ältere Leute manchmal sehr schwierig ist in unseren neuen Bahnen, wenn diese anfahren oder bremsen, sich irgendwo festzuhalten, weil es wenige Stangen oben gibt und früher waren an den Stangen noch Haltegurte, die sind auch nicht mehr da. Ich kann nur appellieren an uns und an die VBK, hier umzudenken und nachzubessern.

Sehr zu begrüßen ist die Einlassung der Stadt Karlsruhe auf die neuen Bereiche der Technologie. So ist das Feld, das Karlsruhe für das Erforschen des autonomen Fahrens frei macht, ein Schritt hin zum Mobilitätsmanagement der Zukunft. Für die Wirtschaftsregion Karlsruhe ist die zweite Rheinbrücke ein Thema der Mobilität. Die angrenzenden Unternehmen fordern die zweite Rheinbrücke bereits länger. In der jünge-

ren Vergangenheit hat sich nun doch ein wenig getan. Es entsteht gerade ein leichtes Durcheinander: Wo soll die Brücke stehen? Wohin soll sie angebunden werden? Soll die Anbindung an die B 36 sofort kommen? Für die FDP bleibt die Aussage wie in den vergangenen Jahren klar: der Standort nördlich der bisherigen Brücke ist von uns akzeptiert, obwohl wir sie ursprünglich weiter nördlich haben wollten; ebenfalls akzeptieren wir, dass es zwei Planfeststellungsverfahren geben muss, aber der Baubeginn der Brücke kann nur zeitgleich mit dem Baubeginn des Anschlusses an die B 36 geschehen; alles andere wäre verkehrspolitischer Irrsinn. Verkehrsminister Hermann hätte sich wahrscheinlich nicht träumen lassen, dass er sich mal auf der Seite der FDP wieder findet, aber in diesem Fall begrüßen wir ihn herzlich; wahrscheinlich herzlicher als die Karlsruher Grünen es in dieser Zeit tun.

Die Innenstadt von Karlsruhe sowie ihre Händlerinnen und Händler sollen von einer fließenden Mobilität profitieren. Dieser Bereich wird uns in den kommenden Jahren verstärkt beschäftigen. Einerseits werden wir ein verändertes Gesicht der Innenstadt vorfinden, andererseits müssen wir uns die Frage der Attraktivität unserer Verkaufsstraße stellen und wie wir den dortigen Handel unterstützen können, um uns Überschriften, wie „Von der Politik allein gelassen“ in Zukunft zu ersparen. Die Freien Demokraten haben hier mit dem Antrag auf eine Markthalle für Karlsruhe einen Vorschlag unterbreitet; wir sind froh, dass dieser in den Gremien weiter beraten wird und bauen darauf, dass unsere Idee verfolgt und umgesetzt werden kann. Der inhabergeführte Einzelhandel mutiert in Karlsruhe immer mehr zur schützenswerten Spezies. Allerdings sind es diese Läden, diese Geschäfte, dieser Handel, der unsere Innenstädte attraktiv und konkurrenzfähig gegenüber den „Outlet-Cities“ auf der grünen Wiese machen. Diese Inhaberinnen und Inhaber sind es, die eigenverantwortlich wirtschaften, Arbeitsplätze schaffen und sie sind es, denen wir die Rahmenbedingungen liefern müssen. Vor allem aber müssen wir in Zukunft für ganz Karlsruhe zwei Dinge nachhaltig sichern: Sauberkeit und Sicherheit!

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Stadt sehen die Sicherheit als den wichtigsten Handlungsschwerpunkt der Stadtpolitik an. Wir von den Freien Demokraten haben in den letzten Jahren seit dem Aufbau des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) immer wieder von Problemen bei der Personalstärke Kenntnis bekommen, waren und sind aber der festen Meinung, dass wir unsere Landesregierung nicht aus Ihrer Pflicht entbinden wollen, neue, gut ausgebildete Polizeibeamte auf die Straßen Karlsruhes zu bringen. Dennoch sind wir bei allen Meldungen und dem veröffentlichten Sicherheitsbericht 2015 heute der festen Meinung, dass wir handeln müssen. Die FDP-Fraktion wird deshalb im Zuge der Haushaltsberatungen einen Antrag zur Aufstockung des KOD stellen. Damit verändert meine Fraktion ihre Haltung zu diesem Thema. Warum? Die Landesregierung hat ihre Aufgabe bisher nicht erfüllt; nichts ist geschehen. Also müssen wir die Verantwortung in die Hand nehmen und jetzt entschieden, gemeinsam handeln. Auch deshalb, meine Damen und Herren, haben wir uns einer notwendigen Haushaltsstabilisierung nicht verweigert, um in Zukunft unter anderem in diesem sensiblen Punkt, dem Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger, der Sicherheit in unserer Stadt, handlungsfähig zu bleiben. Wir hoffen auf eine breite Unterstützung zu dem angekündigten Haushaltsantrag der FDP.

Einen Satz aus Ihrer Rede, Herr Dr. Mentrup, möchte ich an dieser Stelle zitieren: „Der Trend geht verstärkt zum Wohnen in der Innenstadt.“ Meine Fraktion freut sich sehr, dass diese Erkenntnis nun auch nachweislich auf der Bürgermeisterbank angekommen ist. Wir, die Freien Demokraten - FDP, haben in der Vergangenheit des Öfteren gefordert, Verwaltungsgebäude in der Innenstadt für Wohnraum frei zu machen. Verwaltungsnutzung in der Innenstadt ist schön, aber unnütz im Sinne einer Stadt, die nach Wohnraum suchen muss. Rund um den Zirkel oder in der Hebelstraße sowie der Zähringerstraße sind viele Immobilien, die mit wenig Aufwand zu Wohnraum umgenutzt werden könnten, derzeit aber von der Stadt- und Landesverwaltung besetzt sind. Für die Verwaltung wäre eine Innenstadtrandlage problemlos machbar; für die Innenstadt würde mehr Wohnraum auch mehr soziale Kontrolle bedeuten. Im Zuge der Sanierung der Innenstadt und der Stadtteilentwicklung „Innenstadt Ost“ wäre es nun an der Verwaltung, die eigenen Flächen frei zu geben. Mit den Anträgen zum „Innenstadt-Wohnen“, „Bauen in die Höhe“, dem „Behördenzentrum hinterm Bahnhof“ oder der „Überbauung von Parkplätzen“ hat die FDP-Fraktion nun bereits mehrfach Vorschläge gemacht, die Wohnungsknappheit abzumildern und die attraktive Lage in der Karlsruher Innenstadt zu nutzen. Es ist an der Zeit, dass diese Visionen auch umgesetzt werden!

Ein weiterer Satz Ihrer Rede, Herr Dr. Mentrup, verdient es zitiert zu werden: „Dabei ist die Sauberkeit der Stadt nicht nur Sache der Stadtverwaltung, sondern auch ihrer Bürgerinnen und Bürger.“ Genau das stimmt; die Sauberkeit in unserer Stadt müssen wir Bürger auch selber sichern. Es bleibt jedoch ein fahler Beigeschmack. Meine Damen und Herren, es wäre keine Rede der FDP, wenn ich beim Thema Sauberkeit nicht auch unser Amt für Abfallwirtschaft AfA ansprechen würde, unseren Koloss auf tönernen Füßen. Zwar sagt der Oberbürgermeister, dass die Sauberkeit nicht nur Sache der Stadtverwaltung sei, aber gleichzeitig reißt erst das AfA alles an sich, um dann im Zuge der Haushaltsstabilisierung kleinlaut die eine oder andere Privatisierung vorzuschlagen – da waren wohl so manche Ideen doch nicht mit der alles-vereinnehmenden Daseinsvorsorge gesichert! Unseren Hausmüll hat das AfA mit einem Kontrollchip versehen, der Papiermüll darf nun endlich in seine eigene blaue städtische Tonne und die Altkleidersammlung musste dringend in städtische Hände; meine Damen und Herren, die Staatswirtschaft lebt – interessant nur, dass parallel die Abfallgebühren in die Höhe wuchsen und keine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger stattfand. Sehr wichtig an dieser Stelle ist zu betonen, dass die Verantwortlichen für diesen Missstand hier im Rat und auf der ehrwürdigen Bank sitzen und nicht in den Fachämtern!

Dieses teils unüberlegte Verhalten ist es auch, was die Wirtschaft in Karlsruhe immer wieder irritiert. Immer wieder gibt es Bemühungen, den Standort Karlsruhe attraktiv für Firmen und für Gründer zu machen. Unser Gründerzentrum kam langsam ins Laufen, schon erhöhen wir die Gewerbesteuer; die kleinen und mittelständischen Unternehmen, wie unsere so wichtigen Handwerker sind gerade nochmal einer grün-roten Novelle der Gemeindeordnung entkommen, schon spricht die Berliner GroKo von einer blauen Plakette bzw. möchte sich jetzt „weitere Gedanken machen“ – schon fast klingt es wie eine Drohung. Ich werde das Gefühl nicht los, dass auch die Leitung der Stadtverwaltung den Dialog mit den ortsansässigen Firmen nicht pflegt. In ihrer Rede hat die Wirtschaftsbürgermeisterin eine einzige Forderung der Wirtschaft in Karlsruhe aufgenommen, aber außer zu den eigenen Tochterfirmen gab es nicht einen Satz zur

freien Wirtschaft unserer Stadt. Sehr geehrte Frau Luczak-Schwarz, ich möchte Sie zu einem offenen Dialog mit der Wirtschaft aufrufen, und dazu gehören auch unsere inhabergeführten Geschäfte, und zwar nicht nur die auf der Kaiserstraße, sondern auch diejenigen in den Stadtteilen, wie z. B. Mühlburg, Durlach, Neureut oder der Südstadt. Unsere Wirtschaft ist es, die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger in Arbeit bringt, selber Steuern zahlt und ein Steueraufkommen erarbeitet, welches es uns ermöglicht als Stadt Karlsruhe eine soziale Stadt zu bleiben.

Die Handlungsschwerpunkte Inklusion und Integration werden uns in Karlsruhe zukünftig stärker begleiten und immer größeren Raum einnehmen. Die Inklusion in unseren Schulen ist meiner Fraktion ein starkes Anliegen. Dies bei der Beibehaltung von Wunsch- und Wahlrecht der Eltern. Eine Qualitätssicherung bei der inklusiven Beschulung muss gewährleistet werden; für die Betroffenen, die Mitschüler aber auch für die Lehrerinnen und Lehrer, denn gerade auch deren Berufsbild verändert sich durch die Inklusion zusehends. Allgemein ist festzuhalten, dass die Karlsruher Schullandschaft sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt hat und wir diesen Weg gerne fortführen wollen. Für unsere Initiative zur Öffnung der Schulhöfe während der Ferienzeit sind wir sehr dankbar. Dankbar sind wir auch, dass die Entwicklung der Schulräume in den kommenden Jahren ausgebaut werden kann und so weitere Schulen, die bisher nicht zum Zuge kamen, von Renovierungen und Innovationen profitieren werden.

„Karlsruhe ist eine moderne Stadt der Vielfalt. Seit ihrer Gründung haben hier viele unterschiedliche Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Sozialisation und religiöser Überzeugung ihr Zuhause gefunden. Ihre Zuwanderung ist in der Rückschau für die Stadt Bereicherung und Zugewinn gewesen.“ – So sagt es der Karlsruher Integrationsplan und genau dies kann und will ich gerne unterschreiben. Lassen Sie uns angstfrei auf alle Ankommenden schauen, denn nur weltoffen und befreit von irrationalen Ängsten, konnte Boateng auch unser Nachbar werden. Allen Organisationen, und ausdrücklich allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, möchte ich den Dank meiner Fraktion aussprechen. Ohne ihr großes Engagement ist es nicht möglich den Anforderungen gerecht zu werden.

Einen Beitrag zur Integration und zur „sozialen Stadt“ leistet in Karlsruhe auch der Sport. Der Breitensport mit all seinen Ehrenamtlichen ist unersetzbar für die Karlsruher Stadtgesellschaft. Mit unserer Kooperation Schule/Verein/Sport leistet die Stadt an dieser Stelle einen Beitrag, das Ehrenamt zu unterstützen. Was uns als Liberalen besonders entgegenkommt, ist unser Karlsruher Modell der besitzenden Vereine, die in Eigenverantwortung und ehrenamtlich ihre Geschäfte führen. Das unterstützen wir auch finanziell gerne, denn dieses Engagement entlastet und bereichert unsere Kommune. Die Verantwortung für Sportstätten und -plätze obliegt bei uns dem Ehrenamt. Viel Gutes erwarten wir von unserer aktuellen Sportentwicklungsplanung. Hier sollten Entwicklungen aus den Karlsruher Sportgesprächen mit einfließen. Gleichzeitig gilt für uns, dass die Förderung des Leistungssports eine ebenso wichtige Aufgabe unserer Stadt sein muss. Wenn es keine Spitze gibt, kommt die Breite nicht vor. Der Leistungssport sorgt für die Anerkennung einer Sportart, sorgt für Fans, Freunde und Mitglieder, für Bekanntheit und Beliebtheit. Zusätzlich dient er der Stadt Karlsruhe als Marketinginstrument. All diese Punkte werden sträflich vernachlässigt, wenn Förderungen für den Leistungssport entfallen. Die Abschaffung des Indoor-Meetings hätte durch

Einsparung der Ausgaben Geld in die Kasse gebracht, aber die Stadt ein großes Renomee gekostet. Die adäquaten Werbekosten für Karlsruhe sind mehrfach teurer als die Förderung des Sports. Daher werden sich die Freien Demokraten auch weiterhin für die Unterstützung des Leistungssports einsetzen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, acht mal kommt das Wort Kultur in Ihrer Rede vor – mal nur als Wortbaustein –, nie geht es dabei aber um die Kultur in Karlsruhe. Die Heimattage sind nach dem erfolgreichen Stadtgeburtstag vielleicht ein Highlight im Jahr 2017; aber doch bitte keine Landmarke für Karlsruhe oder wie berechnen Sie die Größe dieses Festivals? Was uns fehlt, sind Visionen für die Karlsruher Kultur. Zugegeben, auch unsere Kulturlandschaft hat mit der Haushaltsstabilisierung zu kämpfen, ja, aber kein Grund, diese reiche und bereichernde Kulturszene in den kommenden Jahren perspektivisch zu vernachlässigen. Das Staatstheater hat mit seinem Neubau die Chance, eine bisher noch nicht gegebene Öffnung in die Stadt vorzunehmen. Die freie Kulturszene rund um die Leuchttürme Substage und Tollhaus brauchen starke Bekenntnisse der Politik. Denkmalschutz- und Brandschutzverordnungen schnüren die oft in historischen Gebäuden befindlichen Kunstmuseen stark ein. All diese kleinen Brandherde werden nach und nach einen Steppenbrand ergeben, den wir heute mit einer visionären Kulturpolitik aufhalten müssen.

Im Zusammenhang mit der Kultur ist es zwingend logisch, die Wissenschaft in Karlsruhe ebenfalls zu betrachten. Hier haben wir mit der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) eine Spitzenposition in Europa. Diese gilt es auszubauen und dabei auch die Wirtschaftsakteure mitzunehmen. Aber der Wissenschaftsstandort Karlsruhe umfasst weitaus mehr. Karlsruhe verfügt über mehr als 26 nationale und internationale Forschungseinrichtungen. Rund 42.000 Studierende an neun Karlsruher Hochschulen prägen das Bild unserer Stadt. Die nachhaltige Stärkung, Vernetzung und Vermarktung Karlsruhes als Innovations- und Wissenschaftsstandort im Zusammenhang mit einem attraktiven Wirtschaftsstandort für Gründer, Unternehmer und Arbeitssuchende sollte vorrangige Aufgabe in den kommenden Jahren sein.

Für die vor uns liegenden Jahre möchte ich noch ein paar Erwartungen, ja quasi Wünsche formulieren: Die Generationengerechtigkeit wird immer wieder wie ein sanftes Menetekel in den Raum gestellt. Hier wünsche ich mir ein Umdenken. Generationengerechtigkeit ist wichtig für die Handlungsleitlinien eines Gemeinderats. Aber nehmen Sie das biblische Gleichnis von den anvertrauten Talenten aus Lukas 19: Hier sollen drei Diener aus jeweils derselben Geldmenge, die ihnen anvertraut ist, etwas machen, bis der Herr zurückkehrt. Zwei verdoppeln es, einer versteckt es, um es nachher unangestastet zurückzugeben. Bestraft wird im Gleichnis nur der Dritte, der eben nichts aus dem ihm anvertrauten Geld gemacht hat. Meine Damen und Herren, generationengerecht ist es nicht, wenn wir den nachfolgenden Generationen sagen: „Schön ist es nicht mehr, aber ihr habt dasselbe, was wir damals hatten.“ Das ist nicht gerecht, das ist generationenverachtend. Lassen Sie uns gemeinsam die Stadt entwickeln und für die folgenden Generationen fit machen!

In diesem Zusammenhang sehe ich auch eine Haushaltsinnovation der Stadt bisher noch ungenutzt. Die Stadt Karlsruhe hat schon seit längerem auf das doppelte System umgestellt. Ich würde mir wünschen, dass die Errungenschaft des doppelten Sys-

tems, nämlich die Darstellungsmöglichkeit des „Wertes unserer Stadt“, jetzt auch unseren Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht wird.

(Vorsitzender: Herr Stadtrat, Sie haben noch zwei Minuten!)

Das schaffe ich! - Welchen Wert haben unsere Investitionen, unsere Immobilien? Wie hoch ist die Wertschöpfung, die verschiedene Stadtparlamente in ihren Sitzungsperioden erreicht haben? Mit der Darstellung dieser Werte können wir in der Öffentlichkeit verdeutlichen, warum fließende Investitionen für eine Stadt von immenser Wichtigkeit sind. Hier bitte ich Sie, Frau Finanzbürgermeisterin, um mehr Transparenz.

In den Bereichen Wirtschaft und Wohnen geht es in den letzten Monaten verstärkt um Flächen. Hier möchte ich einen Wunsch an die Stadtverwaltung äußern. Wenn wir Gebäude im eigenen Bestand gerade in der Innenstadt nicht mehr nutzen - wurde vorhin schon einmal angesprochen -, wie z. B. die alte Feuerwache, dann bitte, geben Sie diese Gebäude aus der Hand, auf den freien Markt, bevor über eine interne Umnutzung nachgedacht wird. Prüfen Sie, ob die Maxime „Verkaufen statt selber nutzen“ öfter zum Tragen kommen könnte. In seiner Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2015/16 sagte der Kollege Wohlfeil: „Die Kommunalwahl brachte Karlsruhe neue Frische. So viele junge Menschen und so viele Gruppierungen waren noch nie im Gemeinderat vertreten.“ Lieber Erik, da hast Du Recht und auch die FDP begrüßt diese Vielfalt, die wir hier im Gemeinderat erhalten haben. Stolz sein dürfen wir alle auf das, was wir im Zuge der Haushaltsstabilisierung bisher erreicht haben; auch wenn ein Stadtrat uns dafür spöttisch eine „große Koalition der Sparkommissare“ nennt. Wir werden immer wieder beweisen müssen, dass wir gemeinsam agieren können, ohne die eigene Identität zu verlieren. Wir müssen gemeinsam der Aussage entgegentreten „in Karlsruhe herrschten Weimarer Verhältnisse“. Die Vielfalt im Rat ist zu begrüßen, aber auseinander dividieren lassen wir uns nicht, wenn es um die Handlungsfähigkeit unserer Stadt und damit um das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger geht, und das, Kollege Fostiropoulos, darf man nicht mit kleingeistiger Parteipolemik herunterspielen.

(Zuruf **Stadtrat Fostiropoulos/Die Linke:** Aha!)

Sehr geehrter Dr. Mentrup, der 28. Präsident der USA, Thomas Woodrow Wilson sagte: „Wer keine Visionen hat, vermag weder große Hoffnungen zu erfüllen, noch große Vorhaben zu verwirklichen.“ Und bevor Sie mir mit Helmut Schmidt antworten wollen, der sagte: „Wer Visionen habe, solle zum Arzt gehen“,

(Vorsitzender: Ihre Zeit ist rum!)

ja, ich habe es gleich - appelliere ich an Ihr Verantwortungsgefühl: Geben Sie mir und meiner Fraktion die Möglichkeit, spätestens bei der nächsten Haushaltsrede, Ihre Visionen, Ihre Strategien für Karlsruhe zu hören. Das soll für heute meine letzte Bitte gewesen sein.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Für die FDP-Fraktion sprach Herr Stadtrat Hock. Für die Linken spricht jetzt Herr Stadtrat Fostiropoulos.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke) - *vom Rednerpult sprechend* -: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger - einige sind noch da -, liebe Presse, sehr geehrte Damen und Herren aus der Verwaltung und den Ortschaftsräten. Lassen Sie mich zunächst eine Bemerkung machen. Fast alle Rednerinnen und Redner heute haben den Eindruck vermittelt, dass der Gemeinderat sich einig ist zu diesem Kürzungspaket - Sie nennen das „Sparpaket“. Ich habe gelernt, man spart, wenn man Geld hat, bringt das vielleicht zur Sparkasse – aber Sie wollen ja kürzen. Ich möchte zum Ausdruck bringen, die Linke im Gemeinderat wird dieses Kürzungspaket nicht unterstützen – selbst wenn es nur zwei Gegenstimmen gibt.

(Zuruf: Überraschung!)

Schön, wenn Sie überrascht werden können! Vor einigen Wochen forderte der DGB eine massive Kursänderung ein. Millionen heute noch junger Menschen würden sonst von sozialem Abstieg und Altersarmut betroffen sein - aufgrund des sinkenden Rentenniveaus. Der DGB hat Recht.

Aber der soziale Abstieg hat heutzutage viele Gesichter. Wer länger arbeitslos ist oder in der Leiharbeit feststeckt, fällt sicher in Armut und er weiß, dass erst recht seine Rente zu keinem würdigen Leben mehr reichen wird. Selbst wer durchgängig arbeitet, mit seinem Gehalt aber nicht weit über den Mindestlohn hinauskommt, wird in der Altersarmut landen. Eine längere Krankheit kann heute schnell zum Anfang des sozialen Abstiegs werden, auch wenn man einigermaßen gut verdient. Die Hartz-IV-Falle ist immer gegenwärtig. Die Zahl der Kinder in armen Haushalten wächst unaufhaltsam.

Die herrschende Politik hält dazu Sonntagsreden oder vergießt ein paar Krokodilstränen. Ansonsten nimmt sie es hin. Denn das sind gewollte Ergebnisse. Es sind die Ergebnisse von über 10 Jahren Agenda-2010-Politik, die mit systematischer Schikane und Entwürdigung eine ganze Schicht in sozialen Abstieg und Armut gedrückt hat. Die Angst, dass es einem genauso ergehen könnte, hat sich bis weit in die Mittelschicht hineingefressen. Das erleichtert die Lohnrückerei und die vielen Formen prekärer Arbeit, ausbeuterischer Arbeit, Leiharbeit, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit usw. Wir haben heute 5 Mio. Vollzeit Arbeitsplätze weniger als früher. Gerade in Deutschland ist der Bildungserfolg von Kindern nicht von der eigenen Begabung, sondern vom sozialen Status und von den ökonomischen Verhältnissen der Familie abhängig. Das ist ein Schritt zurück in die Ständegesellschaft.

Bankenrettung, soziale Ungerechtigkeit, mangelnde Mitgestaltung und Ignoranz haben dazu geführt, dass Millionen Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in unseren Staat und unsere Demokratie verloren haben. Sie fühlen sich zu Recht abgehängt, man hat sie zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse degradiert. Es besteht kein Interesse mehr an ihrer Teilhabe oder daran, dass sie wieder aus dem Armutsloch herausfinden. Das erzeugt Passivität, Resignation, auch Wut und Hass, und die Suche nach Sündenböcken und nach einfachen Lösungen. Diese unerträgliche Situation macht es rechts-

nationalen Organisationen und Parteien wie der AfD leicht, diese Wut zu nutzen und zu bündeln. Den Vormarsch rechtsnationaler Parteien können wir nur stoppen, wenn wir diese soziale Spaltung in der Stadt, in der Republik, in der ganzen Europäischen Union überwinden und Demokratiedefizite aufheben. Gerade die Verhandlungen um TTIP und CETA haben gezeigt, dass wir zur Durchsetzung von Transparenz und Demokratie in der EU noch viel zu tun haben.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede von schwierigen Haushaltsjahren gesprochen. Das sieht Die Linke im Karlsruher Gemeinderat auch so. Wir kritisieren ebenfalls, dass der Bund immer mehr Aufgaben auf die Kommunen verlagert, ohne finanziellen Ausgleich. Wir meinen aber auch: Diese Stadt hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu viele Lieblings- und Leuchtturmprojekte gegönnt - und sie hat sich an ihnen verhoben – und auch an deren Folgekosten.

Die Spitze der Leuchtturmprojekte - das ist hier schon mehrfach erwähnt worden - ist die sogenannte Kombilösung, deren davonlaufende Kosten noch gar nicht eingepreist sind. Im Infolyer City 2015 „Informationen zum Bürgerentscheid am 22. September 2002“, dem Bürgerentscheid zur Kombilösung, wurde vom Rathaus der städtische Eigenanteil mit 79,5 Mio. Euro angegeben. Heute sind wir bei 367,1 Mio., Tendenz steigend. Was soll man da anderes sagen als: „Kräftig verhoben“. Wie wird die Stadt die fast 300 Mio. zusätzlicher Kosten aufbringen? Die Zeche werden die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger und die Nutzerinnen des ÖPNV zu zahlen haben. Das ist jetzt schon absehbar.

Herr Oberbürgermeister, so wie diese Haushaltskonsolidierung bisher gelaufen ist, hatten Sie in Ihrer Haushaltsrede durchaus Recht, als Sie sagten: „Das wird auch wehtun.“ Die Frage ist: Wem tut das weh? An diesem Haushaltsentwurf können wir gut erkennen: Er tut vielen deshalb weh, weil sie von vielen Spar-Maßnahmen direkt und hart betroffen sind, weil sie über vergleichsweise weniger Einkommen und Ressourcen verfügen als andere, die überhaupt nicht betroffen sind. Das gilt vor allem für den kulturellen und den sozialen Bereich. Aber damit nicht genug: Das sogenannte Maßnahmenpaket 1 trifft viele Bürgerinnen und Bürger, die schon in der Armut festhängen. Deshalb ist das für uns ein ungerechter Haushaltsentwurf, der zur sozialen Spaltung der Gesellschaft beiträgt. Soziale Spaltung gefährdet auf Dauer die Demokratie. Dieser Haushaltsentwurf ist kultur- und sozialpolitisch ein Rückschritt, nicht aus einer finanziellen Notwendigkeit heraus, sondern weil die Stadt und die überwiegende Mehrheit dieses Gemeinderates das politisch so will.

Ein paar Beispiele dazu:

- Die Kürzungen bei den Wohlfahrtsverbänden führen zur Verknappung oder Einstellung wichtiger, notwendiger Angebote, auf die viele Menschen angewiesen waren und bleiben. Die Arbeit und die Angebote von AWO, Caritas, Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband, usw. – das sind doch keine Luxusangebote, die man beliebig hoch und runterfahren kann. Diese Kürzungspolitik bei den Wohlfahrtsverbänden ist ein gravierender, spürbarer sozialpolitischer Rückschlag für diese Stadt.

- Für die Kürzung bei den Freifahrten für behinderte Bürgerinnen und Bürgern fehlen einem fast die Worte. Es geht hier z. B. um Fahrten zu Ärzten, Behörden. Aber auch um Fahrten zu Freizeit-, Kulturveranstaltungen und Treffen mit Freunden. Hier Fahrten zu streichen, bedeutet für die Betroffenen eine unmittelbare Einschränkung von Mobilität und Teilhabe. Diese Sparmaßnahme ist dieser Stadt und ihren Ansprüchen schlicht unwürdig.
- Das Personal der Wäscherei im Städtischen Klinikum hat nachweislich jahrelang gute Arbeit geleistet und sich damit wichtige Arbeitsplätze gesichert. Aber so etwas zählt heute nicht mehr. Woanders wird diese Arbeit zu Billigtarifen gemacht, also lagert man sie dorthin aus. Damit pflegt man noch die Lohn-drückerei.
- Die Kürzungen beim Karlsruher Pass und beim Kinderpass sind in einer Zeit zunehmender Armut, auch und gerade bei Kindern, für uns ein Skandal. Die Mehrheit des Gemeinderates verstößt damit gegen die eigenen Leitlinien gegen Armut.

Noch ein paar Worte zum Karlsruher Pass und Kinderpass: Die eingesparte Summe liegt schätzungsweise bei knapp unter 100.000 Euro. Das ist vom Gesamthaushalt her schlicht irrelevant. Aber die Menschen trifft es unmittelbar. Dass der Eintritt in Zoo und Stadtgarten nun nicht mehr kostenfrei ist, sondern Großteils hälftig selbst aufgebracht werden muss, wurde von der Stadt und auch hier in diesem Hause so begründet: „Damit macht man die Inhaber von Karlsruher Pass und Kinderpass zu vollwertigen Kunden der Stadt.“ Das ist geradezu infam.

Ein weiteres Beispiel: Als man vor Jahren in den Karlsruher Pass vergünstigte Volkshochschulkurse aufnahm, wurde dieses Angebot sehr stark angenommen. Die Reaktion seitens der Stadt und des Gemeinderates war nun nicht etwa: Wir begrüßen diese Nachfrage nach Bildungsangeboten seitens der Nutzerinnen und Nutzer des Karlsruher Passes und stellen mehr Geld zur Verfügung. Nein, man war über die Kosten erschrocken und hat erst einmal verfügt, dass pro Person nur noch ein Kurs pro Jahr belegt werden darf. Lernen Sie mal in der Volkshochschule eine Sprache mit einem Kurs pro Jahr! Nach Protesten hat man das jetzt zurückgenommen, aber dafür die VHS-Kurse für die Karlsruher Pass-Inhaber wieder teurer gemacht.

Ganz besonders perfide ist, dass man Personen, die aus andern Ländern hierher gekommen sind, sagt, besucht Kurse und lernt die deutsche Sprache, damit ihr euch gut integrieren könnt, sonst gibt es Konsequenzen. CDU und SPD nennen das Fördern und Fordern. Jetzt haben diese Menschen im Rahmen des Karlsruher Passes die Sprachförderung angenommen. Es haben mehr Personen Kurse besucht als die Stadt erwartet hat. Was machen Sie daraus? Sie kürzen die Förderung. Weil der Zuschuss der Stadt für Deutschkurse im Rahmen des Karlsruher Passes höher ist als der des Bundesamtes für Migration, und deshalb viele dieses Angebot genutzt haben, sprechen einige politisch Verantwortliche von Missbrauch. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir Bürgerinnen und Bürgern mit kleinem Einkommen ein soziales Angebot machen, dann machen wir es, damit sie es nutzen. Und es ist vollkommen legitim, dass sie das besse-

re Angebot annehmen. Außerdem zeigen sie damit, dass sie rechnen und haushalten können. Das können in diesem Haus nicht alle, wenn es um Prestigeprojekte geht.

Die gerade veröffentlichte Postbank-Studie „Wohnatlas 2016 – Leben in der Stadt“ ergab für Karlsruhe, dass bis 2030 16.900 neue Wohnungen gebraucht werden. Zudem soll es in den kommenden Jahren eine Zunahme der Miet- und Immobilienpreise über knapp 40 Prozent geben. Die Wohlfahrtsverbände in Karlsruhe gehen von einem aktuellen Fehlbedarf von 10.000 mietpreisgebundenen Wohnungen aus. Diese Dimension teilen wir. Wenn dem nicht massiv entgegengesteuert wird, werden in ein paar Jahren sehr viele Menschen in unserer Stadt keine Wohnungen mehr finden, deren Miete sie sich leisten können. Auch das trägt zur sozialen Spaltung bei. Deshalb werden wir erneut den Antrag stellen, dass die Stadt Karlsruhe die finanziellen, rechtlichen und baulichen Voraussetzungen dafür schafft, dass jährlich mindestens 500 neue mietpreisgebundene Wohnungen in Karlsruhe entstehen können, bis der Bedarf gedeckt ist.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, 400 Millionen Defizit im Haushalt, und aus heutiger Sicht weitere knapp 400 Millionen Eigenanteil der Stadt an den Kosten des Baus der Kombilösung und darüber hinaus die Folgekosten der Kombilösung den Haushalt auf Jahrzehnte stark belasten. In diesem Kontext ist es uns unverständlich, dass die Stadt und die Mehrheit des Gemeinderates den zukünftigen Haushalt um weitere 150 Millionen Euro belasten wollen, um ein Stadion für den kommerziellen Fußball zu bauen. Das heißt, dass wir, zählt man die Beiträge zusammen, ca. 1 Milliarde Verlust ausgleichen müssen in den nächsten Jahren. Der KSC schuldet der Stadt nach eigener Aussage 2,4 Millionen Euro, da er die Pacht in den vergangenen Jahren nicht aufbringen konnte. Wie soll er bei einem Neubau eine weit höhere Pacht bezahlen?

Auf der Mitgliederversammlung des KSC am vergangenen Sonntag antwortete der KSC-Präsident Ingo Wellenreuther auf die Frage nach der säumigen Pacht und den Schulden an die Stadt: Das sei ein „Running Gag“. So auf dem Nachrichtenportal ka-news zu lesen. "Wir haben momentan keine Verpflichtungen, die wir gegenüber der Stadt Karlsruhe nicht erfüllen", sagt der Präsident. Man müsse zwischen säumiger Mieter und Mietverzichteten unterscheiden. Letzteres sei in der Vergangenheit mit der Stadt Karlsruhe vereinbart worden. Das heißt, der KSC muss seine Schulden erst dann zurückbezahlen, wenn er Gewinne macht. Hier gibt Wellenreuther, so ka-news, Entwarnung: "Wir sind jedoch noch dabei, unser negatives Eigenkapital abzuarbeiten." Daher gibt es keine nicht gezahlten Mieten. Mit anderen Worten, so lange wir keine Gewinne machen, müssen wir unsere Schulden an den kommunalen Haushalt nicht zurückbezahlen.

Eine erneute Nachfrage aus dem Publikum zielte auf den Fall ab, sollten diese Verzichte in Höhe von 2,4 Millionen Euro zusätzlich zu den angesetzten 2,2 Millionen Euro jährlichen Pachtzahlungen ab 2019 fällig werden. - "Ist berücksichtigt im Businessplan", sagt Wellenreuther. Dennoch gibt er zu, dass der Business-Plan "brutal ehrgeizig" angesetzt ist. Das alles ist im Liveticker von ka-news nachzulesen. Wellenreuther beruhigte die Mitgliederversammlung des KSC, indem er die Stadt, den Gemeinderat und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unserer Stadt verhöhnt, wenn er 2,4 Milli-

onen als „Running Gag“ bezeichnet. Wohlgemerkt, Schulden an die Stadt Karlsruhe. Jetzt können wir uns ausrechnen, wie viel der Kürzungen wir hätten zurücknehmen können, wenn wir diese 2,4 Millionen jetzt hätten. KSC-Präsident Ingo Wellenreuther war mehr als ein Jahrzehnt Stadtrat und ist aktuell Bundestagsabgeordneter. Als OB-Kandidat versprach er, bezahlbaren Wohnraum, Kitas und gute Schulen. Heute setzt er die Stadt unter Druck, um Millionen für den Profifußball herauszuschlagen. Das ist für einen gewählten Vertreter des Volkes unsozial und schäbig. Ein demokratisch gewählter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht erpressbar. Er handelt ausschließlich zum Wohle der Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger. Noch ist es Zeit Abstand zu nehmen von einem Projekt, das nicht zur aktuellen Haushaltssituation passt.

(Vorsitzender: Herr Stadtrat, Sie haben noch zwei Minuten!)

Noch ist es Zeit eine Politik zu ändern, wie sie mit diesem ersten Kürzungspaket eingeleitet wurde. Eine Einsparpolitik, die diejenigen am stärksten belastet, die die geringsten Einkommen haben und diejenigen schont, denen es bereits sehr auskömmlich geht. Wir wollen eine Politik in dieser Stadt, die alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen und ihrem sozialen Status mitnimmt und so die Demokratie stärkt. Die Initiative für eine solidarische Stadt „Spart’s euch“ - hatte ja heute ihren Auftritt – hat recht wenn sie schreibt, „Wir wollen eine andere Stadt, eine solidarische Stadt, in der Platz für alle ist, unabhängig von Einkommen, Herkunft, Hautfarbe und Aufenthaltsstatus. Wir wollen eine Stadt, die sich nach dem Interesse und Bedürfnis ihrer Menschen entwickelt.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und den anderen Ämtern bedanken für die Erarbeitung des Haushalts, für die Zusammenarbeit, möchte aber noch dranhängen: Wir wissen aber auch, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Papier erstellt haben, nicht verantwortlich sind für die sozialen Kürzungen, das ist die Mehrheit des Gemeinderates und nicht die Verwaltung. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Das war Herr Stadtrat Fostiropoulos für Die Linke. Es folgt für Gemeinsam für Karlsruhe Herr Stadtrat Mossuto.

Stadtrat Mossuto (GfK) - *vom Rednerpult sprechend* -: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz, geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, zunächst möchten wir uns bei Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister und Ihnen, Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz für Ihre transparenten und perspektivischen Haushaltsreden bedanken, welche uns Stadträtinnen und Stadträten eine große Hilfe waren. Sie waren nicht nur transparent und perspektivisch, sondern sie enthalten auch kluge Gedanken.

Unser Dank geht auch an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, ohne die eine solche Vorlage nicht möglich gewesen wäre. Ich habe die Hoffnung, und wir von Gemeinsam für Karlsruhe sind davon überzeugt, dass der Doppelhaushalt 2017/2018 erfolgreich sein kann, wenn dieser Gemeinderat die finanziellen Bedingungen sichert und die Verwaltung ihn beherzt in die Tat umsetzt. Wir von Gemeinsam

für Karlsruhe haben für unsere Stadt die Vision, dass sie wirtschaftlich blüht und dass hier die Menschen Arbeit und ein gutes Einkommen haben und in bezahlbaren Wohnungen leben. Karlsruhe muss eine soziale Stadt bleiben und weiter werden, in der die Bürgerschaft in den Stadtteilen sich gegenseitig hilft, die Menschen sich beheimatet fühlen und in der den Schwachen geholfen wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. In meinen Ausführungen werde ich mich hauptsächlich auf zwei wesentliche komplexe Themen beschränken, was nicht bedeutet, dass nicht auch andere Punkte wichtig sind.

Erstens zur Transparenz der Finanzlage. Zweitens zu den Perspektiven einer „modernen Verwaltung“. Zunächst zum ersten Punkt: Wie aus den Ausführungen von Frau Luczak-Schwarz zu entnehmen ist, befindet sich der Doppelhaushalt 2017/2018 auf dünnem Eis und darüber hinaus bis 2020 auf sehr dünnem Eis. Wir werden in den Jahren 2017 und 2018 ein Haushaltsvolumen im Umfang von 2,53 Milliarden Euro mit einem Plus von ca. 34 Millionen bewegen. Damit können wir bis 2018 zwar einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, allerdings zeichnet sich spätestens Ende 2020 ein finanzielles Waterloo ab, wenn wir nicht gegensteuern. Auch wenn bis 2018 ein positives Ergebnis von 34 Millionen Euro als erreichbar erscheint, ist dies ohne Zweifel kein „stolzes Ergebnis“ das uns zufriedenstellen könnte, entspricht es gemessen am Gesamthaushalt lediglich einem prozentualen Anteil von 1,6% mit fallender Tendenz. Manche Geschäftsführer in der Privatindustrie haben hier ihren Platz verloren, bei solch einem Ergebnis.

Wie in der Privatwirtschaft von größter Wichtigkeit, sollte es auch in der Kommune von größter Wichtigkeit sein, für einen ausgeglichenen Cash Flow und ausreichenden Spielraum für neue Investitionen zu sorgen. Und das zwingend über den Zeitpunkt 2018 hinaus.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, nur so können wir sicherstellen, dass die ehrgeizigen Planungen zur Sicherung der Lebensqualität und des Wachstums unserer Stadt nachhaltig gewährleistet werden. Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz geht in ihren Ausführungen auf viele Punkte ein, die verbesserungswürdig sind oder dringendst umgesetzt werden müssen um einen ausgeglichenen Haushalt nicht nur für den Doppelhaushalt 2017/2018 zu erreichen, sondern auch darüber hinaus bis 2020, was wir speziell der jüngeren Generation schulden.

In der Verwaltung werden ca. 6000 Menschen beschäftigt. Damit zählt die Stadt zu den größten Arbeitgebern der Region. Gleichzeitig werden ca. 400 Menschen in den Ruhestand gehen in einer etwas längeren Periode. Kommt es trotz Sparkurs zu neuen Einstellungen, muss dies vorher genau geprüft werden. Das Ergebnis der zahlreichen Neueinstellungen hat ergeben, dass wir in den Jahren 2017 und 2018 für Löhne und Gehälter unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ca. 664,8 Millionen Euro aufwenden müssen. Tendenz steigend.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hier müssen wir uns alle die Frage stellen, ob nicht zunächst ein Einstellungsstopp erfolgen sollte. Darüber hinaus unabdingbare Einstellungen sollten unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden und einem Veto-

recht der Finanzbürgermeisterin unterliegen! Neue Einstellungen sollten nur im Rahmen der Personalfluktuatation oder aufgrund von Pensionierungen erfolgen. Aus unserer Sicht wäre das ein großer Schritt in Richtung ausgeglichenem Haushalt und Erhöhung des Cash Flow.

Wir unterstützen Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz ausdrücklich, wenn sie anmahnt, dass auch die Kommune beim Umgang von Soll und Haben wie ein vorsichtiger Kaufmann kalkulieren muss, wie es im HGB sehr deutlich definiert ist und was in der Privatwirtschaft quasi die Präambel für den Umgang mit Geld ist.

Nun zu dem zweiten Themenkomplex, die Perspektiven einer „modernen Verwaltung“. Überfällig ist die Schaffung von flachen Strukturen in der Verwaltung, wie Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, es bereits begonnen haben. So hatten Sie in Ihrer Rede erwähnt, dass sie einen Schwerpunkt für eine moderne Verwaltung darin sehen, neue Prozesse für die Zukunft in den nächsten Jahren aufzustellen. Sie haben dafür aber nicht Jahre zur Verfügung, da die Steigerung der Aufwendungen nach dem Doppelhaushalt 2017/2018 viel höher liegen werden als die Erträge. Es gilt den Ablauf der Kostenentwicklung zu ändern. Die Erträge müssen höher als die Aufwendungen sein, die Entwicklung muss harmonisch verlaufen und die Finanzlage muss konsolidiert werden. Im Jahr 2017 muss die Verwaltungsreform stehen! In dem Zeitfenster von 2018 bis 2020 muss daher dringendst „gegengesteuert“ werden. Einsparungen durch ein zusätzliches Maßnahmenpaket 2, Reduzierung der Personalausgaben und der Sachkosten reichen nicht aus, um im Jahr 2020 ein Waterloo zu vermeiden.

Zu einer modernen Verwaltung gehören nicht nur die von Ihnen erwähnte Verbesserung der Abläufe durch Einsatz neuer Hard- und Software-Technik, transparente Information und neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Erneuerung der Mannschaft. Dazu gehören unserer Meinung nach auch dezernatsübergreifende flache Strukturen in welchen die verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbstverantwortlich handeln. Das führt zu mehr Motivation, was synergieeffektiveres Arbeiten mit sich bringt und sich positiv auf die Personalentwicklung auswirkt. Als Beispiel wäre hier die Telefonnummer 115 zu nennen, die mittlerweile ein Selbstläufer ist oder die ämterübergreifende Zusammenarbeit beim Wildparkstadion. Es bedarf der verstärkten Umsetzung der Verwaltungs- und der Strukturreform.

Zur Strukturreform und den Investitionen: Die Kalkulation der Kombilösung seinerzeit zeigt uns nur zu deutlich, worin sich die Kalkulationen der Kommunen und der Privatwirtschaft unterscheiden. Eine derartige Kostenexplosion hätte es in der Privatwirtschaft nicht gegeben. Weitgehende ungedeckelte Kalkulationen bei großen Projekten werden wir uns nicht mehr leisten können. Kaum anzunehmen, dass das Regierungspräsidium da zukünftig mitspielen würde.

Die Sozialkosten teilen sich auf in freiwillige Leistungen und vorgegebene gesetzliche Leistungen, wie wir alle wissen. Bei den gesetzlichen Leistungen besteht kein Sparpotential. Sie müssen per Gesetz umgesetzt werden. Anders ist das bei den freiwilligen Leistungen. Hier stehen wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in der Verantwortung danach zu entscheiden, was für sie wichtig ist und nicht danach zu entscheiden, was Lobbyisten durchsetzen wollen. Hier sehen wir Möglichkeiten von Einsparun-

gen ohne die Qualität von Leistungen zu schmälern. Wir dürfen nicht mehr einzelne Angebote von verschiedenen Trägern finanzieren, sondern stellen für bestimmte Aufgabenfelder Gelder zur Verfügung. Eine Bündelung von gleichen Angeboten bei Ansiedlung nur eines Verbandes würden Synergieeffekte freisetzen. Durch eine jährliche Kontrolle wären in Zukunft weitere Einsparungen möglich. Den Forderungen durch immer neue Projekte und damit immer mehr Kosten würde damit ein Riegel vorge-schoben. Die Poolbildung bei der Flüchtlingshilfe sei hier als gutes Beispiel genannt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, weiterhin geht es um Investitionen in die Zukunft, und die lassen sich nicht in 5-Jahres-Schritten messen, also von einer Gemeinderatswahl bis zur nächsten Gemeinderatswahl. Das sind Schritte, die sich von dem Zeitpunkt errechnen, wo ein Kind geboren wird und wo es nach seiner schulischen Ausbildung einen möglichst wertvollen Berufsabschluss erreicht und damit für die Gesellschaft zu einer höchst interessanten Stütze und Steuerzahler wird. Also auch hier ein hocheffizienter Synergieeffekt. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, so wären Einsparungen bei Kindertagesstätten, Schülerhorten, im Schulwesen, bei Jugendtreffs bis hin zur eventuellen Schulsozialarbeit fatal und ein absolut falsches Signal. Wir müssen in die Zukunft investieren und da ist eine Investition in die Bildung alternativlos. Und da betrachten wir von Gemeinsam für Karlsruhe die Bildung als Priorität Nummer 1.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, ist weiterhin wichtig und priorisierend die Schaffung von Wohnraum, um das soziale Miteinander in den Quartieren zu steigern. Konflikte sind vorprogrammiert. Wir Stadträtinnen und Stadträte dürfen uns der öffentlichen Diskussion nicht entziehen. Hier ist kein Platz für Populismus und für Klientelpflege. So müssen für den Wohnungsbau dringendst Flächen zur Verfügung gestellt werden. Für Firmenneugründungen und Start-up-Unternehmen müssen dringendst bürokratische Hemmschwellen abgebaut werden. Hier handelt es sich oftmals um junge dynamische Menschen mit hervorragenden Ideen. Dies ist gerade in den drei Bereichen IT, Energie und Mobilität wichtig.

Ich komme zu dem letzten Abschnitt meiner Ausführungen: Kurzgefasst sind dies für Gemeinsam für Karlsruhe folgende wichtigen zwei Positionsbereiche: Erstens, die Sparpolitik: Das erste Maßnahmenpaket ist der erste Schritt. Hier wurden eigentlich nur freiwillige Leistungen und einige Bereiche kosmetisch bearbeitet. Wir erwarten eine konsequente Verwaltungsreform, die sich von der hierarchischen Ämterstruktur abkehrt und interdisziplinär zusammenarbeitet. Wir wünschen uns Einsparungen mit Augenmaß, wobei ein ausgeglichener Haushalt ohne Alternative ist.

Zweitens, für die Vision und den Investitionen: Wir wollen eine Stadt, die wirtschaftlich blüht und in der die Menschen Arbeit und ein gutes Auskommen haben sowie einen für Jedermann erschwinglichen Wohnraum. Ein soziales Miteinander in den Stadtteilen, wo neu hinzuziehende Menschen ihre Heimat finden können. Wo den Schwachen geholfen wird damit sie auf die eigenen Beine kommen und wie andere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Wir von Gemeinsam für Karlsruhe sind überzeugt, den Traum von einem ausgeglichen Haushalt und nachhaltig positiven Auswirkungen bis zum Jahr 2020 hinzubekommen, wenn wir alle an einem Strang ziehen und parteipolitische Denkweisen zurückstellen.

Nur im gemeinsamen Handeln und mit einer Vision von einem blühenden Karlsruhe vor Augen, können wir diese Veränderungen und Investitionen hinbekommen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat unserer Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz, dem eigentlich nichts hinzuzufügen ist: „Wir dürfen den nachfolgenden Generationen nur die Schulden aufladen, die wir uns auch leisten können. Zudem müssen im Ergebnishaushalt die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge ausgeglichen werden - und zwar in jedem Haushaltsjahr.“ Zitatende.

Wir wünschen Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und Ihnen, Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz, Erfolg, viel Mut und Weitblick. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Das war Herr Stadtrat Mossuto für Gemeinsam für Karlsruhe. Es folgt für die AfD Herr Stadtrat Bernhard.

Stadtrat Bernhard (AfD) - vom Rednerpult sprechend -: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Gemeinderäte wünschen uns, mit unserer Haushaltspolitik das Leben in der Stadt für die nächsten zwei Jahre zu gestalten – Königsrecht wird dies auch genannt. Die Realität sieht jedoch anders aus. Wir sind in unseren Entscheidungen eingeklemmt zwischen den Sparzwängen der Haushaltskonsolidierung und immer neuen Aufgaben und Auflagen, die uns von Land und Bund aufgebürdet werden und viel Geld verschlingen, Geld, das uns an anderer Stelle fehlt. Über 400 Millionen Euro müssen in den nächsten 5 Jahren eingespart werden. Dass Steuern und Gebühren erhöhen nicht Sparen ist, hat die Mehrheit des Karlsruher Gemeinderats jedoch leider nicht verstanden. Das konnte man schon bei der Verabschiedung des ersten sogenannten Sparpaketes im April sehen. Dieses besteht nur zu einem Drittel aus echten Sparmaßnahmen, zwei Drittel sind Steuer- und Gebührenerhöhungen. Allein die Erhöhung der Grundsteuer macht das Wohnen in Karlsruhe bis 2021 um 34 Millionen Euro teurer.

Dieses völlige Ungleichgewicht zwischen Einsparungen und Steuer- und Gebührenerhöhung halten wir für den völlig falschen Weg, da Steuererhöhungen immer das letzte Mittel sein müssen und nicht das erste, wie hier jetzt vorgesehen. Sparen bedeutet, seine Ausgaben einzuschränken und nicht Steuern zu erhöhen. Wir müssen die beschränkten Gelder, die wir zur Verfügung haben auf die Dinge fokussieren, die wirklich wichtig sind für die Menschen in unserer Stadt und nicht für Prestigeprojekte verschwenden. Dies gilt insbesondere, da der weitaus größere Teil der Ausgaben der Stadt Karlsruhe auch für die nächsten beiden Jahre durch europäische, Bundes- und Landesgesetze bereits vergeben ist. Jedes Jahr kommen neue Regelungen und Verordnungen hinzu von Land oder Bund, deren Umsetzung aber durch die Kommune finanziert werden muss.

Im Sozialbereich macht uns neben der Flüchtlingskrise die EU-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien zu schaffen. Der größte Teil der wohnungslosen Familien, die die Stadt unterbringen muss, kommen aus Rumänien zu uns und stellen die Stadt durch ihre große Zahl vor Herausforderungen. Eine weitere Aufgabe der Stadt ist die Betreuung sogenannter unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Diese müssen schulisch betreut werden, brauchen zudem Sprachunterricht und müssen in speziellen Wohnhei-

men oder Wohngemeinschaften untergebracht und betreut werden. All diese Dinge kosten große Summen, die ganz oder teilweise aus dem städtischen Haushalt bezahlt werden müssen. Der Sozialbereich muss sich aber auch und vor allem um die fast 10 % der Karlsruher Bürger kümmern, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Hier sind viele sogenannte freiwillige Leistungen unverzichtbar, genauso wie das Engagement der in Karlsruhe tätigen kirchlichen und gemeinnützigen Organisationen und Vereine. Nach unserem Dafürhalten wurden diese in den bisherigen Verhandlungen zur Haushaltskonsolidierung stärker finanziell eingeschränkt als viele andere Bereiche. Daher werden wir nur in wenigen Ausnahmefällen weiteren Sparvorschlägen in diesem Bereich zustimmen.

Ein weiteres Beispiel für eine unverzichtbare sogenannte freiwillige Leistung sind Schülerhorte. Auch für das kommende Schuljahr gilt: Sehr viele Familien in Karlsruhe brauchen dringend einen Hortplatz und werden keinen haben. Dieser eklatante Mangel an Hortplätzen bringt viele Familien in Karlsruhe in große Schwierigkeiten. Deshalb haben wir bereits mehrfach im Gemeinderat die Schaffung zusätzlicher Hortplätze beantragt. Zum Schuljahresbeginn konnte zwar bereits eine Verbesserung bei der Anzahl der Hortplätze erreicht werden, leider decken diese Verbesserungen jedoch bei weitem noch nicht den Bedarf. Es ist daher dringend erforderlich, insbesondere auch durch provisorische Maßnahmen, eine Verbesserung der Versorgungssituation mit Schülerhortplätzen in Karlsruhe zu erreichen, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht mit der Einschulung der Kinder enden. Jedes Kind in Karlsruhe, das einen Hortplatz braucht, muss auch einen bekommen. Deshalb werden wir im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt auch die Schaffung von 150 zusätzlichen Hortplätzen beantragen.

Dagegen glauben wir, dass der kulturelle Bereich von dem, was er in den letzten 10 Jahren durch Festlichkeiten und Jubiläen hinzugewonnen hat, bisher nur sehr wenig wieder abgeben müssen. Der Kollege Konrad hat das vorhin auch ausgeführt. Vor dem Hintergrund der bis 2021 einzusparenden über 400 Millionen Euro muss hier hinterfragt werden, welche kulturellen Aktivitäten wirklich wertvoll und damit erhaltenswert sind und welche nur aus politischen Gründen durchgeführt werden. Letztere halten wir für verzichtbar und werden entsprechende Anträge stellen. Auch muss man sich fragen, ob die Stadt so viele Feste subventionieren muss. Ein wirklich gutes Fest funktioniert auch ohne städtische Subventionen. Steuergelder müssen unseres Erachtens zuerst für die wirklich notwendigen Dinge wie die sozialen Aufgaben und die dringend erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden, bevor damit Feste subventioniert.

Gleiches gilt für Großsportveranstaltungen, von denen unsere Sportvereine hier in der Stadt am Ende gar nichts haben werden, wie z. B. das Leichtathletik-Indoor-Meeting in der Neuen Messe. Es handelt sich hier um ein internationales Sportspektakel, dessen Austragungsort nicht wirklich relevant ist. Dass dieser Austragungsort zufällig vor den Toren Karlsruhes liegt, wird die Fernsehzuschauer kaum interessieren. Statt in solche Veranstaltungen städtisches Geld zu stecken, sollten wir lieber unseren Karlsruher Sportvereinen mehr unter die Arme greifen und lokale Sportveranstaltungen fördern und unterstützen.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit sehen wir erheblichen Handlungsbedarf. Ein Blick auf die Zahlen macht deutlich warum: In 2013 stieg die Zahl der Einbrüche im Bund um 3,7 %, in Baden-Württemberg waren es schon über 30 %, und in Karlsruhe sogar über 50 %. Auf diesen extremen Anstieg folgte 2014 zwar ein leichter Rückgang, aber auch die aktuelle Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2015 ergibt einen Anstieg der Kriminalität in der Stadt Karlsruhe um 8 % im Vergleich zum Vorjahr. Diese allgemeine Verschlechterung der Sicherheitslage in den letzten Jahren schlägt sich auch im Sicherheitsgefühl der Menschen in Karlsruhe nieder. So ergibt sich aus dem aktuellen Sicherheitsbericht der Stadt Karlsruhe aus 2015, dass sich 48 % der Menschen in gewissen Bereichen ihres eigenen Wohngebiets nicht mehr sicher fühlen, also fast jeder Zweite. 2009 waren es nur 20 %. 37 % fühlen sich nachts unsicher in der Innenstadt und 25 % der Menschen fühlen sich bei Nacht selbst in Straßenbahnen und Bussen nicht sicher.

Auch die aktuelle Urban Audit-Umfrage der Stadt Karlsruhe bestätigt dies, kommt sie doch zu dem Ergebnis, dass sich 41 % der Menschen in Karlsruhe nachts nicht sicher fühlen. Damit liegt Karlsruhe auf dem vorletzten Platz, was das Sicherheitsgefühl seiner Bürger betrifft, nur Mannheim ist schlechter. Die Ursache dafür ist eindeutig eine falsche grün-rote Politik, die nur beschwichtigt und die Sorgen und Nöte der Menschen als Hirngespinnste abtut. So erleben wir das ja auch immer in allerlei Diskussionen hier im Stadtrat oder in den Ausschüssen, wo rot-grün als Antwort auf die Sorgen und Nöte der Menschen immer nur wieder einfällt, dass man ihnen doch sagen solle, es sei gar nicht so schlimm wie die Menschen es empfinden. Wie bereits ausgeführt empfinden es die Menschen nicht nur so, sondern es ist Fakt: Auch nach der aktuellen Kriminalitätsstatistik des Polizeipräsidiums steigt die Kriminalitätsrate in Karlsruhe weiter an. Nachdem uns die Landesregierung mit diesem Problem bisher im Wesentlichen alleine gelassen hat, ist es umso wichtiger, dass wir als Stadt die uns möglichen Maßnahmen ergreifen, um unsere Bürger besser zu schützen. Wir werden daher im Rahmen der Haushaltsberatungen die Schaffung von weiteren 20 Stellen für den Kommunalen Ordnungsdienst beantragen, um so für mehr Polizeipräsenz hier in Karlsruhe zu sorgen und damit eine Verbesserung der Sicherheitslage der Bürger zu erreichen. Mit Sozialarbeitern wird es wohl eher nicht gelingen.

Bei den städtischen Investitionen möchten wir, dass noch genauer hingesehen wird, was Priorität haben soll und was aufgeschoben werden kann. Allein der tatsächliche Bedarf muss entscheidend für die jeweilige Priorisierung sein. Nicht alles muss immer sofort und gleichzeitig gemacht werden. Karlsruhe ist ja ohnehin bereits schon die Baustellenhauptstadt Deutschlands.

Was wir dagegen sehr kritisch sehen, sind die zahlreichen gesetzlichen Anforderungen zur sogenannten energetischen Sanierung der städtischen Gebäude. Hier wird sehr viel Kapital gebunden, Geld, das an anderen Stellen nicht mehr zur Verfügung steht. Ist es hier wirklich nötig, noch über das vorgegebene Ziel hinauszugehen und bei jedem Gebäude, das saniert wird, auch noch eine Photovoltaikanlage aufs Dach zu setzen? Wir sagen nein, denn der finanzielle Nutzen öffentlicher Photovoltaikanlagen ist nur durch Mehrbelastung der Bürger mittels höherer Strompreise zu realisieren. Darüber hinaus belastet jede Solaranlage das städtische Stromnetz und ist mit einem deutlich höheren Brandrisiko verbunden. Dieses Geld kann die Stadt an anderer Stelle deutlich lohnen-

der investieren. Aus demselben Grund lehnen wir auch weitere Investitionen der Stadt in Windkraft ab.

Bei Investitionsentscheidungen wird oft genug vergessen, dass fast jede Investition in der Zukunft zu Unterhaltungskosten führt. Beispielsweise wurde bei der Kombilösung im Vorfeld anscheinend nicht ausreichend darüber gesprochen, dass der Straßenbahntunnel - wenn er dann gebaut ist - jedes Jahr rund 25 Millionen Euro an Unterhaltungskosten verschlingen wird. Die Kosten für den Unterhalt des geplanten Kriegsstraßentunnels sind da noch nicht mal drin. Dieses Beispiel macht deutlich, dass wir in Zukunft bei jeder Investitionsplanung viel intensiver die Folgekosten berücksichtigen müssen.

Wir befinden uns derzeit mitten in einer Haushaltskonsolidierung. Wie bereits gesagt, müssen über 400 Millionen Euro zusammenkommen. Durch Einsparungen bei vielen sozialen Projekten, durch Steuer- und Gebührenerhöhungen, die u. a. das Wohnen, die Kinderbetreuung, das Mittagessen von Schulkindern und vieles mehr in Karlsruhe verteuern, wird städtisches Geld dort gespart, wo es wehtut. Und gleichzeitig sollen 114 Millionen Euro in ein Prestigeprojekt wie den Neubau eines Stadions gesteckt werden. Das passt einfach nicht zusammen und wird das Verständnis der Bürger für weitere Spar- bzw. Steuer- und Gebührenerhöhungsrunden nachhaltig zerstören. Da das Geld, das für das Stadion ausgegeben wird, am Ende für andere wichtige Dinge fehlen wird, fordern wir nach wie vor einen Bürgerentscheid zum Bau eines neuen Stadions. Zukünftig soll der KSC am Anfang jährlich 2,6 Millionen Euro zur Finanzierung des Stadions beitragen. Und die nächsten 30 Jahre soll das dann auf 5,7 Millionen Euro pro Jahr anwachsen. Wenn man weiß, dass die aktuell vom KSC geschuldete Jahresmiete ca. 250.000 Euro pro Jahr beträgt, also nur 10 % des geplanten Beitrages, dann muss man auch wissen, dass der KSC diese Pacht nur ein einziges Mal in den letzten 10 Jahren hat voll bezahlen können. In den anderen Jahren hat der KSC mit Ach und Krach gerade einmal 150.000 oder 170.000 Euro pro Jahr zusammengebracht. Da muss man sich doch ernsthaft die Frage stellen, wie allein durch den Neubau eines Stadions die Leistungsfähigkeit des KSC plötzlich um das 17-Fache erhöht werden soll. Wir glauben einfach, dass wir den KSC mit diesem Konzept überfordern. Was hier passiert ist eine ganz klare Risikoverlagerung des Vereinserfolgs auf die Stadt. Und das ist völlig inakzeptabel. Das ist es kein gutes Konzept für die Stadt und schon gar kein gutes Konzept für den Verein.

Nicht nur das Stadion, jede größere Investition hat auch Auswirkungen auf den Personalbereich. Obwohl in den letzten Jahren einige Aufgaben outgesourct wurden, ist der Personalstand der Stadt jährlich um mehr als 2 % gewachsen. Diesem Zuwachs muss dringend Einhalt geboten werden. Wegfallende Aufgaben müssen zu organisatorischen Änderungen führen, sodass neue Aufgaben auch ohne die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter übernommen werden können. Zudem muss der Gemeinderat künftig genau prüfen, ob jede neue Verwaltungsaufgabe wirklich übernommen werden soll und ob jedem x-beliebigen neuem Gremium wirklich beigetreten werden soll. Im von der Stadt vorgelegten Haushaltsentwurf ist auch für 2017 und 2018 in erheblichem Umfang die Schaffung neuer zusätzlicher Stellen geplant. Schaut man sich jedoch die Planung genau an, sieht man dass gerade die Personalkosten bis 2021 um 80 Millionen Euro pro Jahr steigen werden. Eine Sanierung des Haushalts wird somit ohne einen Stopp der Schaffung neuer zusätzlicher Stellen nicht möglich sein. Wir werden

daher im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragen, dass in den nächsten beiden Jahren netto keine weiteren neuen Stellen geschaffen werden dürfen.

(Zuruf: Auch nicht beim KOD?)

Das diskutieren wir andersmal! Und nun zur aktuellen Diskussion zum geplanten Bau einer DITIB-Großmoschee in Karlsruhe. Hier geht es nicht um Religionsfreiheit, denn in Karlsruhe gibt es bereits 9 Moscheen, inklusive einer DITIB-Moschee. Hier geht es um den Bau eines überregional agierenden DITIB-Zentrums hier bei uns mitten in Karlsruhe, den wir entschieden ablehnen. Die Organisation DITIB wird durch die türkische Regierung kontrolliert und finanziert. Der Bau einer solchen Großmoschee stellt damit auch und vor allem eine Machtdemonstration des Erdogan-Regimes auf dem Gebiet eines fremden Staates dar und ist daher von allen demokratischen Kräften abzulehnen. Angesichts der menschenrechtsverachtenden und demokratiefeindlichen Vorgänge in der Türkei halten wir es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ausgeschlossen, dass ein von der türkischen Religionsbehörde verwalteter und mitfinanzierter Verein mitten in Karlsruhe eine Großmoschee baut. Es widerspricht unserer Tradition von Aufklärung und Demokratie, zuzulassen, dass hier unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit ein Machtsymbol des türkischen Regimes errichtet werden soll. Zur Erinnerung, ein Regime, das Kinder durch Comics dazu animiert Märtyrer, also Selbstmordattentäter, zu werden und die DITIB dazu benutzt, diese Hetzpropaganda in Deutschland weiterzuverbreiten. Da sich DITIB ausdrücklich weigert, sich von dieser Hetzpropaganda zu distanzieren und diese im Gegenteil sogar noch weiterverbreitet, fordern wir, dass Karlsruhe dem Beispiel der SPD-geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen folgt und unverzüglich jegliche Zusammenarbeit mit DITIB beendet.

Nach wie vor lehnen wir alle Maßnahmen ab, die das Wohnen, das Bauen oder die Mieten in Karlsruhe weiter verteuern werden. Ständig beklagen wir das Fehlen von Wohnungen und vor allem von ausreichend bezahlbarem Wohnraum in Karlsruhe. Und trotzdem werden durch diesen Doppelhaushalt insbesondere die Kosten für das Wohnen und Bauen in Karlsruhe erhöht. Ich habe es vorher schon gesagt, allein die vom Gemeinderat beschlossene Erhöhung der Grundsteuer und der Baugenehmigungsgebühren bedeutet, dass die Karlsruher Bürger in den nächsten Jahren 35,5 Millionen Euro mehr für Wohnungen bezahlen müssen. Diese Steuer- und Gebührenerhöhung schaden den Bemühungen um bezahlbaren Wohnraum und werden von uns nach wie vor abgelehnt.

Um es nochmal kurz zusammenzufassen, die aus Sicht der AfD drei wichtigsten Aufgaben für 2017/18 in Karlsruhe sind:

1. Die Sicherheitslage in Karlsruhe muss nachhaltig verbessert werden. Die Straftaten in Karlsruhe müssen stark verringert werden in Bezug auf das Sicherheitsempfinden. Da können wir jetzt auch lang darüber lachen, die eigenen Reportagen der Stadt sagen ja, dass das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung hier in dieser Stadt nicht besonders gut ist. Das sind nicht meine Zahlen, es, sind die Zahlen der Stadt Karlsruhe. Da müssen wir dringend etwas dagegen tun.

2. Jedes Kind in Karlsruhe, das einen Schülerhortplatz braucht, muss auch einen bekommen. Dafür müssen genügend zusätzliche Schülerhortplätze geschaffen werden.
3. Sparen heißt nicht Steuern erhöhen, d. h. bei der weiteren Haushaltskonsolidierung muss das Sparen im Vordergrund stehen. Vor allem muss das knappe Geld, das ist das Entscheidende, auf die für die Bürger wirklich wichtigen Dinge fokussiert werden. Das ist der Schlüssel dazu, denn Geld ist eigentlich genug da. Die Frage ist nur, wo für wird es ausgegeben und wo wir die Priorität gesetzt. Deshalb muss vor allem das knappe Geld auf die für die Bürger wirklich wichtigen Dinge fokussiert werden und nicht für Prestigeprojekte verschwendet werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Es sprach Herr Stadtrat Bernhard für die AfD. Es folgt für die Feien Wähler Herr Stadtrat Wenzel.

Stadtrat Wenzel (FW) - *vom Rednerpult sprechend* -: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben minimalen bis keinen Einfluss auf den globalen Klimawandel, die Europa- und Eurokrise, auf den Zinsverfall oder die weltweiten Konflikte und Kriege und die damit verbundenen Flüchtlingsströme. Wir haben aber die Verantwortung im Umgang mit den Auswirkungen dieser Krisen in unserer Stadt. Wir sollten uns daher von hochtrabenden Wünschen und Zielen verabschieden und uns vollkommen ideologiefrei den kommunalen Problemen widmen. Und Probleme haben wir hier in Karlsruhe zur Genüge. Sieben der dringendsten möchte ich hier aufführen:

- die drastisch steigende Straßenkriminalität und die damit verbundene zunehmende Verunsicherung der Bevölkerung.
- ein Fass ohne Boden namens U-Strab, das die Bezeichnung Kombilösung bisher noch nicht verdient hat.
- die unausgereifte Finanzpolitik, welche die Pro-Kopf-Verschuldung verdreifacht und die Darlehensverbindlichkeiten der städtischen Gesellschaften auf ein Rekordniveau getrieben hat.
- die sinkende Attraktivität unserer Innenstadt, verbunden mit dem Rückgang des inhabergeführten Einzelhandels und der Gastronomie.
- die zögerliche und nicht dem Bedarf angepasste Wohnungsbaupolitik zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum.
- Investitionen, die sich die Stadt nicht leisten kann. Beispiele: Der Bau des Staatstheaters oder der Neubau des Wildparkstadions.

- Qualitätsprobleme und Serviceeinschränkungen mit einhergehendem Imageverlust des ÖPNV mit Rückwirkungen auf die Verkehrsbetriebe.

Zur Erinnerung: Der zurückliegende Haushaltsentwurf enthielt nicht die Handschrift der Freien Wähler. Daher habe ich diesen mit Hinweis auf die Gleichgültigkeit gegenüber dem verantwortlichen Umgang mit volkswirtschaftlichen Grundsätzen sowie zunehmenden Schulden und ein weiteres Aufblähen der Darlehensverbindlichkeiten der städtischen Gesellschaften und Zurückweisung unserer sozialpolitisch und sicherheitspolitisch motivierten Haushaltsanträge abgelehnt.

Anders als Sie, Herr Oberbürgermeister, und anders als die Kolleginnen und Kollegen der CDU, SPD, Grüne, KULT und GfK, die dem zurückliegenden Haushalt zustimmten, sollten wir Freien Wähler Recht behalten. Die finanzielle Schieflage der Stadt war schon damals absehbar gewesen. Das Regierungspräsidium stellte dann auch nur wenige Wochen nach der Haushaltsaufstellung fest: „Die Liquidität der Stadt nimmt im Finanzplanungszeitraum ebenfalls stark ab und wäre nach der vorliegenden Planung spätestens 2019 erschöpft. Die anhaltend hohe Investitionstätigkeit wäre in Folge dessen mit einem starken Anstieg der Verschuldung verbunden und würde den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt weiter einengen. Die Stadt Karlsruhe bleibt deshalb aufgefordert, die prognostizierte Entwicklung durch nachhaltig wirksame Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen abzuwenden“. Trotz dieser Ermahnung wollen wir den Neubau des Wildparkstadions ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanzieren. Ein einmaliger Vorgang in ganz Deutschland.

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender der SPD, Herr Marvi, erinnern Sie sich angesichts dieser Kritik des Regierungspräsidiums noch an Ihre Worte bei den zurückliegenden Haushaltsberatungen: „Die Richtung stimmt, die Grundlinie passt. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte. Dieser Haushalt ist gut für unsere Stadt und steht für mutige Investitionen, Aufbruch und Vernunft“. Oder Sie, Herr Dr. Fischer von der KULT-Fraktion. Sie waren stolz auf den Haushaltsentwurf und erklärten: „Die KULT-Fraktion übernimmt Verantwortung für diese Stadt und stimmt diesem Haushalt zu“ - einem defizitären Haushalt. Wo bleibt das Eingeständnis für diese Fehleinschätzung? Mit einer beängstigenden Selbstverständlichkeit vollführen Sie stattdessen eine 180-Grad-Wendung und präsentieren den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nun einen Maßnahmenkatalog zur Haushaltsstabilisierung, der von uns Freien Wählern nur noch als „Liste der Grausamkeiten“ bezeichnet werden kann. Statt nach ausreichenden Einsparpotentialen innerhalb der städtischen Gesellschaften und der Verwaltung zu suchen und einen kritischen Blick auf Investitionen und ihre Folgekosten zu werfen, wird mal wieder an der Steuer- und Gebührenschraube gedreht. Zwei Drittel der vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen sind Steuer- und Gebührenanhebungen, eine Hilflosigkeit, die der Attraktivität unserer Stadt schaden wird. Die Erhöhung von Gebühren von Baugenehmigungen und der Grundsteuer konterkarieren die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wohnen wird in Zukunft für Mieter teurer. Nach wie vor bleiben neu erschließbare Wohnflächen in den Schubladen der Verwaltung viel zu lange liegen. Zudem halten wir Freien Wähler die Erhöhung von Parkgebühren während der „Stadtdurchwühlung“ für falsch.

Ganz besonders kritisch sehen wir Freien Wähler Leistungskürzungen bei den ärmsten und bedürftigsten Bevölkerungsschichten unserer Stadt. Karlsruhe war stets ein gutes Beispiel einer großen Solidargemeinschaft. Daran müssen wir festhalten, sonst droht uns die Gefahr, dass wir Teile der Gesellschaft an Rattenfänger, also an Extreme am linken und rechten Rand des politischen Spektrums, verlieren. Der Karlsruher Pass, im letzten Doppelhaushalt noch vehement verteidigt, soll nun eingeschränkt werden. Nur ein Beispiel für ein ebenso falsches wie fatales Signal.

Wir schaffen das! Noch nie haben drei Worte die Gesellschaft derartig gespalten wie die Einschätzung unserer Bundeskanzlerin Anfang September vergangenen Jahres. Wir Freien Wähler hatten in unserer zurückliegenden Haushaltsrede als einzige politische Gruppierung im Karlsruher Gemeinderat bereits erkannt, dass die Flüchtlingskrise zu einer Herkulesaufgabe für unsere Gesellschaft heranwachsen wird. Als ich damals hier in diesem Haus von sozialem Zündstoff und unabsehbaren Kosten für die Kommunen sprach, war die Unruhe und die Missbilligung in Ihren Reihen groß, wertete Kolleginnen und Kollegen. Die Realität hat uns eingeholt. Deutschland steht in der Flüchtlingsfrage insoliert da und die Mehrheit der deutschen Bevölkerung teilt nicht mehr die Ansicht unserer Bundeskanzlerin. Viele Ehrenamtliche haben resigniert und Sorge macht sich in der Bevölkerung breit.

Damit wir nicht falsch verstanden werden: Der Vorstand und die Mitglieder der Freien Wähler Karlsruhe sind engagierte freiwillige Helfer, z. B. beim Unterricht für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge oder in der Betreuung anerkannter Asylsuchender. Wir möchten aber der Karlsruher Bevölkerung unsere Erkenntnis aus diesen caritativen Tätigkeiten nicht vorenthalten.

- Es ist richtig, politisch Verfolgte aufzunehmen, denn vor politischer Gewalt Geflüchtete genießen bei uns nach dem Grundgesetz Asylrecht.
- Es ist falsch, Monate, Jahre für Asylprüfungsverfahren zu brauchen, denn die Aufenthaltsdauer der Geflüchteten ist ein Konfliktpotential dessen sich die rechten Randparteien gerne bedienen, um zu spalten.
- Es ist falsch, die Geflüchteten mit zahllosen Segnungen unseres komfortablen Sozialstaates zu überhäufen, denn dem Terror entkommene Menschen sind ohne höheren Anspruch dankbar für ihre Lebensrettung und für schlichte, ihre Existenz sichernde Hilfe.
- Es ist falsch, weitere Milliarden, wie im Bund vorgesehen, wegen weiterhin unzumutbarer langer Asylrechtsprüfungen einzuplanen, denn diese üppigen Haushaltsansätze schüren den Neid und Hass in unserer Gesellschaft und werden zu Spaltungsausgaben.
- Es ist richtig, dass wir in unserer Stadt einen großartigen Integrationsplan haben, dieser Spaltung entgegenwirken wollen, denn liebe Kolleginnen und Kollegen, nur durch das klare Erkennen und das Aussprechen von Tatsachen können wir Fehlentwicklungen bremsen.

Auch mein im vergangenen Jahr gut gemeinter Rat an alle Hardcore-Fans der Kombilösung, angesichts der immer noch fehlenden Förderzusagen von Bund und Land für die ständigen Kostenüberschreitungen sich ernsthaft zu überlegen, ob sie nicht einen Spendenfond einrichten, damit dieses Projekt auch zu Ende geführt werden kann, wenn uns die öffentlichen Gelder ausgehen sollten, stieß auf taube Ohren. Eine Entscheidung über die Förderfähigkeit der Kombilösung ist bis dato noch nicht gefallen. Im Gegenteil: Am 10. April 2015 hat der Bundesrechnungshof Einwände erhoben, aus denen zu entnehmen ist: „Die bisherigen vorläufigen Prüfungsergebnisse des Bundesrechnungshofes sowie die mit dem Vorhaben zusammenhängenden jetzt anstehenden Entscheidungen, veranlassen den Bundesrechnungshof zu der Einschätzung, dass die Wirtschaftlichkeit des Gesamtvorhabens Stadtbahn Karlsruhe - Innenstadterschließung nicht mehr gegeben sein dürfte. Ohne einen aktualisierten positiven Nachweis der Wirtschaftlichkeit wären dem Vorhaben die Fördervoraussetzungen entzogen“.

Eine Grundaufgabe des Staates ist es, die Sicherheit seiner Bürger und den Schutz ihres Eigentums zu gewährleisten. Daher waren wir Freien Wähler umso mehr überrascht, als unsere Forderung in diesem Hause ebenfalls ungehört blieb, mit der wir die Sicherheit der Bürger in Karlsruhe stärken wollten indem wir forderten, das Land in die Pflicht zu nehmen, wenn das Land hier versagt, als Stadt den Mut zu haben, den Kommunalen Ordnungsdienst qualitativ und quantitativ weiter zu stärken, bevor Bürger die Initiative ergreifen und sich selbst zur Wehr setzen. Die aktuellen Sicherheitsberichte der Stadt belegen ebenso wie die Kriminalstatistik, dass es in Karlsruhe ein Sicherheitsproblem gibt, und dass das Sicherheitsempfinden der Bürger von Jahr zu Jahr im gleichen Ausmaß abnimmt wie die Kriminalität zunimmt. Wir Freien Wähler konnten diesem Umstand nicht tatenlos zusehen und wurden aktiv. Gemeinsam mit dem parteilosen Stadtratskollegen Stefan Schmitt initiierten wir die „Allianz für mehr Sicherheit in Karlsruhe“, die in der Zwischenzeit weit über 60 Unterstützer aus allen Bereichen der Gesellschaft zählt, die sich für eine umfassende Stärkung der Sicherheit in Karlsruhe einsetzen. Dazu zählt die Umsetzung eines 7-Punkte-Planes, der z. B. die Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes fordert, die Einführung eines sogenannten Frauentaxis, das in Anbetracht der Reduzierung des Nightliner-Angebots durch den KVV sinnvoll und berechtigt ist. Für uns Freie Wähler steht eines fest: Trotz angespannter Haushaltslage muss die Sicherheit oberste Priorität haben. Hier darf nicht gespart werden, hier muss mehr investiert werden.

Wie wichtig auch das von der „Allianz für mehr Sicherheit“ geforderte Sicherheitskonzept für die Innenstadt ist, zeigt die gegenwärtige Situation. Einzelhandel und Gastronomie sind verzweifelt, da sie immer tiefer in die roten Zahlen rutschen und daher existenziell betroffen sind. Die Gründe dafür sind vielschichtig und hängen u. a. mit der Baustellenstadt, aber auch mit der deutlichen Abnahme des Sicherheitsgefühls zusammen. Wir Freien Wähler sind sicher, dass diese Abwärtsspirale bei der Stadtentwicklung für Handel und Gastronomie durch ein entschiedenes politisches Eingreifen rasch gebremst, gar gestoppt werden kann und muss. Entscheider der Innenstadtinitiativen „Für Karlsruhe“ und der „City-Initiative“ fordern die erhebliche Reduzierung des Umfangs der umzäunten Baumaterialfelder, die attraktive Gestaltung von Bauzäunen, die Sauberkeit auf Plätzen und Straßen, als auch auf den Baufeldern selbst, die Widmung größerer Bereiche des Marktplatzes und der Lammstra-

ße als Verweilzonen, die attraktive Gestaltung der Kaiserstraße durch Möblierung und Begrünung, das Vorgehen gegen die sichtbar organisierte Bettelei und die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, die durch bedauerliche Verrohungstendenzen verloren ging. All dies sind Themen, auf die wir unser besonderes Augenmerk richten werden.

Zur Steigerung der Stadtqualität gehört neben dem Erhalt von Grün-, Park- und Kleingartenanlagen auch, das historische Stadtbild zu erhalten und zu erreichen, dass die Symphonie der Bebauung unserer Stadt stimmig und harmonisch ist, wie es einst Baubürgermeister Obert in einer Diskussionsrunde zum Thema Moscheebau in Karlsruhe ausdrückte. Das Bild unserer Stadt hat sich in der jüngsten Vergangenheit leider viel zu oft zum Negativen entwickelt. Markante historische Gebäude wurden abgerissen. Die weit über unsere Grenzen bekannte Künstlerkolonie hinter dem Hauptbahnhof wurde geräumt und weitere Gebäude wie das Franz-Rohde-Haus und der Botanische Garten der Universität sind bedroht. Wir Freien Wähler fordern die Verwaltung auf, sich mehr für den Erhalt architektonisch und historisch bedeutender Gebäude einzusetzen. Wir haben in unserer jungen Stadt nicht viele davon und sollten sie umso mehr schätzen und bewahren.

(Vorsitzender: Herr Stadtrat, Sie haben noch zwei Minuten.)

Auch Neubauprojekte, die prägenden oder verändernden Einfluss auf unser Stadtbild haben, wie der zur Zeit diskutierte Bau einer Großmoschee am Mühlburger Bahnhof, müssen öffentlich diskutiert und zusammen mit der Bürgerschaft entwickelt werden. Frühzeitige Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe mit der Verwaltung sind jeglichen Hinterzimmerentscheidungen vorzuziehen. Wir müssen uns zudem fragen, ob wir tatsächlich bei Projekte wie dem Wildparkstadion oder dem Staatstheaterumbau aus dem Vollen schöpfen sollen. Hier wäre unseres Erachtens etwas mehr Bescheidenheit und Fingerspitzengefühl angebracht.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Wir Freien Wähler fordern angesichts der Flächenknappheit für Unternehmen schon lange, darauf zu achten, dass Vergaben von Gewerbegrundstücken daran festgemacht werden, wie viel Gewerbesteuerereinnahmen durch den Investor wieder in die städtischen Kassen zurückfließen.

Der Vorsitzende: Das war Herr Stadtrat Wenzel für die Freien Wähler. Es folgt Herr Stadtrat Schmitt.

Stadtrat Schmitt (pl) - *vom Rednerpult sprechend* -: Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, es ist schon spät und meine Vorredner haben auch schon fast alles zu allem gesagt. Deshalb werde ich mich auf genau zwei Themen beschränken. Es sind die Themen „schlanke Verwaltung“ und „sichere Stadt“.

Ich beginne zunächst mit einem kurzen Rückblick. Nach den Reden zum letzten Doppelhaushalt 2015/2016 im Januar des letzten Jahres kamen Sie, Herr Oberbürgermeister, anschließend zu meinem Platz und haben sich dafür entschuldigt, dass Sie mir die gelbe Karte zwei Minuten zu früh gezeigt haben. Sie sagten wörtlich: „Ich muss mich bei Ihnen entschuldigen, ich habe Sie versehentlich zwei Minuten zu früh gestoppt,

aber Ihre Rede war ja wirklich gut!“ Zitatende. Ich fand das sehr nobel und sagte Ihnen: „Wenn Sie sich das, was ich Ihnen in den mir verbliebenen 13 Minuten sagen konnte, zu Herzen nehmen, verzichte ich gerne auf diese zwei Minuten“. Sie schmunzelten und ich dachte mir, das wird wohl ein frommer Wunsch bleiben. Heute, 18 Monate später, ist klar, dass Ihre Kehrtwendung um 180 Grad nicht auf dieses kurze Gespräch zurückzuführen ist. Trotzdem freue ich mich darüber, dass Sie die Wende nun auch geschafft haben, denn damals hatten Sie Ihren Haushalt in den höchsten Tönen gelobt und ich habe Ihnen vorgeworfen, dass das Wort Schuldenabbau in Ihrer mehr als zweistündigen Rede kein einziges Mal vorkam. Und das, obwohl Sie in Ihrem Programm zur Oberbürgermeisterwahl im September 2012 als eines Ihrer Ziele einen schuldenfreien Haushalt genannt haben.

Dafür habe ich Sie damals gewählt. Das habe ich Ihnen auch in meiner Rede im letzten Jahr gesagt. Es ist nach wie vor keine Schande, wenn ich das heute wieder sage! Im Gegenteil, denn Sie bewegen sich bei diesem Thema nun auf das zu, was ich mir damals vorgestellt habe. Und heute geht es nicht mehr, wie bei den letzten Haushaltsberatungen darum, ob der Haushalt saniert werden muss, heute geht es darum, wie er saniert werden soll. Das ist ein gewaltiger Fortschritt und das zeigt, dass auch diejenigen, die damals gejubelt haben, in der Zwischenzeit verstanden haben, dass die Verdreifachung der Pro-Kopf-Verschuldung in nur einem einzigen Jahr nicht der Weisheit letzter Schluss gewesen sein kann. Und á propos Jubel. Stellvertretend für alle Jubler möchte ich den folgenden Satz zitieren: „Wer diesem Haushalt und dieser Linie nicht zustimmt, der versteht entweder zu wenig von moderner Wirtschaft oder zu wenig von starker Stadt. Wir Sozialdemokraten verstehen beides.“ Zitatende.

Das waren in der Tat starke Worte. Sie klingeln mir auch heute noch in den Ohren. Was ich von Ihnen erwartet hätte, Herr Marvi, denn von Ihnen stammt ja dieser starke Satz, dass Sie ein einziges Mal öffentlich gesagt hätten: Sorry, da haben wir uns geirrt! Diese Souveränität habe ich in der Tat vermisst. Und, werter Kollege Marvi, es ist doch keine Schande einen Irrtum einzugestehen, denn irren ist doch menschlich. Viel schlimmer fand ich damals, dass die CDU, in all ihren Reden sämtliche Schwächen dieses Haushalts schonungslos offengelegt hat und am Ende dafür gestimmt hat. Denn das war kein Irrtum, das war Vorsatz, werter Kollege Pfannkuch! Sie sind Jurist und deshalb wissen Sie besser als jeder andere hier, dass Handeln wider besseres Wissen Vorsatz ist und normalerweise mit der Höchststrafe bedacht wird. Aber lassen Sie uns heute einfach einmal gnädig sein und hoffen wir, dass uns derart schwerwiegende Fehler bei den kommenden Haushaltsberatungen nicht noch einmal passieren.

So, damit sind wir beim neuen Doppelhaushalt angekommen und damit bin ich wieder bei Ihnen Herr Oberbürgermeister. Denn jetzt geht es um das Wie! Sie erinnern sich, dass ich in meiner Rede im letzten Jahr von einer „Mentrup-Blase“ gesprochen habe. Gemeint waren die 300 Stellen in der Verwaltung, die Sie in nur zwei Jahren Ihrer Amtszeit neu geschaffen hatten. Und Sie erinnern sich auch, dass ich bei der Präsentation der Sparmaßnahmen vor vier Monaten moniert habe, dass es, außer der Verschiebung des Beförderungstermins um ein paar Monate, keinerlei Sparmaßnahmen auf der Personalseite gab: mit 320 Millionen und einem Anteil von 26 % immerhin der zweitgrößte Kostenblock im Haushalt. Und ich erinnere mich nun daran, dass Sie, Herr

Oberbürgermeister, mir daraufhin gesagt haben: Ich zitiere: „Dazu möchte ich anmerken, dass die Leute in der Verwaltung nicht nur rumsitzen.“ Zitatende.

Davon abgesehen, dass ich das auch gar nicht behauptet habe, hat mich diese Aussage in der Tat überrascht, denn bislang habe ich sie in den Firmen, in denen es um solche Themen ging, immer nur vom Vorsitzenden des Betriebsrates gehört. Und ja, es gehört zu den Aufgaben eines Betriebsrates das zu sagen. Aber Sie, Herr Oberbürgermeister, Sie sind der Chef der Verwaltung und haben quasi Arbeitgeberfunktion. Für das, was Sie mir entgegnet haben, ist in Ihrer Verwaltung der Personalrat zuständig. Ihre Aufgabe als Arbeitgeber ist es, dafür zu sorgen, dass wir hier in Karlsruhe eine schlanke und effiziente Verwaltung haben, die mit einem vertretbaren Kostenaufwand betrieben wird. Dass wir das in Karlsruhe nicht überall haben, sehen wir beispielsweise bei den Gebühren für die Müllentsorgung. Nur zwei Städte in Deutschland sind noch teurer als wir!

Was möchte ich damit sagen? Die Behauptung, dass die Stellenzahl in der Verwaltung steigen muss, wenn die Zahl der Einwohner in Karlsruhe steigt, ist nicht zwingend. Aber genau das ist ja dieses bequeme Argument, das man so oft hört, wenn neue Stellen beantragt werden.

Der Maßnahmenkatalog, den wir bisher zur Sanierung des städtischen Haushalts gesehen haben, besteht zu einem Drittel aus der Kürzung von Leistungen und zu zwei Dritteln aus der Erhöhung von Gebühren. Sämtliche Vorschläge kamen von den Mitarbeitern der Verwaltung. Dass es, bis auf den genannten Vorschlag zur Verschiebung des Beförderungstermins, keine weiteren Vorschläge zu einer echten Personaleinsparung gab, ist vollkommen klar, denn die Mitarbeiter rationalisieren sich ja nicht gegenseitig weg. Das gibt es auch in der Industrie nicht! Und deshalb mache ich auch den Mitarbeitern der Verwaltung überhaupt keinen Vorwurf, denn es ist Ihre Aufgabe, Herr Oberbürgermeister, zusammen mit Ihren Amtsleitern die Arbeitsprozesse auf den Prüfstand zu stellen, die Möglichkeiten des technischen Fortschritts zu nutzen und dafür zu sorgen, dass nicht wertschöpfende Prozesse erkannt und beseitigt werden und das dort freiwerdende Personal in wertschöpfenden oder erforderlichen neuen Prozessen eingesetzt wird. Dabei geht es eben nicht um betriebliche Kündigungen, oder darum, den Mitarbeitern das Gehalt zu kürzen. Aus diesem Grund hat sich auch meine Begeisterung über die Idee, den Beförderungstermin zu verschieben, stark in Grenzen gehalten, denn hier wird einer kleinen Gruppe willkürlich etwas weggenommen und es ist klar, dass es dafür keine Akzeptanz gibt. Ziel muss es sein, frei werdende Stellen in Zukunft nicht mehr zu besetzen. Das schafft man, indem man alle Prozesse hinsichtlich ihrer Notwendigkeit hinterfragt und so umstrukturiert, dass die anderen Mitarbeiter nicht zusätzlich belastet werden und nicht mehr Überstunden machen müssen. Der Kollege Mossuto hat vorhin sehr viel Richtiges dazu gesagt. Ich gebe zu, dass das schwieriger ist als Leistungen zu kürzen und Gebühren zu erhöhen. Insofern sehe ich das bisherige Maßnahmenpaket nur als einen ersten Schritt. Jetzt muss ein zweiter Schritt folgen mit der sofortigen Deckelung der Personalstellen. Bis auf eine Ausnahme - dazu komme ich gleich.

(Zuruf: Bestimmt auch der KOD)

Sie ahnen es schon! Bei den hierfür erforderlichen Umstrukturierungen ist bei den Mitarbeitern der Verwaltung natürlich eine gewisse Flexibilität erforderlich, eine Flexibilität, die bei den Mitarbeitern in der Industrie schon seit 150 Jahren selbstverständlich ist. Und auch die Kollegen vom Personalrat müssen flexibel sein, denn die beste Möglichkeit, die Arbeitsplätze aller Mitarbeiter aufs Spiel zu setzen, ist dafür zu kämpfen, dass alles so bleibt, wie es ist.

Natürlich werden Sie nun sagen: Bei uns ist das ja anders als in der Industrie. Dann sage ich Ihnen: Dieses „Andere“ ist die Monopolstellung, die eine Stadtverwaltung hat. Eine Stadtverwaltung ist eine Organisation, die nicht im permanenten Wettbewerb mit anderen Firmen steht. Und wenn die Luft im Haushalt dünn wird, werden einfach die Leistungen gekürzt und die Gebühren für die Bürger erhöht – so wie hier geschehen. Der Bürger kann sich dagegen nicht wehren, indem er einfach zu einer anderen Stadtverwaltung geht. Wenn der Bäcker A seine Brötchen plötzlich teurer verkauft als der Bäcker B, dann gehen Sie eben nicht mehr zum Bäcker A, sondern Sie gehen zum Bäcker B. Genau das kann aber der Bürger nicht, wenn die Stadt ihre Gebühren erhöht.

Deswegen, meine Damen und Herren vom Personalrat, ist die Verweigerung von Umstrukturierungen nichts anderes als das Ausnutzen der besonderen Monopolstellung, die eine Stadtverwaltung hat. Das sollte Ihnen dabei immer bewusst sein!

Natürlich sind wir uns inzwischen fast alle einig, dass wir sparen müssen. Und wenn man sparen muss, ist man normalerweise darauf bedacht, keine neuen Fässer aufzumachen, die neue Risiken bergen. Aber hier war man nicht konsequent, wie das Thema Stadionneubau gezeigt hat. Insofern kann man Jürgen Wenzel und mir nun auch nicht Inkonsequenz vorwerfen, wenn wir mehr Geld für mehr Sicherheit in Karlsruhe verlangen.

Unsere sieben Forderungen waren ja im Einzelnen:

1. Die Aufstockung des KOD.
2. Die Einführung von Frauen- und Seniorentaxis.
3. Videoüberwachung an den Brennpunkten in der Stadt.
4. Eine bessere Beleuchtung von Straßen und Plätzen.
5. Ein Bonusprogramm für Einbruch verhütende Maßnahmen.
6. Infokampagnen in den städtischen Medien.
7. Die Aufstockung der Landespolizei, die wir als einzigen Punkt von den genannten nicht in unserer Hand haben.

Zu zweien von diesen Punkten werden wir dieses Mal Anträge stellen, die wir auch mit Kosten belegen werden und wir sind sehr gespannt, wie sich die anderen Parteien hier positionieren. Es ist traurig, dass der CDU-Fraktion das Thema Sicherheit in ihrer langen Rede keine einzige Zeile wert war. Ihnen ist vielleicht aufgefallen, Herr Kollege Hoffmann, dass sogar die Grünen das Thema auf ihrer Agenda haben, und Sie sollten sich überlegen, ob Sie als CDU dieses Thema weiter ignorieren können. Dass das Karlsruhe von heute nicht mehr das Sicherheitsniveau von vor zehn Jahren hat, hat die große Mehrheit der Bürger inzwischen verstanden. Das zeigt vor allem der von der Stadt

selbst herausgegebene Sicherheitsbericht des Jahres 2014, der in vielen Schubladen schlummert, aus dem aber bisher keine Konsequenzen gezogen wurden. Mit dem schlechten Abschneiden beim Städtevergleich zur Lebensqualität in diesem Punkt ist diese Tatsache nun auch bundesweit bekannt, und spätestens jetzt sollten wir anfangen Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Werter Herr Oberbürgermeister, als Jürgen Wenzel und ich nach dem Erscheinen des Sicherheitsberichts eine Aussprache im Plenum des Gemeinderates gefordert hatten, sagten Sie uns: „Sicherheit in Karlsruhe ist Ländersache!“ Da haben wir gesagt, dass kann nicht sein und haben die „Allianz für mehr Sicherheit“ gegründet. Als wir dann den KOD zu unserer ersten Bürgerversammlung eingeladen haben und Sie dessen Teilnahme ablehnten, sagten Sie uns, wir sollten stattdessen unsere Forderungen in den Gemeinderatsprozess einbringen. Interessanterweise haben Sie dann kurz vor der Landtagswahl das Gleiche gemacht wie wir und im Südwerk eine Bürgerversammlung zum Thema Sicherheit einberufen. Das haben wir nicht negativ gesehen. Wir haben uns allerdings bis heute auch nicht öffentlich dazu geäußert, da wir uns nicht sicher waren, ob das nur eine Wahlkampfveranstaltung war oder ob es der Start in einen nachhaltigen Prozess ist. Was es nun ist, wissen wir allerdings bis heute nicht, da es nach dieser Veranstaltung keine weiteren sichtbaren Aktivitäten gab. Der große Andrang dort hat jedenfalls gezeigt, dass die Bürger in Punkto Sicherheit nun einiges von Ihnen erwarten. Das heißt, Sie haben bei den Bürgern Hoffnungen geweckt, die Sie jetzt auch erfüllen sollten.

Insofern begrüßen Jürgen Wenzel und ich Ihre Initiative und sagen das heute auch zum ersten Mal öffentlich, und es ist vollkommen klar, dass Verbesserungen in Punkto Sicherheit nicht umsonst zu haben sind. Wir müssen abwägen, welche Maßnahmen die größten Effekte haben und diese dann umsetzen. Wir verlangen nicht, dass wir alles gleichzeitig machen, aber wir sind der Meinung, dass wir den Bürgern nun mal einen Fahrplan vorlegen sollten. Der für uns wesentlichste Punkt ist die Verdoppelung des KOD von 20 auf 40 Stellen mit dem Ziel, zu den heutigen beiden Doppelstreifen zwei weitere zu erhalten, die dann permanent in der Kaiserstraße und deren Nebenstraßen Präsenz zeigen.

Der zweite Punkt ist das Frauen- und Seniorentaxi. Sowohl bei unseren Mitgliedern, wie auch in den Bürgerversammlungen hatte diese Maßnahme höchste Priorität.

(Vorsitzender: Herr Stadtrat, Sie haben noch zwei Minuten.)

Das ist kein Zufall, denn ca. zwei Drittel der Teilnehmer waren Frauen und ältere Menschen, die sich bei Dunkelheit in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sehen. An dieser Stelle verstehen wir nicht, dass die Grünen heute nicht mehr bereit sind, sich dieser Forderung anzuschließen, obwohl sie selbst in der Phase, als CDU und FDP eine Mehrheit im Gemeinderat hatten, diesen Antrag Jahr für Jahr gestellt haben. Damals wurde er Jahr für Jahr abgelehnt und heute bestünde die Chance, eine Mehrheit dafür zu finden. Kaum verständlich für die Bürger, dass die Grünen diesen Antrag heute, wo vollkommen unstrittig ist, dass sich die Situation vor allem für Frauen in Karlsruhe in den letzten Jahren drastisch verschlechtert hat, nicht mehr mittragen wollen.

Auf einen Nenner gebracht: Der neue Doppelhaushalt muss auch eine Antwort auf die veränderte Sicherheitslage in Karlsruhe geben. Hierzu ein Zitat, das die Richtung vorgibt: „Ich bin der Meinung, dass wir uns in Zukunft verstärkt den sicherheitsrelevanten Herausforderungen stellen müssen, auch wenn wir uns in einer schwierigen Haushaltslage befinden und Sicherheit oder Risikoversicherung nicht zum Nulltarif zu haben sein werden. Ein wichtiger Baustein für ein sicheres Karlsruhe ist aus meiner Sicht der Kommunale Ordnungsdienst.“ Zitatende. Das sind nicht meine, sondern Ihre Worte, Herr Oberbürgermeister, zitiert aus Seite 31 Ihrer diesjährigen Haushaltsrede. Worte, über die ich mich sehr gefreut habe. Worte, die zeigen, dass Sie nun auch beim Thema Sicherheit auf dem richtigen Weg sind und Worte, denen man ohne jede Einschränkung zustimmen kann. Ich hoffe sehr, Herr Oberbürgermeister, dass Sie diesen Worten nun auch Taten folgen lassen.

Ich komme zum Schluss. Mit den geplanten Maßnahmen zur Haushaltsstabilisierung haben wir in jedem Fall Kurs aufgenommen – die Richtung stimmt, aber der Horizont ist breit. Deshalb sollten wir weder zu weit nach links, noch zu weit nach rechts abdriften. Wir sollten vor allem die Interessen der Mehrheit der Bürger im Blick haben und uns nicht von kleinen aber lauten Interessengruppen vom Kurs abbringen lassen. Ziel sollte sein, mit dem neuen Doppelhaushalt möglichst die Mitte zwischen links und rechts zu treffen.

Zum Schluss wünsche ich mir, sehr geehrter Oberbürgermeister, dass Sie weiterhin Kurs halten, wobei die Umschiffung der Klippe Stadionneubau keine leichte Aufgabe werden wird,

(Vorsitzender: Bitte keine neuen Themen mehr. Die Zeit ist um.)

denn ein Ziel an Ihrem Horizont hieß ja „schuldenfreier Haushalt“ und wie Sie wissen, kann die Umfahrung von Klippen dazu führen, dass man sein Ziel später erreicht. Letzter Satz: Manchmal erreicht man es aber auch gar nicht, weil die Klippe unter Wasser größer ist als über Wasser und dann erleidet man Schiffbruch, obwohl der Kurs richtig war. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Die Sitzung ist geschlossen. Einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 21:17 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
10. Oktober 2016